



JAHRESBERICHT 2022
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	4
SCHWERPUNKT: DECKEL AUF PREISE UND PROFITE!	6
Das Jahr 2022 stand im Zeichen von Krieg, Preis- und Verteilungskrisen	6
Sachsen-Anhalt: Debattenreihe «Ukrainekrieg – Analysen und Folgen»	8
«Kurz & bündig»	10
«Immer teurer!»	11
Lebenshaltungskosten im europäischen Vergleich	11
Studie zur Übergewinnsteuer in Deutschland	12
Mieten müssen kein Armutsrisiko sein	12
«Grüner Kolonialismus»?!	13
Publikationen zum Schwerpunktthema	14
Internationale Energiepartnerschaften in der Kritik	15
«Solidarität bilden. Wie geht soziale Gerechtigkeit in der Krise?»	15
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE	16
Aus Sorge kämpfen: Für ein Umdenken in der aktuellen Gesundheitspolitik	17
Schaffen wir zwei, drei, viele DWEs!	18
Werkschau Brian Stauffer	19
LuXemburg 2022	20
Fellows	20
Studien zur sozial-ökologischen Transformation der Industrie	21
AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG	22
Haymat Ost	23
Ökonomie für alle!	24
Der InKuvator	24
L!NX	25
HISTORISCHES ZENTRUM DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS	26
Strategische Ausrichtung des Archivs	27
Politische Bildung zu Zeitgeschichte und Geschichtspolitik	27
Rosa-Luxemburg-Werke online	28
Die Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung	28
BUNDESWEITE ARBEIT	30
Baden-Württemberg: In Rosas Schatten	32
Bayern: Proteste gegen ein «Modell von gestern»	32
Berlin: Wege sozial-ökologischer Transformation	33
Brandenburg: Kolloquium zum Grundlagenvertrag von 1972	33
Bremen: Schulprojekttag «Soziale Gerechtigkeit»	34
Hamburg: «Das weiße Denken»	34
Hessen: Zehn Jahre Rojava	35
Mecklenburg-Vorpommern: 30. Jahrestag des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen	35
Niedersachsen: «Das Trauma der Verschickungskinder»	36
Nordrhein-Westfalen: «Ruhmvoller Vorbote einer neuen Gesellschaft»	36
Rheinland-Pfalz: Punk statt Putin	37
Saarland: «Monte Nativa» – Dialog mit der Natur	37
Sachsen: «Neue» politische Unübersichtlichkeiten	38
Sachsen-Anhalt: Geschichte verstehen – jenseits der Ideologien	38
Schleswig-Holstein: Hafentarbeiter*innen gegen Waffenlieferungen	39
Thüringen: Die unsichtbare Geschichte der Kritischen Theorie	39

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT	40
Nothilfe	41
Das Stiftungsbüro in Kyjiw	42
Lokale COPs: Von Gemeinden für Gemeinden	43
Verpasste Chancen: Die Ablehnung der neuen Verfassung in Chile	44
Zweite Konferenz zur afrikanischen Wirtschafts- und Währungssouveränität	44
Speakers' Tour «Reclaim the Game!»	45
Die Auslandsbüros	46
GEFÖRDERTE PROJEKTE	50
STUDIENWERK	62
Zweite Ehemaligenstudie	64
Wissenschaft und Aktivismus	64
Vertrauensdozent*innen	66
POLITISCHE KOMMUNIKATION	68
Black Europe	69
Reger Betrieb am Buchmessestand	69
Wie kommt die Linke aus ihrer Bubble?	70
Ausgewählte Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	71
BERICHTE AUS DER STIFTUNG	72
Die Stiftung – ein linker Thinktank	72
Türen öffnen, Begegnung ermöglichen, Gastfreundschaft pflegen	74
Der Organisationsentwicklungsprozess	76
Finanzierung der Politischen Stiftungen	77
GREMIEN	78
Die Mitgliederversammlung	78
Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung	79
Mitglieder des Vorstands	80
Vorstandsarbeit	80
Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats	82
Der Wissenschaftliche Beirat	82
Die Gesprächskreise	83
ZENTRALE AUFGABEN	84
Inklusion als Querschnittsaufgabe	85
Personalentwicklung	85
Die unselbstständigen Stiftungen	86
Clara-Zetkin-Stiftung	87
Stiftungshaushalt	88
Organigramm	94
BILDNACHWEISE/IMPRESSUM	96

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

Mit dem Jahresbericht lassen wir das vergangene Jahr Revue passieren. Seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 bestimmen zerstörte Städte und Dörfer, Leid und Schmerz der Zivilbevölkerung, Flucht und Vertreibung sowie die Debatte um Waffenlieferungen und Sanktionen die täglichen Nachrichten.

Auch in der Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung nimmt der Krieg in der Ukraine einen wichtigen Platz ein: Gleich in den ersten Kriegstagen sammelten Mitarbeiter*innen und Mitglieder der Stiftung Hilfsgüter und brachten sie an die polnisch-ukrainische Grenze. Wir spendeten Geld und kümmerten uns um unsere Ortskräfte im Kiewer Büro und versorgten sie mit konkreter Hilfe. Und wir rückten das Thema «Krieg und Frieden» noch stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit. In kürzester Zeit erstellten wir Texte und Analysen, veröffentlichten Berichte von Augenzeug*innen und Interviews mit Expert*innen und stellten sie in einem Online-Dossier zusammen. Mit fast 40.000 Aufrufen ist es das am stärksten wahrgenommene Dossier des Jahres 2022. Es wird ständig erweitert und ergänzt. Weithin sichtbar ist unsere Forderung auch am Stiftungsgebäude in Berlin: «Die Waffen nieder!»

Infolge des Krieges haben sich die Krisen und Klassengegensätze verschärft. Lebensmittel, Strom, Heizung – die Lebenshaltungskosten sind rasant gestiegen. Gleichzeitig gibt es aber auch einige, die von Krieg und Krise profitieren: Die Rüstungsindustrie und große Energiekonzerne können sich über zusätzliche Gewinne freuen. Während andere Länder wie beispielsweise Spanien diese Übergewinne abschöpfen, um die schlimmsten Folgen vor allem für Geringverdienende, Familien mit Kindern und Rentner*innen abzufedern, reagierte die deutsche Regierung zögerlich. Auf der Grundlage von Studien und Umfragen hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung analysiert, dass sich viele Menschen akut von Armut bedroht fühlen und dass sich eine Mehrheit in der Bevölkerung für Umverteilung und für die Einführung einer Vermögenssteuer ausspricht. Der Schwerpunkt des vorliegenden Jahresberichts beschäftigt sich mit ebendiesem Themenkomplex.

Im Mittelpunkt unserer politischen Bildungsarbeit und Gesellschaftsanalyse standen auch im Jahr 2022 die großen Themen Klimagerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation, Frieden und geopolitische Herausforderungen, die «Gesellschaft der Vielen» und der Kampf gegen rechts sowie soziale Infrastrukturen, soziale Rechte und Gerechtigkeit in Verbindung mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit. Erneut konnten wir mit einzelnen Projekten wichtige Akzente setzen und eine breite Öffentlichkeit erreichen. Eines der erfolgreichsten Projekte der Stiftung, das gleich mehrere dieser Themen berührt, beschäftigte sich unter dem Titel «Reclaim the Game!» mit der umstrittenen Fußball-WM 2022 in Katar.



Heinz Bierbaum und Daniela Trochowski.

Im Vorfeld der WM organisierte das Zentrum für internationalen Dialog der Stiftung in Zusammenarbeit mit den Büros der Landesstiftungen eine Speakers' Tour mit migrantischen Arbeitern aus Kenia und Nepal, die aus eigenem Erleben von den menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf den Baustellen und den Verhältnissen in Katar insgesamt berichteten. Ein Online-Dossier beleuchtete weitere kritische Aspekte der WM wie Sportswashing und Umweltzerstörung.

«L!NX», die neue digitale Bildungsplattform der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ist seit verganginem Jahr online. Mit ihren interaktiven, multimedialen und kurzen Formaten richtet sie sich nicht nur an Multiplikator*innen, sondern lädt auch zu einem selbstständigen Einstieg in die politische Bildung ein. Die Inhalte reichen von Globalisierung und Handel, Geschichte und Kultur, Wirtschaft und Arbeit über Migration, Antirassismus und Antifaschismus bis hin zu Organizing, Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität. Die Plattform soll auch ein Ort werden, an dem Multiplikator*innen auf der Suche nach Materialien und Inhalten für eigene Workshops und Seminare fündig werden.

Das Projekt «Wohnen.Stadt.Gesellschaft», in dem es um bezahlbaren Wohnraum und lebenswerte Städte geht, konnte 2022 erfolgreich fortgesetzt werden. Die Stiftung hat sich in die große Vergesellschaftungskonferenz im Mai eingebracht, die Arbeit der Expertenkommission Vergesellschaftung des Berliner Senats verfolgt und bewertet sowie die Krise der finanzierten Wohnungswirtschaft aufgrund stürzender Aktienkurse und sinkender Marktwerte analysiert. Ein Band in unserer Reihe «luxemburg argumente» setzt sich mit Mythen und Fakten zur Vergesellschaftung von Wohnraum kritisch auseinander.

2022 war auch das Jahr der abklingenden Corona-Pandemie. In unseren Stiftungsalltag zog eine neue Normalität ein – sowohl was das Verhältnis zwischen mobilem Arbeiten und der Arbeit in Präsenz betrifft als auch im Hinblick auf unsere Veranstaltungstätigkeit. Mobile Arbeit und digitale Veranstaltungsformate sind aus dem Stiftungsalltag nicht mehr wegzudenken. In der Vor-Corona-Zeit gab es nahezu an jedem Tag gut besuchte Veranstaltungen: Konferenzen, Lesungen, Podiumsdiskussio-

nen, Filmabende – alles fand in Präsenz statt. Heute überwiegen hybride Veranstaltungsformate, die an die Organisation und Durchführung neue Herausforderungen stellen. Die Konferenz zu linkem Influencing mit mehr als 150 Teilnehmenden vor Ort und Hunderten im Livestream ist dafür ein gutes Beispiel. Selbst die Mitgliederversammlung – inklusive Vorstandswahlen – fand hybrid statt. Hier haben wir Neuland betreten, da alle Mitglieder digital wählen mussten. Unterm Strich: eine deutliche Zeitersparnis beim Wahlgang und die Erkenntnis, dass bei allen Vorteilen der Digitalisierung der direkte Kontakt und die persönlichen Treffen nach wie vor entscheidend sind. Der neue Vorstand hat seine Arbeit aufgenommen. Er wird die strategische Ausrichtung der Stiftung weiter schärfen und den begonnenen Organisationsentwicklungsprozess zu Ende führen.

In der Vorstandsarbeit wird die sogenannte Zeitdiagnose künftig einen größeren Raum einnehmen, denn die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung und die Frage nach strategischen Ansatzpunkten für sozialistische Politik sind für uns zentral. Das Potenzial der LINKEN liegt noch immer bei 18 Prozent, also fast einem Fünftel der Wahlberechtigten, wie eine repräsentative Umfrage der Rosa-Luxemburg-Stiftung im April 2022 zeigte. Das entspräche etwa 10,8 Millionen Wahlberechtigten. Ihr höchstes Potenzial hat DIE LINKE nach wie vor bei Personen mit niedrigem Einkommen: bei Haushalten mit einem Nettomonatseinkommen von bis zu 1.500 Euro sind es 22 Prozent, bei Haushalten mit einem Einkommen bis 2.500 Euro sind es 24 Prozent. Gerade in Zeiten der Krisen und Umbrüche wird eine politische Kraft der Solidarität dringend gebraucht. Eine Arbeitsgruppe der Stiftung hat zehn Herausforderungen für einen solidarischen Aufbruch der Partei formuliert und im Juni veröffentlicht. Die Diskussion um diese Herausforderungen werden wir 2023 weiterführen.

Liebe Leserin, lieber Leser,
nicht nur die Rosa-Luxemburg-Stiftung, auch ihre Namensgeberin ist im 21. Jahrhundert angekommen. Seit November 2022 sind die Schriften von Rosa Luxemburg online zugänglich. Die digitale Werkausgabe ermöglicht es, Luxemburg neu oder erstmals zu entdecken. Umfassend und vor allem frei zugänglich sind ihre Gedanken besser für die Analyse und Kritik der Verhältnisse nutzbar. Rosa Luxemburgs Texte können jetzt per Volltextsuche erschlossen und gefundene Zitate einfach per Mausklick mit einer Quellenangabe versehen werden. Veröffentlicht wurde die digitale Edition ihrer Schriften durch den Karl Dietz Verlag Berlin.

Abschließend wünschen wir Ihnen und euch viel Spaß bei der Lektüre des Jahresberichts 2022. Und vielleicht sehen wir uns in der nächsten Zeit bei einer unserer Veranstaltungen oder auf unseren sozialen Kanälen.

Heinz Bierbaum

HEINZ BIERBAUM
Vorsitzender des Vorstands

Daniela Trochowski

DANIELA TROCHOWSKI
Geschäftsführerin

SCHWERPUNKT: DECKEL AUF PREISE UND PROFITE!

DAS JAHR 2022 STAND IM ZEICHEN VON KRIEG, PREIS- UND VERTEILUNGSKRISEN

Als die Konjunktur beim Abflauen der Pandemie 2021 wieder ansprang und die Preise anzogen, begann hierzulande eine Debatte über das Ausmaß drohender Inflationsgefahren. Die damalige Einschätzung: Die anziehende Weltwirtschaft, damit einhergehende deutlich steigende Energiebedarfe, die zeitnah nicht befriedigt werden können, internationale Lieferkettenprobleme sowie statistische Sondereffekte würden für eine steigende Inflationsrate sorgen, eine Abschwächung sei aber im Laufe des Jahres 2022 zu erwarten.

Dann spitzte sich – Monate vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und im Zuge der Auseinandersetzungen um die Gaspipeline Nord Stream 2 – die Frage der Gaslieferungen zu: Der russische Staatskonzern Gazprom hatte seine Gasausfuhr für die europäischen Märkte gedrosselt, die Füllstände der Speicher in Deutschland waren auch wegen eines kalten Winters niedrig. Die Folge waren deutlich steigende Preise für fossile Energieträger, lange bevor der Krieg begann.

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 waren die alten Inflationsprognosen dann endgültig Makulatur: Die Preise für Erdgas und Erdöl schossen kriegsbedingt weiter in die Höhe, die für Strom aufgrund der Verbindung zwischen Strom- und Gasmarkt bald ebenfalls. Zudem verschärften sich wegen des Krieges Lieferengpässe in der Weltwirtschaft. Diese Angebotsverknappung und der Preisauftrieb auf den internationalen Märkten für Energie und manch andere Produkte schlugen sich nach und nach auf fast alle Güter nieder. Teurer wurden – mit abgeschwächtem Preisauftrieb – auch etliche Dienstleistungen. Zudem verschärften Spekulationen an den Finanzmärkten und nicht zuletzt die Preissetzungsmacht von monopolistischen Wirtschaftsakteuren die Situation. Mit Wucht war eine Debatte über Inflation, ihre Ursachen und sozialen Folgen sowie über Gegenmaßnahmen auf die politische Agenda zurückgekehrt.

Im Ergebnis befinden wir uns heute in einer zugespitzten Verteilungskrise. Die Lebensmitteltafeln vermelden Rekordzuläufe und Aufnahmestopps, die Realeinkommen sind 2022 um 4 Prozent gesunken (nach Verlusten auch in den Jahren 2020 und 2021). Auch der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst wird die Reallohnseinbußen nicht vollständig ausgleichen. Bereits der Abschluss für die Metall- und Elektroindustrie im November 2022 hat gezeigt, dass die Lohnsteigerungen die Kaufkraftverluste nicht auffangen konnten.

Die Inflation trifft vor allem Niedrigverdiener*innen, ob mit oder ohne Familie, arme Rentner*innen, Studierende, Erwerbslose oder Geflüchtete hart. Denn Menschen mit wenig



Protest von Armutsbetroffenen vor dem Bundeskanzleramt in Berlin, Oktober 2022.

Geld müssen vergleichsweise mehr davon für – im Preis besonders gestiegene – Nahrungsmittel oder für Energie ausgeben als reiche Haushalte. Sie wohnen zudem oft in schlechter sanierten Wohnungen oder können sich seltener die neuesten, energieeffizienteren Modelle (von Autos, weißer Ware etc.) leisten. Schon im Februar 2022 haben wir als Rosa-Luxemburg-Stiftung diese Entwicklungen in einer Veranstaltung unter anderem mit Ulrich Schneider vom Paritätischen Gesamtverband und Christoph Schmitz, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, diskutiert.

Ob es um die Ursachen, Folgen und Maßnahmen gegen die Inflation ging, um den Zusammenhang zwischen Krieg, Energiepreiskrise und allgemeiner Inflation, um die preis-, aber auch klimapolitischen Folgen des eingeschlagenen Wegs zur Reduzierung der Abhängigkeit von russischem Erdgas auf der einen und zum Ausbau von Flüssiggas-Terminals auf der anderen Seite oder darum, wie die europaweit unterschiedlichen Energiepreisdeckel eigentlich funktionieren – im vergangenen Jahr 2022 war der Bedarf an Aufklärung groß. Dem sind wir mit Veranstaltungen, Publikationen und einem großen Online-Angebot nachgekommen. Auch gängige Inflationstheorien nahmen wir kritisch unter die Lupe, zum Beispiel mit Blick auf die Vorstellung monetaristischer Ansätze, die Europäische

Zentralbank könne mit einer straffen Zinspolitik die Inflation sinnvoll bekämpfen. Da es sich um eine angebotsgetriebene Inflation handelt (Auslöser war vor allem der Mangel an Energie), liegt die Ursache der Inflation nicht in einer angeblich preisbefeuernden Geldschwemme. Deswegen können Zinsanhebungen wenig gegen die Inflation ausrichten. Sie laufen vielmehr Gefahr, durch die Verteuerung von Krediten die Konjunktur abzuwürgen und Arbeitslosigkeit zu produzieren. Im vergangenen Jahr haben wir uns daneben vor allem auf die sozialen Folgen der Inflation konzentriert. Zwar haben die Entlastungspakete der Bundesregierung inklusive der Energiepreisbremsen die größten sozialen Härten abgemildert (oder sollen das noch tun), sie sind aber bei Weitem nicht ausreichend, geschweige denn zielgerichtet oder schnell genug, um die Not befriedigend abzufedern, wie unsere Analysen zeigen. Was wir in Texten beschreiben, ist im Alltag bittere Realität: Bildungspersonal berichtet davon, dass immer mehr Kinder hungrig in Schulen und Kitas kommen, Beratungsstellen im ganzen Land erfahren von der Verzweiflung der Menschen. Auch unsere Zahlen zeigen: Viele müssen ihre Ausgaben im Alltag deutlich einschränken. Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Stiftung von Mitte Dezember 2022 fehlen 62 Prozent aller Befragten mindestens 50 Euro im Monat, um

ihren Lebensstandard zu halten, einem Fünftel sogar 250 Euro oder mehr. Klar ist: Die Auswirkungen der Inflation werden die Armut hierzulande (und weltweit) noch einmal verschärfen, zumal kein baldiger, sehr deutlicher Rückgang der Teuerung zu erwarten ist. Vielmehr müssen wir von einem «neuen Normal» höherer Preise ausgehen.

Schon durch die Folgen der Pandemie ist die Anzahl der offiziell Einkommensarmen in Deutschland 2021 rasant um rund 840.000 auf 14,1 Millionen Menschen gestiegen. Für viele kommen die jetzigen Belastungen noch dazu und verschärfen bereits bestehende Engpässe, sei es wegen schon immer zu niedrig berechneter Hartz-IV-Sätze (woran auch das neue Bürgergeld nichts ändert) oder wegen steigender Mieten und unzureichender Regulierung des Wohnungsmarkts, die wir als Stiftung seit Jahren intensiv zum Thema machen. Die finanzielle Not trifft dabei nicht nur Individuen, sondern auch soziale, kulturelle oder sportliche Einrichtungen, die Hilfe leisten und die alltägliche kommunale Infrastruktur aufrechterhalten. Sie müssen ihre Angebote nun teilweise zurückfahren.

Auf der anderen Seite sprudeln bei vielen Marktakteuren bzw. Eigentümer*innen und Anteilseigner*innen die Profite, wie unsere in den Medien breit rezipierte Studie zu krisenbedingten Übergewinnen und Möglichkeiten einer Übergewinnsteuer im August 2022 deutlich machte. 2022 erzielten die 95 weltweit größten Lebensmittel- und Energieunternehmen laut Oxfam 306 Milliarden US-Dollar an leistungslosen Übergewinnen – und schütteten davon allein 257 Milliarden US-Dollar (= 84 Prozent) an Aktionär*innen aus. Das ist Umverteilung nach oben – in atemberaubendem Tempo und Ausmaß. Während zugleich Menschen jeden Cent zweimal umdrehen müssen und soziale Infrastrukturen in die Knie gehen.

Die Antwort auf explodierende Ungleichheit und Inflation muss lauten, Preise und Profite vor allem im Bereich der Grundversorgung mit Lebensmitteln, Energie oder Mieten zu deckeln, Spekulationsmöglichkeiten sowie monopolistische Preissetzungsmacht einzuschränken und Übergewinne, sprich: Extraprofite, in unterschiedlichen Branchen konsequent abzuschöpfen. Zudem sind Vermögen und Erbschaften endlich angemessen zu besteuern.

Bisher sind wir von all dem weit entfernt: Zwar hat die Bundesregierung mit Blick auf explodierende Profite eine EU-Verordnung umgesetzt und damit sowohl eine Abschöpfung von «Überschusserlösen» auf dem Strommarkt erlassen sowie einen EU-Krisenbeitrag von Unternehmen erhoben, die im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich tätig sind. Doch sind die Regelungen nach entsprechendem Lobbydruck so schwach ausgefallen, dass im Strommarkt die Abschöpfung von Extraprofiten wohl gar nicht stattfinden und bei der restlichen fossilen Wirtschaft nur sehr gering ausfallen wird, wie unsere Analysen verdeutlichen. Auch eine gerechtere Besteuerung von Vermögenden oder eine Aussetzung, gar Abschaffung der unsinnigen Schuldenbremse, die dringend benötigte Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau ausbremst, steht nicht auf dem Programm der Ampel. Das alles aber wä-

re notwendig, um mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen und den Alltag in den Städten und Kommunen lebenswerter zu machen. Es würde auch die Demokratieverdrossenheit bremsen – und so rechten Parolen und Mobilisierungen ein Stück weit den Wind aus den Segeln nehmen.

.....
Unser Auftrag als Rosa-Luxemburg-Stiftung ist es, politische und sozial gerechtere Alternativen aufzuzeigen. Deshalb haben wir 2022 emanzipative Proteste und Forderungen von Bewegungen und Aktivist*innen in Deutschland und Europa unterstützt – und solche von rechts kritisiert. Wir haben auf einer großen Vergesellschaftungskonferenz im Oktober die Frage nach dem Potenzial von Vergesellschaftungsforderungen, insbesondere im Mieten-, aber auch im Energiesektor, gestellt. Außerdem haben wir Better-Practice-Beispiele beleuchtet, etwa die schnelle Reaktion der spanischen Regierung auf die Krise. Sie hat, auch auf Betreiben der mitregierenden linken Partei Unidas Podemos, kurzfristig eine umfassende Übergewinn- sowie eine Vermögensteuer eingeführt. Die deutlich niedrigeren Inflationsraten in Spanien, aber auch in Frankreich geben Hinweise darauf, dass konsequente, früh eingeführte Preisdeckel einen wichtigen Teil dazu beitragen, Inflationsentwicklungen abzumildern.
.....

Die zaghaft aufgenommenen Debatten über Preisdeckel und Instrumente, die verhindern, dass sich Preisschocks ausbreiten, müssen systematisiert werden. Strategische Preiskontrollen allein können dabei keine Inflation abwehren, aber in Zeiten von Krieg, Inflation, Klimawandel und absehbaren weiteren, zum Teil schockartigen (Versorgungs-)Krisen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Inflation, wachsende Ungleichheit oder auch die in Krisenzeiten rasch wachsende Staatsverschuldung abzumildern. So lässt sich Zeit erkaufen, um nachhaltige Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

Wir werden uns als Rosa-Luxemburg-Stiftung auch im Jahr 2023 für eine gerechtere Verteilung des Reichtums, einen zukunftsfähigen (und damit demokratischeren) Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft und für gerechtere globale Wirtschaftsbeziehungen einsetzen. Wir freuen uns, wenn Sie unsere Arbeit weiter begleiten und nutzen – und stellen auf den folgenden Seiten beispielhaft einige Projekte aus dem vergangenen Jahr vor.

SACHSEN-ANHALT: DEBATTENREIHE «UKRAINEKRIEG - ANALYSEN UND FOLGEN»

Der russische Überfall auf die Ukraine kostet viele Opfer und bringt unendliches Leid hervor. Seine Auswirkungen spüren auch wir in Deutschland, etwa als Folgen der EU-Sanktionspolitik, die dazu beitragen soll, den Krieg zu beenden.

So hatten bis November 2022 viele Haushalte ihre erhöhten Strom- und Gasrechnungen erhalten. Zudem waren bereits die Kosten beim Lebensmitteleinkauf extrem gestiegen; die Tafeln hatten zu wenig für die ständig wachsende Anzahl an Hilfsbedürftigen. Gründe, warum das Stiftungsbüro Sachsen-Anhalt eine Debattenreihe mit dem Titel «Ukrainekrieg – Analysen und Folgen» organisierte.

Was bedeutet die Energiekrise für private Haushalte, kleine Gewerbe, Vereine und soziale Einrichtungen? Um dies zu diskutieren, wurde zum Auftakt der Reihe am 7. November 2022 Uwe Witt, Klimareferent der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zum Thema «Energiepreisexplosion – Hintergründe, Fakten, Lösungsvorschläge» eingeladen.

Vor dem Krieg habe Deutschland über 55 Prozent der Gaslieferungen aus Russland bezogen. Trotz inzwischen eingestellter russischer Lieferungen sah der Referent für den Winter jedoch keine einschneidenden Probleme bei der Versorgungssicherheit, dafür aber bei den Kosten. Er informierte über die Strom- und Gaspreisbremse, über die im Dezember der Bundestag entscheiden sollte, und darüber, welche Leerstellen es bei den geplanten Maßnahmen gibt.

Es folgten detaillierte Betrachtungen zum Strom- und Gasmarkt. Überraschend gebe es nun zum Winteranfang, bedingt durch den milden Herbst, Einsparbemühungen und alternative Gaslieferungen, gut gefüllte Gasspeicher, ja sogar

einen leichten Überschuss am Gasmarkt, Tanker mit Flüssiggas (LNG) lägen auf Reede. Die wirkliche Herausforderung sei der Winter 2023/24, bis dahin müssten die Gasspeicher wieder gänzlich und ohne russisches Pipelinegas gefüllt sein. Uwe Witt machte deutlich, dass die Energiekrise den Produzenten fossiler Brennstoffe enorme Gewinne bescherte und die Ausbeutung in anderen Ländern verschärfte. Ferner sei LNG keine umweltfreundliche Alternative, da es oft durch Fracking gewonnen werde. Hinzu komme, dass andere, ärmere Länder mit Europa beim LNG-Gas preislich kaum konkurrieren könnten, sie würden ebenfalls in eine Energiekrise gestürzt. Dennoch sei eine begrenzte Anzahl gecharterter LNG-Terminals notwendig. Er warnte jedoch vor festen LNG-Terminals, die das Erreichen der Klimaschutzziele gefährden könnten. Mit einem überdimensionalen Ausbau von LNG-Terminals in Deutschland würden neue Abhängigkeiten geschaffen.

Die Teilnehmer*innen beteiligten sich angeregt an der Diskussion, in der unter anderem die Auswirkungen der Energiekrise auf den Wirtschaftsstandort Deutschland und bislang fehlende staatliche Lösungsvorschläge für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Kulturbetriebe im Vordergrund standen. Hier sah man dringenden Nachbesserungsbedarf. Außerdem wurde über den Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines und über die Möglichkeiten, mithilfe diplomatischer Verhandlungen den Krieg zu beenden, sehr bewegt diskutiert.

Protest von Kanadier*innen vor der deutschen Botschaft in Ottawa gegen Fracking-Gas, August 2022.





Aufgrund des Strommarktdesigns kostet günstiger Windstrom genauso viel wie teurer Strom aus Gaskraftwerken.

«KURZ & BÜNDIG»

EIN NEUES ERKLÄRFORMAT REAGIERT AUF ENERGIEKRISE UND INFLATION

Die sich durch den russischen Überfall auf die Ukraine rasant zuspitzende Energiekrise forderte die Stiftung auch in der Bildungsarbeit heraus: Was steckt hinter Begriffen wie «Merit Order», «LNG-Terminal» oder «Übergewinnabschöpfung»? Und weshalb läuft Letztere so, wie sie von der Bundesregierung umgesetzt wurde, ins Leere? Warum klettern auch die Strompreise, wenn die Gaspreise steigen? Aus welchen Gründen war die angedachte Gasumlage ein Reinfall? Wie funktionieren und wirken die Energiepreiskontrollen im Detail und wo versagen sie? Oder allgemeiner: Wie kommt es eigentlich zu Inflationen, was sind ihre Treiber, wer verliert, wer gewinnt?

Um diese und andere Fragen verständlich aufzuarbeiten, bildeten wir im Sommer 2022 eine bereichsübergreifende Ad-hoc-Arbeitsgruppe. Ziel war es, ein Online-Textformat zu entwickeln, das rund um die Energiekrise sowohl verständlich erklärt als auch kritisch einordnet. Entstanden ist eine Reihe von Texten, die seitdem in unregelmäßigen Abständen auf der Startseite der Stiftungs-Homepage veröffentlicht werden.

Nicht alle Texte waren letztlich wirklich so kurz und bündig wie geplant. Einige Zusammenhänge sind leider technisch-ökonomisch so komplex, dass zu kurz Gefasstes kaum mehr erhellt, als es Überblickstexte in den Tageszeitungen eh schon tun. Aber genau das reicht vielen politisch Interessierten nicht. Wer

auf der Website einer linken Stiftung vorbeischaut, darf erwarten, hier Texte zu finden, die den sozialen und ökologischen Gehalt eines politischen Prozesses herausarbeiten, etwa einer Gesetzesinitiative, eines ökonomischen Instruments oder auch technischer Innovationen. Und zwar gut erklärt, aus der Sache selbst heraus, und eingeordnet in längere Entwicklungslinien. Der sich daraus ergebende Spagat zwischen vertiefender Analyse einerseits und einem verständlichen, aktuellen und eben kürzeren Format andererseits rührt an grundsätzlichen Fragen: Lässt sich Wissenschaft überhaupt in Alltagssprache übersetzen, ohne dass es zu populistischen Verkürzungen kommt? Insbesondere an technischem Grundverständnis ist der Nachholbedarf enorm. Strom kommt eben nicht aus der Steckdose.

Den Anspruch, politisch brisante und fachlich komplexe tagespolitische Themen so zu «übersetzen», dass sie verständlich werden, und dadurch Argumente für fundierte Debatten zu liefern, wird die Stiftung weiter verfolgen. Die Reihe richtet sich weniger an Fachleute als an Menschen, die mit Vorinteresse nach einem Aha-Effekt suchen, dafür aber nicht unbedingt Studien lesen wollen. Links zu Quellen, weiterführenden Artikeln oder Untersuchungen Dritter ermöglichen Interessierten vertiefende Einblicke. Die «Vermarktung» über soziale Medien weitet den Kreis derer aus, die wir erreichen. Das wird künftig sicherlich umso besser gelingen, je näher die Texte und grafischen Elemente tatsächlich dem Konzept «kurz & bündig» kommen.



«IMMER TEURER!»

UNSERE FRAGEN UND ANTWORTEN (FAQ)
ZU INFLATION UND ENERGIEKRISE

Nachdem in der westlichen Welt lange Zeit über eine zu niedrige Inflation geklagt wurde, sind wir seit einer Weile mit einer allgemeinen und deutlichen Verteuerung vieler Waren konfrontiert. Erste Preisanstiege gab es vor allem im Bereich Energie schon im Herbst 2021. Mit Beginn des Krieges in der Ukraine und im Zuge der Lieferengpässe vor allem in China stiegen die Preise vieler Waren immer stärker. Doch was ist überhaupt Inflation? Woher kommt sie? Wen trifft sie besonders, wer profitiert und was kann man gegen sie tun? In unserem FAQ «Immer teurer!» zum Thema Inflation und Energiekrise liefern wir pointierte Antworten auf diese und andere Fragen, die zurzeit so viele Menschen bewegen. Das FAQ findet sich auf unserer neuen digitalen Bildungsplattform L!NX, mit der wir die Schwelle, sich mit komplexen Themen zu beschäftigen, absenken und zugleich eine Orientierung zu wichtigen Problemen aus linker Perspektive bieten wollen. Wir sind der Meinung: Wenn ärmere Haushalte stärker von der Inflation betroffen sind, sollten sie auch besonders stark entlastet werden. Unternehmen und wohlhabendere Privathaushalte, die die Folgen der Inflation weniger oder kaum spüren, sollten hingegen von Entlastungsmaßnahmen nicht profitieren. Und Großkonzerne, denen die gestiegenen Preise sogar höhere Profite bringen, sollten stärker besteuert werden. Unter diesem Fokus schauen wir uns im FAQ unter anderem an, welche Kritik es an der Politik der Bundesregierung gibt und welche Maßnahmen linke Kräfte vorschlagen, um die fortschreitende Verarmung zu stoppen. Wir ordnen ein, wie sich die Forderungen der Gewerkschaften nach höheren Löhnen auf die Inflation auswirken, und erklären, welche Probleme auf dem schon angespannten Miet- und Wohnungsmarkt durch die Inflation entstehen.

LEBENSHALTUNGSKOSTEN IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

Die steigenden Lebenshaltungskosten in Europa waren schon vor der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine ein Problem, denn sie sind auch ein Ergebnis der neoliberalen Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte. Der durch die Energiekrise befeuerte Preisanstieg führte zu einer zunehmenden Ungleichheit und verschärfte die soziale Krise in Europa. Vor diesem Hintergrund hat das Stiftungsbüro in Brüssel im Herbst 2022 damit begonnen, die Lebenshaltungskosten in zehn europäischen Ländern vergleichend darzustellen. Das Projekt «European Mapping of the Cost of Living Crisis» ist in Zusammenarbeit mit der Klimagerechtigkeitsgruppe Gastivists und der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) entstanden, die den Einfluss von Unternehmen und ihren Lobbygruppen auf die EU-Politik aufdeckt. Erstellt wurden eine Karte und eine umfangreiche Datenbank zu verschiedenen sozioökonomischen Kriterien, um zumindest einige Momentaufnahmen dieser rasanten Entwicklung zu erfassen. Mit detaillierten Angaben zu verschiedenen Indikatoren wie Strom- und Gaspreisen, Energiearmut oder zur Höhe der Arbeitslosigkeit liefert die Kartierung die Grundlage für einen Vergleich der verschiedenen nationalen Kontexte und einen Überblick über die Situation auf dem gesamten Kontinent. Abzulesen ist zudem, welche Schritte die jeweiligen Regierungen unternommen haben, um die Krise abzufedern. Ob diese Maßnahmen weitreichender bzw. sozial-, verteilungs- und klimapolitisch sinnvoller als in anderen Ländern ausfallen, dafür macht es einen Unterschied, wer regiert. Spanien etwa zeigt, wie eine solidarischere Bewältigung der Krise aussehen kann. Die dortige Mitte-links-Regierung aus Sozialistischer Partei (PSOE) und Linksallianz Unidas Podemos (Vereinigte Linke/Izquierda Unida und Podemos) reagierte mit der Einführung einer Übergewinnsteuer für den Ener-

Protest gegen steigende Lebenshaltungskosten und Inflation, Frankreich, Oktober 2022.



gie- und Bankensektor bereits im Sommer und Herbst 2022. Im Dezember wurde zudem die Vermögensteuer novelliert und eine temporäre Steuer auf Nettovermögen von mehr als drei Millionen Euro eingeführt. Über die Mehreinnahmen finanziert die Regierung einen Gaspreisdeckel und Maßnahmen zur Verbilligung, teilweise sogar kostenfreien Nutzung des öffentlichen Personennah- und -fernverkehrs. Durch die damit einhergehende Reduzierung des Pkw-Verkehrs wird nicht nur Benzin gespart, sondern auch der zusätzliche Ausstoß von Treibhausgasen vermieden. Um diese Maßnahmen und ihre Übertragbarkeit auf den deutschen Kontext näher zu beleuchten, veröffentlichte das Brüsseler Büro der Stiftung 2022 die Studie «Deckel drauf auf Preise und Profite. Spaniens schnelle Reaktion auf die Krise».

Zusammen mit Portugal drängte Spanien auch auf europäische Lösungen. Die EU-Kommission verabschiedete schließlich aufgrund verschiedener Vorstöße weiterer Mitgliedstaaten, wie Italien, Griechenland, Rumänien und Ungarn, einen eigenen Mindestrahmen, wie Übergewinne abzuschöpfen sind. Im Vergleich zielen die Maßnahmen in Spanien jedoch stärker auf soziale Gerechtigkeit als in der EU und in vielen anderen europäischen Ländern.

Auf EU-Ebene haben sich NGOs mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zusammengeschlossen, um eigene Forderungen und Vorschläge einzubringen, wie den gestiegenen Lebenshaltungskosten begegnet werden muss. Die europäische Kartierung ist ein Werkzeug, das linken Akteur*innen einen schnellen Überblick über vergleichende Zahlen und politische Reaktionen bietet. Für das Jahr 2023 ist eine Erweiterung der untersuchten europäischen Staaten und eine Aktualisierung der Daten geplant.

.....
Die Kartierung der Lebenshaltungskosten ist zu finden unter:
<https://cost-of-livingcrisis.com/>.
.....

MEILENSTEIN IN DER ÖFFENTLICHEN DEBATTE: UNSERE STUDIE ZUR ÜBERGEWINNSTEUER IN DEUTSCHLAND

Im Sommer 2022 wurde in Politik und Medien heftig darüber debattiert, ob die Einführung einer Übergewinnsteuer für Deutschland sinnvoll ist, um angesichts von Energiepreiskrise und zugleich hohen Extraprofiten der Mineralölkonzerne und Stromproduzenten einen Teil dieser leistungslosen Gewinne abzuschöpfen. In der Ampelregierung blockierte die FDP eine Übergewinnsteuer lange, Bundesfinanzminister Lindner argumentierte, dass er amtlicherseits nicht bestätigen könne, dass es Übergewinne überhaupt gebe.

In dieser aufgeheizten Situation schlug die von der Stiftung beauftragte Studie «Kriegsgewinne besteuern. Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern» des Netzwerks Steuerge-



Illuminierte Total Raffinerie Mitteldeutschland in Leuna, Sachsen-Anhalt.

rechtigkeit wichtige Pflöcke ein: Zum ersten Mal lag damit eine Berechnung vor, dass eine Übergewinnsteuer für Deutschland staatliche Einnahmen in Höhe von 30 bis 100 Milliarden Euro pro Jahr einbringen könnte, abhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung. Wir hatten Agenda Setting im besten Sinne betrieben.

Unsere Untersuchung liefert nicht nur wichtige Zahlen, sie ordnet zudem kompakt ein, auf welchen unterschiedlichen Grundlagen unsere Nachbarländer ihre Übergewinnsteuern erheben und wo Vor- und Nachteile dieser Modelle liegen. Darüber hinaus werden einige der am häufigsten vorgebrachten Argumente gegen eine Übergewinnsteuer einer kritischen Analyse unterzogen und Vorschläge gemacht, wie eine solche Steuer erhoben werden sollte, um an die Profite internationaler Mineralölkonzerne tatsächlich heranzukommen.

Die letztlich eingeführten Mechanismen zur Abschöpfung von Übergewinnen haben sich aber als Reinfall erwiesen, weil die Strompreise inzwischen gefallen und die Obergrenzen zu hoch angesetzt sind. Das Thema einer gerechten Steuerpolitik ist somit drängender denn je!

MIETEN MÜSSEN KEIN ARMUTSRISIKO SEIN

Die Hälfte aller Mieter*innen in deutschen Großstädten lebt in zu teuren Wohnungen, mehr als jede*r Zehnte gibt sogar über die Hälfte des Einkommens für Miete aus. Die Inflation hat den Mietenanstieg zusätzlich angeheizt, auch weil Vermieter*innen vermehrt die Mieterhöhungen an die Verbraucherpreisentwicklung koppeln. Zudem machen die sinkenden Reallöhne die steigenden Wohnkosten immer mehr zum Armutsrisiko.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht seit Jahren Analysen zum Thema Miete und Wohnen, begleitet die Mieterbewegung und entwickelt Alternativen zum profitorientierten Wohnungsmarkt. Die 2022 veröffentlichte Studie «Vergesellschaftung senkt die Miete» zeigt etwa, wie groß die Entlastung wäre, wenn private Konzerne Wohnraum genauso



Im Mai 2022 lud die Initiative «Deutsche Wohnen & Co. enteignen» zur Enteignungskonferenz nach Berlin ein.

bewirtschaften würden wie kommunale Träger. Beim Volksentscheid in Berlin hat sich im September 2021 eine große Mehrheit für die Vergesellschaftung von Wohnungen ausgesprochen, doch ihre Umsetzung ist politisch umstritten und rechtlich kompliziert. Diese Debatten haben wir mit Publikationen begleitet, etwa mit dem Band «Enteignung schafft keine einzige Wohnung», in dem wir uns kritisch mit populären Einwänden gegen die Vergesellschaftung auseinandersetzen, mit dem Schwerpunktheft «Besitz ergreifen» der Zeitschrift *LuXemburg* oder mit unserer Analyse zum Zwischenbericht der Berliner Expertenkommission zur Umsetzung des Volksentscheids. Daneben haben wir zwei große Kongresse – die Enteignungskonferenz im Mai und den Vergesellschaftungskongress im Oktober 2022 – mitveranstaltet.

Die Bundesregierung könnte die Mietenkrise mit einem bundesweiten Mietendeckel sofort beenden. Das zeigt unser im Februar 2022 gestartetes Mietendeckel-Portal. Dort kann virtuell erkundet werden, wie weit die Mieten stabilisiert oder auch gesenkt werden könnten. Da davon auszugehen ist, dass wir auch 2023 und darüber hinaus mit dauerhaft erhöhten Preisen rechnen müssen (wenngleich auf etwas niedrigerem Niveau), wird eine solche Deckelung immer wichtiger.

Das gilt umso mehr, als Inflation und Zinsanstieg die Geschäftsmodelle der Bau- und Immobilienwirtschaft unter Druck setzen und für die finanzmarktorientierte Wohnungswirtschaft «die Party vorbei» zu sein scheint – wie wir in einem Standpunkte-Papier analysiert haben. Das aber erhöht vor allem den Druck auf Mieter*innen. Auch haben Vonovia und andere ihre Neubauvorhaben gestrichen. Ein kommunales Wohnungsbauprogramm, das wir in dem Kurzvideo «Kommunal bauen, bezahlbar wohnen» vorstellen, könnte dafür einen Ausweg bieten. Da die Ampelregierung jede Maßnahme gegen hohe Mieten verweigert und weiterhin auf die gescheiterte alleinige Strategie «bauen, bauen, bauen» setzt, kommt es auf linke Opposition, Zivilgesellschaft und Mieterbewegung an. Die Stiftung ist hier aufgrund ihrer jahrelangen Analyse- und Unterstützungsarbeit fest verankert. Stärker in den Blick

nehmen wir 2023 den notwendigen Umbau des Wohnungsektors hin zur Klimaneutralität, bei dem weitere Mietsteigerungen verhindert werden müssen.

«GRÜNER KOLONIALISMUS»?!

DIE FOLGEN DER EUROPÄISCHEN ENERGIEPOLITIK FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN

Die deutsche und europäische Energiepolitik verursacht in vielen Ländern des globalen Südens massive Probleme. Im internationalen Austausch mit Kolleg*innen und Partnern der Rosa-Luxemburg-Stiftung und auch auf der UN-Klimakonferenz in Ägypten sorgte das für Gesprächsstoff und Beschwerden.

Da Deutschland und die Europäische Union seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine versuchen, sich durch weltweite Flüssiggaseinkäufe aus der Abhängigkeit von russischen Gasimporten zu befreien, kam es zu drastischen Preissteigerungen auf dem Weltmarkt. Für arme Länder hat das fatale Auswirkungen: Sie können sich notwendige Gasimporte nicht mehr leisten, bekommen kein Gas mehr angeboten oder zugesagte Lieferungen werden abgesagt. Pakistan, 2022 von den Zerstörungen einer Jahrhundertflut betroffen, ist ein Beispiel dafür. Die sozioökonomischen Folgen sind verheerend. Die ägyptische Regierung, ein anderes Beispiel, hat entschieden, das wertvolle Gas lieber zu exportieren, während der Verbrauch im eigenen Land gedrosselt werden musste und unter anderem durch das Verbrennen von extrem schmutzigen Masut (Destillationsrückstand von Erdöl) zur Stromgewinnung ersetzt werden soll. Die Befürchtung ist, dass diese Entwicklung in vielen Ländern zu einer Laufzeitverlängerung von klimaschädlichen Brennstoffen wie Öl und Kohle führen wird. Die Suche nach alternativen Energiequellen jenseits russischer Importe paart sich mit einer zunehmenden Ressourcennachfrage für die europäische Energiewende, die über viele afrikanische und lateinamerikanische Länder hereinbricht. Hinzu kommt der Hype nach «Grünem Wasserstoff». Auch die Liste der Koopera-

Nutzungskonflikte: Vor der Küste Senegals soll ein Gasfeld erschlossen werden.





PUBLIKATIONEN ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Yago Álvarez
Deckel drauf auf Preise und Profite
 Spaniens schnelle Reaktion auf die Krise
 Online-Studie 16/2022, 24 Seiten
 ISSN 2749-3156

Mario Candeias, Eva Völpel, Uwe Witt
Mehrheit für Energiepreisdeckel und Übergewinnsteuer
 Ergebnisse einer repräsentativen Befragung
 Online-Veröffentlichung, 13 Seiten
 ISBN 978-3-948250-53-9

Andrej Holm
Die Lage der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin
 Stellungnahme für die Expertenkommission zum Volksentscheid «Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen»
 Online-Publikation 3/2022, 24 Seiten
 ISSN 2567-1235

David Kern-Fehrenbach
«Kurz & bündig»: Übergewinne und Übergewinnsteuer
 Wie funktioniert die Übergewinnsteuer und warum brauchen wir sie?
 Online-Veröffentlichung

Sabine Leidig, Bernhard Knierim
«Kurz & bündig»: 9-Euro-Ticket
 Warum wir einen Nachfolger für den preisgünstigen Öffi-Tarif brauchen
 Online-Veröffentlichung

Christoph Trautvetter, David Kern-Fehrenbach
Kriegsgewinne besteuern
 Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern. Eine Studie des Netzwerk Steuergerechtigkeit im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung
 Online-Publikation, 22 Seiten

Knut Unger
Vonovia: Ein Problem, das immer größer wird
 Das Geschäftsmodell mit den Mieten
 Broschur, 32 Seiten
 ISBN 978-3-948250-48-5

Knut Unger
Die finanzialisierte Wohnungswirtschaft ist sozialisierungsreif
 Für eine vergesellschaftende Regulation der Immobilienökonomie
 Standpunkte 4/2022, 6 Seiten
 ISSN 1867-3171

Knut Unger, Daniel Zimmermann
Vonovia & Co.: Die Party ist vorbei
 Zur aktuellen Krise der finanzialisierten Wohnungswirtschaft
 Standpunkte 6/2022, 7 Seiten
 ISSN 1867-3171

Uwe Witt
Habecks Gas- und Strompreisbremse
 Online-Veröffentlichung

IM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Andrej Holm
Objekt der Rendite
 Zur Wohnungsfrage und was Engels noch nicht wissen konnte
 Broschur, 216 Seiten
 ISBN 978-3-320-02388-1

VSA: VERLAG

Michael Brie
Sozialismus neu entdecken
 Ein hellblaues Bändchen zu den Widersprüchen einer solidarischen Gesellschaft
 Broschur, 176 Seiten
 ISBN 978-3-86488-055-0

Dieter Klein
Regulation in einer solidarischen Gesellschaft
 Wie eine sozial-ökologische Transformation funktionieren könnte
 Broschur, 268 Seiten
 ISBN 978-3-96488-117-5

Kostenloser Download und Bestellung von Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

tions- und Investitionsprojekte Deutschlands und Europas bzw. internationaler Konzerne, um auf dem afrikanischen Kontinent neue Gas- und teilweise auch Ölfelder zu erschließen sowie entsprechende Pipelines zu bauen, ist lang geworden im vergangenen Jahr. Einige der Projekte haben für negative Schlagzeilen gesorgt, beispielsweise die Pläne der Bundesregierung, sich an der Erschließung eines Gasfeldes im Meeresschutzgebiet vor der senegalesischen Küste zu beteiligen. Viele Auswirkungen der europäischen Energiepolitik sind aber bisher zu wenig beleuchtet worden. Die meisten der angestrebten Projekte tragen nichts zur Verbesserung des Lebens-

standards der Bevölkerung vor Ort und zu einer gesicherten Energieversorgung bei. Vielmehr werden negative Auswirkungen die lokale Umwelt und auch Landwirtschaft treffen, daneben werden mögliche Konflikte um Landnutzung und die Kontrolle der neuen lukrativen Geschäftsoptionen zunehmen. Die Abhängigkeit vieler Länder im globalen Süden vom Export von Rohstoffen wird somit durch Europa verfestigt. Es werden koloniale Muster fortgeschrieben, die in Bezug auf die Energiepolitik jetzt teilweise mit einem grünen Label versehen werden. Deshalb ist im Partnerumfeld der Stiftung verstärkt von einem neuen «grünen Kolonialismus» die Rede.

INTERNATIONALE ENERGIEPARTNERSCHAFTEN IN DER KRITIK

MARKTMACHT STATT ZIVILGESELLSCHAFTLICHER
MITBESTIMMUNG

Die Energiekrise in Deutschland und die mit ihr verbundenen gestiegenen Energiekosten haben sich auch auf die Gestaltung der deutschen internationalen Klimapolitik ausgewirkt. Auf internationaler Ebene beteiligt sich die Bundesregierung an sogenannten Energiepartnerschaften wie den Just-Energy-Transition-Partnerships (JETP) oder Wasserstoff-Partnerschaften. Zwar existierten diese Instrumente bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, doch haben sie seitdem enorm an Bedeutung gewonnen.

Die erste JETP wurde im Zuge der Klimakonferenz COP26 in Glasgow zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den USA, der Europäischen Union und Südafrika 2021 abgeschlossen. Durch finanzielle Zusagen in Höhe von 8,5 Milliarden Euro soll Südafrika, das 90 Prozent seiner Energie aus Kohle generiert, beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft unterstützt werden. Weitere JETP sind mit Indien, Vietnam, Indonesien und dem Senegal geplant.

Auf den ersten Blick scheint dieses Instrument ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Doch blickt man auf die Zusammensetzung dieser Partnerschaften, wird deutlich, dass mit ihnen auch eine Finanzialisierung der Klimapolitik einhergeht und damit die Gefahr besteht, dass eine Kontinuität der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme fortgeschrieben wird, nun jedoch in «grün». Denn von den 8,5 Milliarden Euro sind lediglich 3,5 Prozent Zuschüsse, der Rest sind Investment-Garantien und vergünstigte sowie nicht-vergünstigte Kredite. Die Mobilisierung des Privatsektors steht dabei im Zentrum des Ansatzes. Das wurde besonders deutlich, als der deutsche Klima- und Wirtschaftsminister Robert Habeck im Dezember 2022 mit einer riesigen Delegation aus dem Privatsektor zum «German-African Business Summit» nach Johannesburg reiste. Die deutsche Klimapolitik manifestiert sich hier vor allem in investitionsbasierten Programmen, die Partnerschaften genannt werden. Aktivist*innen glauben jedoch nicht daran, dass die Klimakrise mit marktorientierten Instrumenten zu bewältigen ist. Vielmehr wird mit diesem Politikansatz die ökonomische Souveränität Südafrikas untergraben und die Schuldenlast weiter erhöht. Zudem werden bei den Verhandlungen um die JETP keine sozialen Basisinitiativen einbezogen oder konsultiert. Entsprechend kontrovers wird die JETP in der progressiven südafrikanischen Zivilgesellschaft diskutiert.

Als Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützen wir eine von den Menschen vorangetriebene gerechte Energiewende, bei der nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird und die nicht an den Interessen von Big Business orientiert ist. Daher arbeiten wir in Südafrika mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem Climate Justice Charter Movement zusammen, das sich für einen Bottom-up-Ansatz bei der Just Energy Transition



Robert Habeck (M) trifft die Minister*innen Mpondi Gungubele und Barbara Creezy zu JETP-Gesprächen in Südafrika, Dezember 2022.

und für den Aufbau einer Massenbewegung einsetzt. Nach einem sechsjährigen Entwicklungsprozess der Climate Justice Charter unter Einbezug einer Vielzahl von Akteuren wurde sie im Oktober 2020 dem südafrikanischen Parlament vorgelegt. Seitdem kämpfen die Aktivist*innen für ihre Umsetzung. Wir werden sie weiter dabei unterstützen.

«SOLIDARITÄT BILDEN. WIE GEHT SOZIALE GERECHTIGKEIT IN DER KRISE?»

«Kann ich mir das Stück Butter noch leisten und bleibt im Winter meine Wohnung kalt?» In Zeiten, in denen wir alle zum Energiesparen aufgefordert und auf notwendige Wohlstandsverluste (aber natürlich längst nicht für alle) eingestimmt werden, zugleich aber das Bedürfnis nach erschwinglichem Nahverkehr als «Gratismentalität» abgetan wird, brauchen wir mehr als Spartipps für den Lebensmitteleinkauf. Wir brauchen solidarische Alternativen! Und zwar in allen Bereichen, die von der allumfassenden Krise betroffen sind: im Gesundheitssystem, im öffentlichen Nahverkehr, bei der Energieversorgung, der sozialen Infrastruktur und beim Wohnen.

Deshalb haben wir im Jahr 2022 erstmals einen Teil der Summe, die uns zur Förderung externer Projekte zur Verfügung steht, thematisch ausgeschrieben und für das Jahr 2023 nach Projekten gesucht, die sich mit der zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft befassen und solidarische Ansätze entwickeln, aufzeigen oder verbreitern wollen. Bewerben konnten sich Initiativen und Vereine aller Art, ob in der Stadt, auf dem Land oder im Dorf – solange sie gemeinnützig sind – mit allen nur erdenklichen Projekten: von Bildungsangeboten über verschiedene Medienformate und Workshops bis hin zu Theaterstücken und Podcasts ... Kurz: mit allem, was hilft, solidarische Antworten auf die Vielfachkrise zu geben.

13 Projekte haben sich bis Ende 2022 auf die Ausschreibung für jeweils bis zu 5.000 Euro beworben, fünf Projekte haben bisher eine Förderung für das Jahr 2023 erhalten.

INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE

Das Jahr 2022 stand für uns als Institut für Gesellschaftsanalyse im Zeichen der wachsenden Krise der Partei DIE LINKE. In einer von uns in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage im Mai 2022 erreichte die Partei zwar noch immer ein Wählerpotenzial von 18 Prozent (sogar 22 Prozent bei Personen mit niedrigem Einkommen), aber es gelingt nicht, dieses Potenzial auszuschöpfen. Dafür, so unsere Analyse, müssten zunächst die parteiinternen Probleme und Auseinandersetzungen gelöst bzw. befriedet werden.

Als notwendig erachten wir für diesen Zweck den Aufbau eines strategischen Führungszentrums von Partei und Bundestagsfraktion, das verbindlich für einen Umgang mit Widersprüchen steht und einen Korridor definiert, in dem unterschiedliche Positionen ausgetauscht und Konflikte ausgetragen werden können. So hat es eine Arbeitsgruppe des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung in ihrer Analyse «Zehn Herausforderungen eines solidarischen Aufbruchs» im Juni formuliert. Denn tatsächlich zerfällt die Partei mindestens in drei Parteien innerhalb der LINKEN. Jedes Projekt für sich genommen ist zu schwach und verfügt nicht über die Ausstrahlung, um bundesweit mehr als fünf Prozent zu erreichen. Sie alle hätten etwas in eine neu ausgerichtete LINKE einzubringen, stehen bisher aber zu unverbunden neben- und teilweise gegeneinander.

Die gute Nachricht: Programmatisch gibt es große Übereinstimmungen in der Partei. Doch die Inhalte stehen eben nicht für sich, sondern sind stets mit dem Kampf um Machtpositionen verbunden, in dem kleine und große Differenzen (notwendig) betont werden. Zum Problem wird es, wenn mehr Kraft auf die Differenzen als auf die Produktion des Gemeinsamen verwendet wird. Dann greifen die Medien solche Differenzen auf und machen sie zu mächtigen Gegensätzen, in denen Einzelne sich gegen die Partei profilieren und die Zentrifugalkräfte die Partei auseinandertreiben, so eine weitere Analyse in der Zeitschrift *LuXemburg*. Im Ergebnis agierte die Partei bei zentralen Fragen der letzten Jahre (Migration, Klima, Corona) vielstimmig und uneindeutig – allen voran in der Außenpolitik, die als häufigster Grund genannt wird, die LINKE nicht mehr zu wählen. Das Institut für Gesellschaftsanalyse versucht in diesem Kontext, Analysen, Strategien und Einstiegsprojekte zu formulieren, die geeignet sind, die beiden größten Wählerpotenziale – Menschen mit geringem Einkommen und ein sozialökologisches linkes Feld – zu verbinden. Forderungen nach Ausbau des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs oder einer günstigen Energiegrundversorgung bei gleichzeitig stark angehobenen Preisen für höhere Verbräuche haben, das zeigt unsere erwähnte Umfrage, im linken Potenzial ausgesprochen hohe Zustimmungswerte, aber besonders hoch sind sie bei Menschen mit geringem Einkommen.

Die Krise infolge von Inflation und Energiepreisentwicklung hat ein Gelegenheitsfenster für solche konkreten Forderungen geöffnet, die mit der LINKEN verbunden werden. So haben wir die Debatten zu Energie- und Gaspreisdeckel sowie zu Übergewinnsteuern mit Konzepten, Studien, Umfragen und Bildungsmaterial befördert. Weniger erfolgreich waren wir darin, verbindende Positionen in der Friedenspolitik zu finden und die Parteiführung entsprechend zu beraten – hier wirken die Zentrifugalkräfte derzeit am stärksten.

Personell ist das Institut etwas kleiner geworden. Dafür können wir mit unserer neuen Kollegin Katrin Schäfgen die Arbeit zu sozialen Infrastrukturen verstärken, konkret in der Schul- und Bildungspolitik.

AUS SORGE KÄMPFEN: FÜR EIN UMDENKEN IN DER AKTUELLEN GESUNDHEITSPOLITIK

Zum Ende des Jahres 2022 klang es so, als stünde eine Revolution bevor: Karl Lauterbach kündigte einen Wandel in der Gesundheitspolitik an, gar die Abschaffung der sogenannten Fallpauschalen.

Seit Jahren ist die Finanzierung des Gesundheitswesens, besonders die der Krankenhäuser, ein Themenschwerpunkt der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Wie sieht eine bedarfsgerechte Krankenhausplanung aus? Welchen Einfluss haben die Pri-

vatisierungen im Gesundheitswesen auf die Versorgung von Patient*innen und auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten?

Mit diesen und weiteren Fragen befassen sich die Studien «Krankenhausplanung in Deutschland. Krankenhausgesetz und Krankenhauspläne der Bundesländer – ein kritischer Überblick» von Thomas Böhm und «Kein Bett zu viel. Eine Kritik am Modellprojekt «Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen» von Achim Teusch. Zwischen 2002 und 2019 sind in deutschen Krankenhäusern 150.000 Betten abgebaut worden, gleichzeitig ist die Anzahl der zu behandelnden Kranken um elf Prozent gestiegen. Das macht deutlich, dass es ein Umdenken in der aktuellen Gesundheitspolitik geben muss.

Mit der Berliner Krankenhausbewegung 2021 hatten die Tarifaufeinandersetzungen für mehr Personal im Krankenhaus erneut Fahrt aufgenommen. Das wirkte sich auch in Nordrhein-Westfalen aus: Mit einem über 70-tägigen Streik zeigten die Beschäftigten der sechs Unikliniken im Bundesland, dass ein Arbeitskampf an Krankenhäusern möglich ist und mit Durchhaltevermögen gewonnen werden kann. Die Beschäftigten erkämpften, nach dem Vorbild Berlins, einen «Tarifvertrag Entlastung».

Als Stiftung beteiligten wir uns an Veranstaltungen, publizierten Interviews mit betrieblich Aktiven einer Kölner Rettungsstelle oder einer Vertreterin von ver.di. Eine Berufsgruppe, die sich in den verschiedenen Bewegungen organisiert hat, ist

Proteste im Rahmen des Arbeitskampfes der Berliner Krankenhausbewegung.



die der Hebammen und Geburtshelfer*innen. Ihren speziellen Kampf beschreiben Julia Dück und Julia Garscha in der Broschüre «Aus Sorge kämpfen. Von Krankenhausstreiks, Sicherheit von Patient*innen und guter Geburt».

Zum Frauenkampftag am 8. März wurde der Film «Ohne uns geht gar nix – der lange Kampf der Berliner Krankenhausbewegung» auf dem YouTube-Kanal der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht und ist seitdem über 18.000-mal angeschaut worden. Der Film wird in Streiklokalen, bei regionalen Veranstaltungen oder in Univorlesungen als Bildungsmaterial genutzt.

Auch 2022 spürten wir noch die Auswirkungen der Covid-Pandemie: Völlig überarbeitete Pflegekräfte, die den Beruf aufgeben, hoher Krankenstand bei Beschäftigten und Patient*innen, aber auch Lieferschwierigkeiten bei Medikamenten und medizinischem Material für Behandlungen. Trotzdem blicken wir auch auf ein Jahr zurück, das geprägt war von Tarifausinandersetzungen, gesundheitspolitischen Debatten zur bedarfsgerechten Personalbemessung und Vernetzungsveranstaltungen. Auch wenn Lauterbachs angekündigte Revolution ausgeblieben ist – die gesundheitspolitisch Aktiven und Gesundheitsarbeiter*innen bleiben dran, und das macht Hoffnung!

SCHAFFEN WIR ZWEI, DREI, VIELE DWES!
KONFERENZEN ZUR VERGESELLSCHAFTUNGSFRAGE

Angesichts multipler Krisen und der Herausforderungen eines klimagerechten sozial-ökologischen Umbaus wird die Eigentumsfrage als Frage der Verfügungsgewalt über gesellschaftliche, oft auch knapper werdende Ressourcen immer wichtiger. Soll die Kehrtwende in unseren Lebens-, Arbeits- und Produktionsweisen gelingen, ist es notwendig, dem Gemeinwohl dienende Wirtschafts- und Versorgungsstrukturen auf- bzw. aus-

Vergesellschaftung – auch 2022 ein Thema, bei dem es viel Gesprächsbedarf gab.



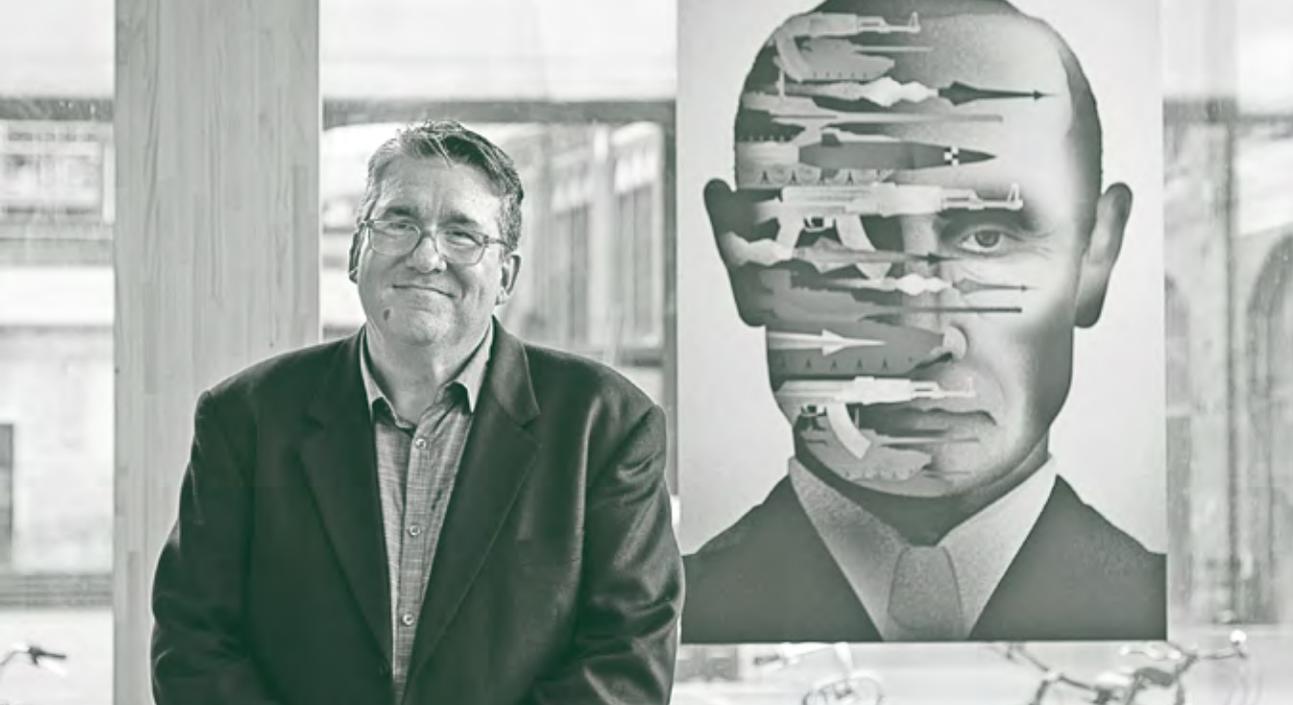
zubauen und zu demokratisieren. In diesem Sinne zog sich durch unser arbeitsreiches Jahr ein roter Konferenzfaden: Es galt, die Vergesellschaftungsfrage durchzudeklinieren und die Vergesellschaftungsforderungen zuzuspitzen und auszuweiten. Vom 27. bis 29. Mai 2022 fand die in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführte Konferenz «Wir müssen reden» der Initiative «Deutsche Wohnen & Co. enteignen» (DWE) statt. Über 700 Menschen aus dem In- und Ausland diskutierten in mehr als 40 Veranstaltungen und Formaten über hohe Mieten, Bodenspekulation und Strategien dagegen, über die Eigentumsfrage beim Wohnen und die Vergesellschaftung der großen börsenorientierten Immobilienkonzerne. Berlin sei nicht allein, so Balakrishnan Rajagopal, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessenes Wohnen: «Die Welt schaut auf Berlin», so der Titel seiner Grußbotschaft.

Die Stiftung unterstützte die Konferenz mit der Organisation zahlreicher Veranstaltungen, etwa mit der Podiumsdiskussion «Follow the Money», auf der Christoph Trautvetter, unser externer Leiter des Projekts «Wem gehört die Stadt», die Investigativjournalistin Gabriele Keller und die Berliner LINKE-Abgeordnete Katalin Gennburg über den deutschen Immobilienmarkt als Tummelplatz für Oligarchen, Kriminelle und Steuerhinterzieher*innen sprachen.

Besonders inspirierend war der Austausch mit Aktivist*innen aus anderen europäischen Städten, unter anderem aus Amsterdam, Barcelona, Belgrad, London, Madrid und Zagreb. Zum Abschluss verabschiedeten die Kongressteilnehmer*innen eine Erklärung, in der sie ein Ende von Privatisierungen und Partnerschaften mit Immobilienkonzernen, ein Vergesellschaftungsgesetz sowie auf Bundesebene einen Mietendeckel und ein neues kommunales Vorkaufsrecht forderten.

Vom 7. bis 9. Oktober knüpfte unsere Konferenz «Vergesellschaftung: Strategien für eine demokratische Wirtschaft» (<https://vergesellschaftungskonferenz.de>) in Berlin daran an, die wir zusammen mit einem großen Trägerkreis organisiert haben. Wie in einem strategischen Beitrag schon im Jahr zuvor ausbuchstabiert («Believe the hype! Vergesellschaftung kann ein Kompass für die Erneuerung der Linken sein»), sollte die Vergesellschaftungsdebatte vom Wohnungssektor auf andere Felder (etwa Energie, Gesundheit, Mobilität, Big Tech) ausgedehnt werden. So berieten die Anwesenden in verschiedenen Formaten, was die Forderung nach Vergesellschaftung bzw. einer gemeinwohlorientierten Ökonomie bedeuten und wie solch eine «economy for all» popularisiert und politisch durchgesetzt werden kann.

Nach einer mit rund 1.000 Personen überwältigend gut besuchten, energiegeladenen Konferenz können wir sagen: Es ist uns gelungen, die Vergesellschaftungsfrage theoretisch, konzeptionell und strategisch auszuweiten und gemeinsam mit unterschiedlichen Akteur*innen aus Bewegungen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik nach vorn zu denken. Wir bleiben dran! Ein Ergebnis ist unsere im März 2023 erschienene Konferenzpublikation «Neue Energie für Vergesellschaftung – Vergesellschaftung für neue Energie».



Erstmals in Europa: Brian Stauffer freute sich, dass seine Werke im Foyer des neuen Stiftungsgebäudes zu sehen waren.

WERKSCHAU BRIAN STAUFFER

Der US-amerikanische Künstler und Illustrator Brian Stauffer war Gert Gampe, der 2021 bereits die Ausstellung «Krieg und Frieden» kuratierte, aufgefallen. Zwei von Stauffers Bildern fanden dann auch ihren Weg in die genannte Ausstellung. Daraus entwickelte sich die Idee einer eigenen Werkschau. 48 Motive aus dem großen Bestand Stauffers wurden für die erste Ausstellung des mit vielen Preisen bedachten Künstlers außerhalb der USA ausgewählt. Bilder in einer emotionalen und kraftvollen Sprache, die sich mit brisanten sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen. Themen, die nicht nur auf die USA beschränkt sind, sondern globale Konflikte betreffen. Nicht umsonst wurde seine Kunst mit jener John Heartfields verglichen.



Die Ausstellung wurde am 11. April 2022 in Anwesenheit Brian Stauffers im neuen Gebäude der Stiftung im Foyer mit den großen Außenfenstern eröffnet – in einem Raum für Betrachtung, Nachdenken, Begegnung und Dialog. Tags darauf führte ihn das Rahmenprogramm in die Kunsthochschule Berlin-Weißensee. Der prägnante Stil von Stauffers Bildern hat insbesondere jüngere Menschen angesprochen. Es gab diverse Anfragen, die Schau auch andernorts zu zeigen, einige auch aus dem Ausland. So wanderte sie auf zwei Großveranstaltungen mit einer langen Tradition: auf das Pressefest der *Volksstimme* im Wiener Pratergarten im September und auf das Pressefest der *L'Humanité* in Paris kurz darauf. Auch beim Friedensfest in Strausberg im August sowie in der Zentralbibliothek Magdeburg im November konnte die Werkschau präsentiert werden. Das Interesse ist nach wie vor so groß, dass für 2023 weitere Ausstellungsorte in Planung sind.

LUXEMBURG 2022

WAS TUN? «BESITZ ERGREIFEN»

Mit dem Berliner Volksentscheid von «Deutsche Wohnen & Co. enteignen» hat die linke Debatte um Vergesellschaftung neue Dynamik gewonnen. Unter der Überschrift «Besitz ergreifen» haben wir in der ersten Ausgabe unserer Zeitschrift *Luxemburg* deshalb nicht nur gefragt, wie die Arbeiterbewegung Anfang des letzten Jahrhunderts über Sozialisierung nachgedacht hat oder warum Vergesellschaftung mehr bedeutet als einen Wechsel der Eigentumsform. Wir haben auch diskutiert, warum es nicht reicht, die Krankenhäuser zu re-kommunalisieren, und wie eine kommunale Sorge-Ökonomie aussähe, die auch die Geschlechterverhältnisse ins Wanken bringt. Gerade eine breite Initiative für Vergesellschaftung kann die vielen kleinen und großen Kämpfe bündeln und so auch der Kompass für eine Erneuerung der Linken sein.

KLIMAFOLGEN: «UNANGEPASST»

«The future is unwritten» lautet ein linker Slogan. Doch nach den Klimaprognosen ist die Zukunft eher ungemütlich, unerträglich oder unbewohnbar. Noch ließe sich Allerschlimmstes verhindern, wenn radikal umgesteuert würde. Vieles ist aber schon jetzt nicht mehr aufzuhalten.

«Sind wir vorbereitet auf diese klimagewandelte Welt?» war deshalb die Frage der zweiten Ausgabe des Jahres. «Nein» war die schlichte Antwort. Selbst in diesem reichen Land fehlen Infrastrukturen und Ressourcen, um Menschen zu schützen und Schäden zu begrenzen. Den Preis zahlen vor allem die, die am wenigsten haben; soziale Spaltungen vertiefen sich, Abschottung und Aufrüstung nehmen zu. Das Heft hat dazu beigetragen, die Möglichkeiten linker Politik auszuloten: Wie könnte eine solidarische Anpassung aussehen? Und: Für welche Zukunft lohnt es sich, trotz allem und mehr denn je zu kämpfen?

ZEITDIAGNOSE: «KAPITALOZÄN»

Statt Jahreszeiten sind es Krisen, die unser Jahr beschreiben: Krieg gefolgt von Hitzewellen, nach Inflation kommt Energiekrise. Leben wir in einem Katastrophenkapitalismus, der zum ökologischen Kollaps unseres Planeten führen wird? Diese Sorge beschäftigt längst nicht nur, aber vor allem die jüngere Generation.

Deshalb haben wir das dritte Heft gemeinsam mit Aktiven aus dem Studierendenverband LINKE.SDS konzipiert. Für ihre Generation ist das Existenzielle der gegenwärtigen Vielfachkrise überdeutlich. Entscheidend ist, die Triebkraft der Katastrophe beim Namen zu nennen: Nicht «die Menschheit» zerstört den Planeten, wie es der populäre Begriff Anthropozän nahelegt, sondern die kapitalgetriebene Aneignung und Verwertung der Natur im Kapitalozän.



Veronica Gago.

FELLOWS

Veronica Gago von der Universität in Buenos Aires bestritt Veranstaltungen zur Vergesellschaftung von Wohnraum, zur «sorgenden Stadt» sowie zur Schuldenproblematik aus feministischer Sicht. **Jonas Weber** von der Universität Bern arbeitete an einem internationalen Vergleich von Polizei-Beschwerdestellen mit konkretem Bezug zur Umsetzung in Berlin. **Markus Wissen** führte sein Fellowship zu sozial-ökologischer Transformation und gerechter Mobilität fort. Zusammen mit **Ulrich Brand** und anderen betreut er das Promotionskolleg der Rosa-Luxemburg-Stiftung «Sozial-ökologische Transformation und Krise». Gemeinsam haben sie auch den Arbeitskreis «Jour fixe Ökosozialismus» eingerichtet. **Dieter Klein** publizierte sein Buch «Regulation in einer solidarischen Gesellschaft» beim VSA-Verlag und hielt dazu zahlreiche Vorträge. **Michael Brie** verfasste seine Flugschrift «Sozialismus neu entdecken», die ebenfalls bei VSA erschien. **Alex Demirović** schrieb Beiträge zu «Vielfachkrise und Katastrophe», beteiligt sich intensiv an der Redaktionsarbeit der Zeitschrift *Luxemburg* und betreibt den ausgesprochen erfolgreichen Theorie-Podcast »tl;dr« (too long, didn't read). **Judith Dellheim** veröffentlichte den Beitrag «Strom in öffentliche Hand» und wirkt ebenfalls in der Redaktion mit. Zu betrauern haben wir den Tod von **Axel Troost**, der unseren Gesprächskreis «Wirtschaftspolitik» koordinierte und an einem Sammelband zu Inflation und Energiepreiskrise arbeitete, den wir in Andenken an ihn fertigstellen wollen.

STUDIEN ZUR SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION DER INDUSTRIE

Die Industrie steht vor einer fundamentalen Umwälzung, sollen die 2015 in Paris vereinbarten Klimaziele erreicht werden. Die Debatten darüber drehen sich bislang um die technologischen Herausforderungen. Sie sind gewaltig, doch es geht um mehr. Denn gesellschaftspolitisch kann der ökologische nur zusammen mit dem sozialen Umbau gelingen, der soziale nur mit dem ökologischen.

Dies ist der Grundgedanke des von Axel Troost initiierten Projekts «Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie», das im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Verein «Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik» durchgeführt wurde. Es sollte den Stand der Dinge erfassen, ihn verständlich aufbereiten und so den gesellschaftlichen Akteur*innen als Orientierung und Handreichung dienen. Ohne ihr Engagement in der Umweltbewegung und in den Parteien, in den Kammern und Arbeitsagenturen, in der Regional- und Kommunalpolitik – und last, but not least in Gewerkschaften und Betriebsräten kann der Umbau nicht gelingen. Denn gerade sie müssen im Betrieb, in der Branche und in der Region handlungs- und konfliktfähig werden, um sowohl Klimaschutz als auch soziale Sicherheit und «Gute Arbeit» voranzubringen.

Folgende Fragen standen im Vordergrund des Projekts: Welche Umbaustrategien werden in der Industrie verfolgt? Welche Rahmenbedingungen muss der Staat schaffen? Welche Rolle spielen Gewerkschaften und Betriebsräte bei alledem? Was ist zu tun, damit aus dem beginnenden Industrieumbau ein Trans-

formationsprozess entsteht, der soziale Gerechtigkeit und Sicherheit stärkt, anstatt soziale Ungleichheit weiter zu vertiefen? Ergebnis des Projekts sind zum einen drei Sachstandsanalysen, die eine aktuelle Zwischenbilanz der technologischen und politischen Herausforderungen in der Chemie-, Stahl- und Automobilindustrie ziehen und die Strategien maßgeblicher Akteure in diesen Branchen präsentieren. Eine weitere Studie beleuchtet erstmals den Reformbedarf im gesamten Spektrum der Arbeitspolitik, der eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung des sozial-ökologischen Industrieumbaus kommt. Die klimapolitischen Rahmenbedingungen des Industrieumbaus, die Bedeutung der Wasserstoffstrategie sowie der Diskussionsstand zum geplanten Grenzausgleichs-Mechanismus sind Gegenstand dreier gesonderter Studien.

In einem Überblick über die Studien, zu dem auch ein kurzer Videoclip veröffentlicht wurde, zeigt Autor Steffen Lehndorff offene und strittige Fragen sowie Politikdefizite auf einigen der großen Baustellen auf, die für die sozial-ökologische Transformation der Industrie unmittelbar und praktisch relevant sind. Das Spektrum dieser Themen reicht von den umwelt- und arbeitspolitischen Bedingungen, an die die erheblichen staatlichen Unterstützungsleistungen für Unternehmen geknüpft werden sollten, über die Stärkung der Tarifbindung durch Tariftreuerregelungen und Allgemeinverbindlicherklärungen bis hin zu einer umverteilungsbasierten Erhöhung der Steuereinnahmen, die eine Finanzierung der riesigen öffentlichen Ausgabenprogramme erst möglich macht. Dabei sollten staatliche Hilfen auch an Eigentumstitel der Unternehmen gebunden werden, um Einfluss auf die Unternehmenspolitik hin zu einem wirklich sozial-ökologischen Umbau sichern zu können.

Sinnbild für die Notwendigkeit der sozial-ökologischen Transformation: Kraftwerk Niederaußem in Bergheim.



AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Die Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist es, ein breites Angebot politischer Bildung für all die Menschen zur Verfügung zu stellen, die sich im Denken und Handeln einem demokratischen Sozialismus verpflichtet fühlen. Ziel ist es, diese Menschen in die Lage zu versetzen, in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen handlungsfähig zu werden.

Nach zwei Pandemiejahren mussten 2022 neue Wege gefunden werden, um unsere Zielgruppe in einer neuen postpandemischen Normalität wiederzugewinnen. Denn die Attraktivität bestimmter digitaler Angebote hat abgenommen und die Anforderungen an analoge Bildungsformate haben sich verändert. Zentral bei dieser Entwicklung innovativer Angebote war der Launch der digitalen Bildungsplattform «L!NX». Als Abteilung, die für die Bereitstellung von Grundlagenangeboten und von Materialien für Multiplikator*innen zuständig ist, war 2022 ebenfalls ein erfolgreiches Jahr. Pünktlich zum Jahresende erschienen unsere beiden Materialien des Projekts «Ökonomie für alle!»: «Kapitalismus für Einsteiger*innen. Methoden und Workshops für die kritische ökonomische Bildung» und «Neoklassik, Keynes, Marx. Einführung in die großen Wirtschaftstheorien». Ein weiteres Highlight war die Konferenz «Haymat Ost» in Leipzig, mit der wir unsere Arbeit der letzten beiden Jahre – zum Empowerment und zur Netzbildung von ostdeutschen Menschen mit Migrationserfahrung unseren Teil beizutragen – zu einem auch öffentlichkeitswirksamen Ausdruck verhelfen haben. Dem Ziel, unsere Arbeit jenseits der großen Städte stärker in die Fläche zu tragen, sind wir vor allem durch die «Kommunalpolitische Konferenz», die 2022 in Rathenow (Brandenburg) stattfand, und durch das Projekt «Inkuvator» ein gutes Stück näher gekommen.

Alle diese Angebote eint, dass sie zielgruppenorientiert ausgerichtet sind und sich an den Fragestellungen und Bedürfnissen orientieren, die sich aus der täglichen politischen Praxis ergeben. Leitmotive sind dabei die kritische Wertschätzung der Teilnehmenden, das Bewusstsein um hierarchische Strukturen und der Wunsch, emanzipatorische Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. In der Partei DIE LINKE und in den Gewerkschaften engagierte Menschen gehören daher ebenso zu unserer Zielgruppe wie Menschen aus sozialen Bewegungen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen. Gerade in einem Jahr, das durch Krieg, soziale Verwerfungen und eine schwierige Situation der uns nahestehenden Partei geprägt war, ist wieder einmal offensichtlich geworden, dass unsere Aufgabe nicht nur darin besteht, Angebote zur Wissenserweiterung zu machen, sondern auch Räume zum Austausch und zur Reflexion über schwierige Themen zur Verfügung zu stellen sowie Seminare und Trainings anzubieten, die Strategien, Taktiken, Haltung und praktische Erfahrungen mit einer erfolgreichen linken Politik in den Mittelpunkt stellen.



Dem negativ konnotierten Einwanderungsdiskurs ein positives Verständnis von Migration entgegenzusetzen: Die Konferenz «Haymat Ost» in Leipzig, Oktober 2022.

HAYMAT OST

MIGRATION UND MIGRANTISCHE KÄMPFE DES OSTENS

Migration war und ist fester Bestandteil der ostdeutschen Gesellschaft. Bereits in die DDR migrierten Vertragsarbeiter*innen, Student*innen und politisch Verfolgte. Ab den 1990er-Jahren setzte sich die Einwanderung in die neuen Bundesländer fort. Sie prägte die ostdeutsche Gesellschaft entschieden mit. Und dennoch sind die Perspektiven, Lebensrealitäten und Kämpfe von Menschen mit ostdeutscher Migrationsgeschichte in den neuen Bundesländern nach wie vor Leerstellen in der Politik und im historischen Selbstverständnis der ostdeutschen und auch der gesamtdeutschen Gesellschaft. Diesen Leerstellen widmete sich die Konferenz «Haymat Ost», die am 14. und 15. Oktober 2022 in Leipzig stattfand. Migrantische, postmigrantische und antirassistische Akteur*innen und Initiativen des Ostens kamen zusammen, um sich auszutauschen und zu vernetzen.

Wie auch schon bei der Vorgängerkonferenz «Haymat I» 2019 in Hannover ging es darum, einen Raum zu schaffen, um dem negativ konnotierten Diskurs um Migration ein positives Verständnis entgegenzusetzen. Migration hat auch in den neuen Bundesländern seit jeher zu einer emanzipatorischen Entwicklung gesellschaftlicher Verhältnisse beigetragen. Essenziell für die Konzeption der Konferenz war die Stärkung dieses Perspektivwechsels.

Bewusst waren die Formate sehr breit gewählt, und auch der Ort, das Theater der Jungen Welt in Leipzig, war Programm: Workshops, Lesungen, Ausstellungen, Filmvorstellungen und

Diskussionen bestimmten die beiden Konferenztage. Gelesen wurde am Abend gemeinsam in einer «Küche für alle». Die Kooperation mit dem Theater der Jungen Welt, dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften, dem Projekt «Jugendstil», dem Verein Zeok und DaMOst, dem Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland, haben maßgeblich zum Gelingen der Konferenz beigetragen: Mehr als 200 Gäste, Referent*innen, Performer*innen und Medienschaffende, zum großen Teil weiblich und unter 40 Jahre alt, fanden dieses Bildungsangebot so interessant, dass sie zwei Tage ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Fragen einbrachten. Dokumentiert wurde das Projekt als Radioreportage in Kooperation mit der Initiative Postmigrantisches Radio, Radio Corax und dem Sphere Radio.

Eines unserer wichtigen Ziele, die Konferenz auf den Erfahrungen der migrantischen Selbstorganisationen und Akteur*innen mit Migrationsgeschichte aufzubauen, konnten wir umsetzen. Wir haben Organisationen erreicht und in das Konferenzprogramm eingebunden, die zuvor noch nie eine Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingegangen waren. Die nächsten gemeinsamen Bildungsprojekte sind schon in Planung. Die Konferenz – genauso wie der bereits 2020 veröffentlichte Sammelband «Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive» und das gleichnamige Webprojekt, die der Startschuss zu unserer migrationspolitischen Arbeit in den neuen Bundesländern waren und auf eine sehr große Resonanz stießen – hat gezeigt, dass das Thema virulent ist und der Stiftung hier als Partner vertraut wird.



Die ökonomische Alphabetisierung voranbringen: Zwei neue Bildungsmaterialien.

ÖKONOMIE FÜR ALLE!

KRITISCHE ÖKONOMISCHE GRUNDLAGENBILDUNG

Wer Politik und Gesellschaft verstehen und verändern will, muss das kapitalistische Wirtschaftssystem verstehen. Es gibt aber nur wenige Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene, die kein Expertenwissen voraussetzen – und das, was es gibt, ist meist (auch außerhalb eines universitären Kontextes) sehr akademisch geprägt und voraussetzungsreich. Hier setzt «Ökonomie für alle!» mit der Entwicklung von Seminarkonzepten an. Im Rahmen des Projekts sind 2022 zwei neue Materialien für Multiplikator*innen der Bildungsarbeit entstanden:

1. **«Kapitalismus für Einsteiger*innen. Methoden und Workshops für die kritische ökonomische Bildung».** Der Anspruch dieses Materials wird durch den Titel auf den Punkt gebracht: Es gibt Teamer*innen und Lehrkräften drei Workshop-Konzepte an die Hand, die Jugendlichen und Erwachsenen einen Einstieg in die Beschäftigung mit der kapitalistischen Ökonomie mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten ermöglichen (soziale Ungleichheit, Ökologie und Care-Arbeit). Die Vermittlung geschieht mithilfe von partizipativen und kreativen Methoden wie Planspielen, Murmelrunden oder der Erstellung von Schaubildern.
2. **«Neoklassik, Keynes, Marx. Einführung in die großen Wirtschaftstheorien. Seminarkonzept».** Diese Broschüre stellt ein Bildungsangebot vor, das als Präsenz- oder Online-Seminar Grundlagenwissen zu den drei prägendsten Wirtschaftstheorien des aktuellen und des letzten Jahrhunderts vermittelt – zur Neoklassik und zu den Theorien von Keynes und Marx. Das Ziel des Seminarkonzepts ist es, die grundlegenden Ideen der drei Theorien so darzustellen, dass die Teilnehmer*innen sie ohne theoretisches Vorwissen verstehen und kritisch diskutieren können.

Alle Seminar- und Workshop-Konzepte wurden vor der Publikation mehrfach in Pilotveranstaltungen erprobt und auf Basis

Die Materialien sind online zu finden unter:
<https://linx.rosalux.de/kapitalismus-fuer-einsteigerinnen-und>
<https://linx.rosalux.de/einfuehrung-wirtschaftstheorien>.

der dabei gemachten Erfahrungen überarbeitet. Zudem hat ein wissenschaftlicher Beirat die Erstellung der Konzepte begleitet, der die Inhalte auf ihre Korrektheit geprüft und viele Ideen, Tipps und Literaturhinweise zu den Bildungsmaterialien beigesteuert hat.

Neben den Publikationen als Druckversion bzw. PDFs stehen Arbeitsblätter und Seminar-Skripte als veränderbare Word- bzw. Power-Point-Dokumente online zum Download zur Verfügung. So können Multiplikator*innen die Materialien an die Bedürfnisse ihrer Zielgruppen und die inhaltliche Schwerpunktsetzung ihrer Bildungsarbeit anpassen.

DER INKUVATOR

UNTERSTÜTZUNG FÜR PROGRESSIVE AKTEURE IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Mit dem Dorf, dem ländlichen Raum und den strukturschwachen oder metropolenfernen Regionen beschäftigt sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit ihres Bestehens. Aus der Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort ist ein breiter Pool an Kontakten, erprobten Formaten und wertvollen Erfahrungen entstanden, vieles konnte erreicht werden – anderes blieb allerdings auch ungelöst. Denn neben verlässlichen Netzwerken, Geldern und Bildungsangeboten brauchen manche guten Ideen und prekären Strukturen kontinuierliche Begleitung, um Hindernisse zu überwinden. Genau in diese Lücke stößt der InKuvator. Seit Juni 2022 gibt es in der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine konkrete Anlaufstelle für Akteure in ländlichen Räumen, die auf die eine oder andere Art Unterstützung benötigen. Das kann die Vermittlung eines guten Kontakts sein, ein konkretes Bildungsangebot oder die Moderation eines konfliktträchtigen Treffens. Ein anderes Mal braucht es die Entwicklung einer Strategie, eine zündende Idee oder schlicht ein fundiertes Feedback.

Über die Ansprechbarkeit hinaus versteht sich der InKuvator als Schnittstelle und Katalysator für Synergien und gemeinsame Projekte zwischen Partnern mit ähnlichen Interessen, die sonst schwer oder nicht zur richtigen Zeit zusammenfinden würden. Bei Themen wie Mobilität, Migration oder Altersgerechtigkeit schlagen wir Brücken zu Kommunalpolitik und Verwaltung einerseits, zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren und Vereinen andererseits und steuern eigene Impulse aus der Wissenschaft und Best-Practice-



Beispiele aus anderen Kontexten bei. Auf diese Weise soll der InKuvator ermöglichend, bereichernd und bestärkend wirken. Zudem wünschen wir uns, dass Akteure durch die Gewissheit, die Stiftung ein Stück des Weges verlässlich an ihrer Seite zu haben, ermutigt werden, über das Realistische hinauszuwachsen und Visionäres anzugehen.

Der Name InKuvator verweist dabei auf zwei wesentliche Zielsetzungen. Uns geht es um die Beförderung innovativer und kulturverändernder Praxen und um die Verstärkung einer Plattform des Austauschs, Lernens und der kollegialen Beratung.

Im InKuvator arbeiten vier Kolleg*innen mit unterschiedlichen Zeitanteilen zusammen. Das reicht für die Sicherstellung von Ansprechbarkeit und Steuerung. Für die konkrete Begleitung vor Ort bauen wir perspektivisch ein Netzwerk von Promotor*innen auf. Im Dezember fand dafür der Kick-off mit den ersten fünf Personen statt.

Mehr Informationen unter: www.rosalux.de/inkuvator.

L!NX

DIE DIGITALE LERNPLATTFORM VON LINKS

Nach Monaten der Konzeption, Planung und Vorbereitung war es im Spätsommer 2022 endlich so weit: L!NX ist da. Mit der neuen digitalen Bildungsplattform für Selbstlerner*innen und Multiplikator*innen schafft die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein vielfältiges Angebot für all jene, die auf der Suche sind: nach grundlegenden linken Inhalten, einem besseren Zugang zu schwieriger Theorie, den Meilensteinen linker Geschichte oder aktuellen Positionen in den Debatten der gesellschaftlichen Linken. Die Themen reichen dabei von Wirtschaft und Arbeit, Migration, Antirassismus und Antifaschismus über Globalisierung und Handel, Geschichte und Kultur bis hin zu Ernährungssouveränität, Klimagerechtigkeit und Organizing. Mit interaktiven, multimedialen und kurzen Formaten wollen wir eine Plattform etablieren, auf der es möglich ist, die ersten Schritte der politischen Bildung selbstständig zu gehen.

L!NX ist dabei auch eine Antwort auf veränderte Lernzugänge. Die Gewohnheiten in der politischen Bildung verändern sich stetig, aber dieser Wandel hat zuletzt durch die Begleitumstände der Corona-Pandemie neuen Schwung erhalten. Angesichts der Notwendigkeit, auch die digitale Präsenz der Stiftung auszuweiten, nehmen wir mit L!NX verstärkt eine junge, digital-affine Zielgruppe in den Blick, die auf herkömmliche Bildungsformate wie Seminare oder Konferenzen nur verhalten reagiert. Die Plattform soll jedoch auch ein Ort werden, an dem Multiplikator*innen Materialien und Inhalte für eigene Workshops finden, weshalb sich das L!NX-Team bewusst dafür entschieden hat, alle Inhalte lizenzfrei zur Verfügung zu stellen, damit Interessierte die Inhalte für ihre Zwecke der politischen Bildung nutzen und anpassen können.



Screenshot der neuen Bildungsplattform «L!NX», alle Angebote unter: <https://linx.rosalux.de/>.

Begleitet wurde der Launch der Plattform von einer groß angelegten Kampagne in den sozialen Medien sowie mit der Platzierung ausgewählter Pilotprojekte auf der Plattform selbst. Neben einem interaktiven Tagebuch feministischer Kämpfe wurden weitere Stiftungsformate – teils neue, teils bekannte – eingebunden, wie etwa ein Quiz zum Leben von Rosa Luxemburg, ein digitales, illustriertes Storytelling zu den Kämpfen der Arbeiter*innen gegen rechts, ein Kreuzworträtsel zu Marx, interaktive Bausteine zum digitalen Kapitalismus, zwei Konfliktporträts der Reihe «Was ist los in ...?» und auch ein sehr gut angenommenes FAQ zur gegenwärtigen Inflation und Energiekrise. Diese und viele weitere auf L!NX zu findende Angebote eint, dass sie den Anspruch der Grundlagenbildung verfolgen. Es geht also um niedrigschwellige Einstiege in Themengebiete, die Spaß machen und die Neugier wecken sollen, sich eingehender mit bestimmten Themen zu beschäftigen. Komplizierte Sprache, viel zu langer Text oder mehrstündiges Abfilmen von Veranstaltungen wird ein interessiertes Publikum auf L!NX nicht finden. Dafür jedoch allerhand kreative «Bildungshäppchen», die Lust auf mehr machen.

Die Rückmeldungen – intern wie extern – zur Plattform und ihren Inhalten waren sehr positiv. Unter anderen haben sich beim L!NX-Redaktionsteam Kolleg*innen aus den Auslandsbüros, Stipendiat*innen und ehemalige Stipendiat*innen, ein Verlag, politische Kollektive, Media-Realisator*innen, themenspezifisch Interessierte und Bildner*innen gemeldet. Daraus sind bereits einige neue Kooperationen mit externen Partnern entstanden.

Nach der Freude über den erfolgreichen Launch steht jetzt viel Arbeit an. Denn die Plattform soll wachsen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt ist nahezu unendlich erweiterbar. Aufgrund des politischen Tagesgeschehens nehmen wir uns vor, immer wieder flexibel und schnell auf politische Vorgänge eingehen zu können. Dafür braucht es eine stabile und nachhaltige Struktur, die es ermöglicht, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und weiterzuentwickeln.

HISTORISCHES ZENTRUM DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Das Historische Zentrum Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung umfasst Bibliothek, Archiv und das Referat Geschichte. Aufgrund des Renteneintritts des Kollegen Jörn Schütrumpf wurde die Fokusstelle Rosa Luxemburg strukturell in das Referat Geschichte integriert.

Das Zentrum bündelt die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem Gebiet der Zeitgeschichte und koordiniert die geschichtspolitische Bildungsarbeit. Schwerpunkte dabei sind – neben der Beschäftigung mit Leben und Werk der Namenspatronin – die historische Sozialismus- und Kommunismusforschung, Antifaschismus und Erinnerungspolitik, die Geschichte der PDS, der WASG und der Partei DIE LINKE sowie die Themengebiete Kolonialismus und Migration.

Das Referat Geschichte (Leitung: Uwe Sonnenberg), verantwortlich für die bildungspolitischen Projekte zu Zeitgeschichte und Geschichtspolitik, organisierte 2022 Veranstaltungen im Rahmen der Reihe «Seismographen des Wandels» und begleitete verschiedene Forschungs- und Publikationsprojekte, darunter einen weiteren Band zum Thema Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken, zur Kulturgeschichte des europäischen Kommunismus sowie zur Feminismustheorie.

Das Referat Geschichte arbeitet weiterhin mit dem Gesprächskreis «Geschichte» der Stiftung (Leitung: Bernd Hüttner) zusammen, das Historische Zentrum kooperiert kontinuierlich mit mehreren unselbstständigen Stiftungen unter dem Dach der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Clara-Zetkin-Stiftung, Erik-Neusch-Stiftung, Modrow-Stiftung) und mit dem Karl Dietz Verlag Berlin, in dem weitere Bände der Biografischen Miniaturen erschienen, so zu Leo Trotzki (Autor: Mario Keßler) und Karl Kautsky (Autor: Harald Koth). Fortgesetzt wurde die Netzwerkarbeit mit zahlreichen Partnern auf dem erinnerungspolitischen Feld. Weitergeführt wurden auch die Arbeiten an der englischen und chinesischen Ausgabe der Werke Rosa Luxemburgs. Jörn Schütrumpf konnte zudem den abschließenden Band der «Gesammelten Schriften» von Paul Levi im Juni 2022 der Öffentlichkeit vorstellen.

Das Archiv Demokratischer Sozialismus (Leitung: Bärbel Förster) hat 2022 weiteres Aktenmaterial gesichert, vor allem aus der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, der Fraktion der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus und der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN. Übernommen wurden auch ein persönlicher Nachlass und drei Vorlässe.

Die Bibliothek (Leitung: Uwe Michel) konzentriert sich auf die Bereitstellung von Literatur zu linker Geschichte und Theoriebildung, insbesondere zur Partei DIE LINKE und ihrem Umfeld, zur Stiftung und zu Rosa Luxemburg. Die Veranstaltungsreihe «Linke Literatur im Gespräch» konnte regelmäßig fortgeführt werden und stieß auf erfreuliche Resonanz.

STRATEGISCHE AUSRICHTUNG DES ARCHIVS

Das Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung sorgt für die kontinuierliche Sicherung der Überlieferung linker politischer und sozialer Parteien und Bewegungen, ihrer historischen Wurzeln und ihrer führenden Vertreter*innen. Es ermöglicht den gleichen Zugang zu den Unterlagen, schafft vielfältige Nutzungsangebote für eine freie politische Willens- und Meinungsbildung und ist so ein modernes und anerkanntes Informationszentrum für linke Geschichte, Politik und Gesellschaft. 2019 haben die Mitarbeiter*innen des Archivs eine Vision erarbeitet. Auf der Grundlage einer Organisations- und Umfeldanalyse leiteten sie strategische Ausrichtungen und strategische Ziele in acht Bereichen ab, darunter auch das Feld Modernisierung/Digitalisierung.

POLITISCHE BILDUNG ZU ZEITGESCHICHTE UND GESCHICHTSPOLITIK

Für die Geschichtsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung begann das Jahr 2022 mit der Wiederkehr einer bis heute unabgeholten Forderung nach Rehabilitierung: 50 Jahre zuvor hatten Bund und Länder in der alten Bundesrepublik den «Radikalenbeschluss» gefasst. In einem Themen-Special nahmen wir dazu online eine historische Einordnung vor und beleuchteten verschiedene Aspekte des Beschlusses, der nicht nur Regelanfragen beim Verfassungsschutz, sondern auch «Berufsverbote», die vor allem Linke trafen, zur Folge hatte.

In der Publikationsreihe «Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken», herausgegeben von Riccardo Altieri, Bernd Hüttner und Florian Weis, erschienen neue Beiträge. Ausgangspunkt der Beschäftigung mit dem Thema ist die heute oft vergessene und in der Geschichte dennoch starke, «lang anhaltende Allianz, die es zwischen jüdischer Emanzipationsbewegung und der sozialistischen und Arbeiterbewegung gab». Zu Ehren des 80. Geburtstags der Historikerin Gisela Notz entstand in enger Kooperation mit einem Autorinnenkollektiv aus dem Gesprächskreis «Geschichte» der Band «Feministische Theorie nur mit feministischer Solidarität».

Die «Gesammelten Schriften, Reden und Briefe» Paul Levis sind nun mit Band II/3 vollständig ediert. Der letzte Band umfasst 117 Dokumente aus den Jahren 1923 bis 1930 sowie umfangreiche Materialien über Levi selbst. Die Edition unter dem Titel «Ohne einen Tropfen Lakaienblut» wurde von Jörn Schütrumpf besorgt, den wir im Juni 2022 im Rahmen einer würdigenden Veranstaltung mit einem Motto Ernst Blochs «Eine Unmenge Zukunft in der Vergangenheit» traurigen Herzens in den Ruhestand verabschiedeten.

Neben eigenen Publikationen galt das Augenmerk ebenso Veröffentlichungen aus anderen Häusern. Ganz besonders die Buchvorstellung «Hermann Budzislawski und die Weltbühne» (Aufbau Verlag) mit dem Historiker Daniel Siemens und dem Verleger Christoph Links vertiefte die Debatte zur

Kulturgeschichte des europäischen Kommunismus. Zugleich beförderten wir ein internationales Netzwerk, das sich der alltags- und sozialgeschichtlichen Erforschung der Staatssozialismen Osteuropas widmet. Gemeinsam mit dem Belgrader Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Centre for Cultural and Historical Research of Socialism an der University of Pula (Kroatien) organisierten wir eine Fachkonferenz, zu der vom 12. bis 15. Mai 2022 mehr als 20 Historiker*innen, Soziolog*innen und Anthropolog*innen, darunter insbesondere Promovierende und Post-Docs, zusammenkamen.

Im gesamten Jahr 2022 setzten wir die Reihe zu Flucht, Migration und Erinnerung fort. Zu diesen «Seismographen des Wandels» traten Autor*innen wie Ruth Bendle, Marcus Engler, Volha Hapeyeva, Mario Keßler, Shelly Kupferberg, Marko Martin, Steffen Mensching, Gabriele Riedle, Martina Troxler und Charlotte Wiedemann auf. Kuratiert vom Historiker und Publizisten Achim Engelberg wurde dabei das «Writers in Exile»-Programm des deutschen PEN-Clubs ebenso vorgestellt wie viele «Dissidenten im Exil». Dabei rückte mehr und mehr die dritte Generation der Erinnerung an Faschismus und Stalinismus in den Mittelpunkt unserer vor allem literarisch und filmisch begleiteten Diskussionen.

Schließlich intervenierten wir mit dem Historiker Rüdiger Hachtmann in die schon länger geführte Debatte zur Verwendung ideologisch kontaminierter Begriffe. Gegen den Begriff «Nationalsozialismus» gerichtet, zielt Hachtmanns Plädoyer darauf ab, sich stärker den schon im frühen antifaschistischen Exil entwickelten Konzepten zum «Nazismus» zuzuwenden und ihn als wissenschaftliche Kategorie zu re-etablieren.

.....
In unserem Newsletter MAKING History kann sich über unsere Angebote informiert werden, weitere Hinweise sind laufend bei Twitter (@rls_history) und inzwischen auch auf Mastodon abrufbar.
.....

Download und Bestellung unter www.rosalux.de/publikation/id/46948



.....
«WENN DU AUSGEGRENZT WIRST, GEHST DU ZU ANDEREN AUSGEGRENZTEN»
JÜDINNEN UND JUDEN IN DER INTERNATIONALEN LINKEN (BAND 2)
luxemburg beiträge Nr. 13
136 Seiten, Broschur
ISSN 2749-0939
.....



Webauftritt der digitalen Rosa-Luxemburg-Werke.

ROSA-LUXEMBURG-WERKE ONLINE

Anlässlich des Jahrestags der Haftentlassung von Rosa Luxemburg im November 1918 veröffentlichte der Karl Dietz Verlag Berlin am 8. November 2022 die digitale Edition ihrer Schriften.

Seit den 1970er-Jahren erscheint bei Dietz die umfassendste Sammlung der Schriften von Rosa Luxemburg. Die digitale Edition erweitert zukünftig die in Buchform vorliegenden Bände. Sie ermöglicht es, Luxemburg neu oder erstmals zu entdecken – umfassend und vor allem frei zugänglich. Zu finden ist sie unter: <https://rosaluxemburgwerke.de>.

«Unsere Namensgeberin ist im 21. Jahrhundert angekommen. Durch die digitale Werkausgabe können wir ihre Gedanken besser für die Analyse und Kritik der Verhältnisse nutzbar machen. Das passt in diese Zeit», so Daniela Trochowski, Geschäftsführerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, anlässlich der Präsentation der digitalen Edition.

Rosa Luxemburgs Texte können nun per Volltextsuche erschlossen und gefundene Zitate per Mausklick mit einer Quellenangabe versehen werden. Der zuständige Editor, Ingo Stützle, bemerkt dazu: «Die digitale Edition erweitert die Luxemburg-Werkausgabe. Für einen Verlag, der dem gedruckten Buch verpflichtet ist, ist das aufregendes Neuland. Papier

und Nullen und Einsen sind kein Widerspruch mehr.» Online zu finden sind sowohl die bis 1975 unter widrigen Bedingungen in der DDR publizierten ersten fünf Bände als auch die Folgebände, die seit 2014 erscheinen. Darin finden sich unter anderem Mitschriften ihrer Schüler*innen Rosi Wolfstein und Jacob Walcher von Luxemburgs Vorlesungen zur Wirtschaftsgeschichte und zur Nationalökonomie an der SPD-Parteischule.

Damit ist Luxemburgs deutschsprachiges Werk komplett erschlossen. Der polnischsprachige Teil des Werks wird noch ediert und online ebenso nachgereicht wie sechs Briefbände.

DIE BIBLIOTHEK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Bibliotheken arbeiten auch im digitalen Zeitalter an ihren traditionellen Aufgaben: Sie sammeln, strukturieren und vermitteln das Wissen ihrer Zeit.

Seit über 20 Jahren ist die Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Bibliothekssigel: B 1599) mit ihren vielfältigen Beständen eine renommierte wissenschaftliche Spezialbibliothek. Sie hält Medien zur Theorie und Geschichte linker Bewegungen, zur politischen Bildung sowie zu den Sozialwissenschaften bereit.

Insgesamt umfasst der Bestand der Bibliothek derzeit rund 35.000 Medieneinheiten. Der Gesamtbestand ist inzwischen nicht nur im Online-Katalog der Bibliothek, sondern auch im Verbundkatalog GBV und im WorldCat, der weltgrößten bibliografischen Datenbank, recherchierbar. Zunehmend werden auch digitale Dokumente direkt über den Bibliothekskatalog verfügbar gemacht. Ergänzt wird das Angebot um etwa 1.500 verschiedene Zeitschriftentitel, die auch über die Zeitschriftendatenbank (ZDB) recherchiert werden können.

Die Bibliothek versorgt die Mitarbeiter*innen der Stiftung mit Literatur und versteht sich zugleich als Ort der Diskussion für die Öffentlichkeit. Dazu gehören etwa die regelmäßig stattfindenden Buchvorstellungen in der Reihe «Linke Literatur im Gespräch». Die Bibliothek bietet darüber hinaus Arbeitsplätze für Studierende und Nutzer*innen aus der interessierten Öffentlichkeit.

2022 hat die Bibliothek der Stiftung die Sammlung der Schriften Hermann Klenners übernommen und erschlossen. Der inzwischen 97-jährige Wissenschaftler zählte zu den bedeutendsten Rechtsphilosophen der DDR, beteiligte sich an der Gründung der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin und war viele Jahre Mitglied im Kuratorium der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bis heute gehört er dem Ältestenrat der Partei DIE LINKE an. Sämtliche Bücher und Broschüren der Sammlung Klenner sind im Bibliothekskatalog verzeichnet und stehen im Lesesaal zur Nutzung bereit.



Lesesaal der Bibliothek.

MODERNISIERUNG UND DIGITALISIERUNG

Für die Sicherung von und den Zugang zu digitalen Unterlagen richtet sich das Archiv digital aus. Es sichert zwar weiterhin analoge Unterlagen, macht diese aber auch digital zugänglich. Die Anwendung internationaler Normen und Standards fördert den Austausch und ermöglicht Vernetzung. Gezielte Investitionen in etablierte und neue Technologien sowie prozess- und aufgabenunterstützende Infrastruktur ermöglichen, Ressourcen gezielt zu nutzen und Zusammenarbeit zu optimieren.

Diese strategische Ausrichtung enthält sieben Ziele:

1. digitales Magazin/digitale Langzeitarchivierung nach OAIS-Standard aufbauen;
2. Funktionen eines modernen Archivinformationssystems nutzen;
3. digitale Unterlagen strukturiert übernehmen und in das digitale Magazin integrieren;
4. analoge Bestände/Unterlagen digitalisieren;
5. Einsatz elektronischer Geschäftsverwaltung fördern;
6. fachlich technologische Entwicklungen verfolgen;
7. innovative Ansätze aufnehmen und weiterentwickeln.

Maßnahmen für die Umsetzung der Ziele und entsprechenden Messgrößen wurden erarbeitet und eine Zeitachse für eine kurz-, mittel- und langfristige Planung erstellt. Durch die Umsetzung der strategischen Ausrichtung Modernisierung/Digitalisierung kann den Erwartungen der Aktenegeber*innen an automatisierte Ablieferungsprozesse und denen der Benutzer*innen nach zeit- und ortsunabhängigem Zugriff auf die archivierten Unterlagen Rechnung getragen werden. Dadurch erhöht sich das Image des Archivs als öffentliches Archiv und linkes Spezialarchiv einer Politischen Stiftung in Deutschland. Digitaler Informationszugang bildet zudem das Kernstück des Wissens- und Informationsmanagements der Stiftung und dessen Image als Ganzes.

DIGITALE LANGZEITARCHIVIERUNG

Digitale Unterlagen werden standardisiert und automatisiert übernommen und langzeitgesichert. Sie sind entsprechend internationalen Normen zugänglich und stehen orts- und zeitunabhängig zur Verfügung.

Anfang 2022 beauftragte die Geschäftsführung das Archiv mit der Retro-Digitalisierung sowie mit der Einrichtung eines neuen Archivinformationssystems, eines digitalen Magazins und eines virtuellen Lesesaals.

In der zweiten Jahreshälfte 2022 erfolgte die Ausschreibung des Dienstleisters; der Projekt-Kick-off war im Oktober 2022. Geplant ist, bis Ende November 2025 alle Projekte abzuschließen. Dafür werden Investitionsmittel im Umfang von 450.000 Euro zur Verfügung gestellt.

In einem modernen digitalen Umfeld wird das Archiv seine Aufgaben auch zukünftig erfüllen können und einen der sechs Stiftungszwecke, die Dokumentation der demokratisch-sozialistischen Bewegung, sicherstellen.

ÜBERNAHME/BENUTZUNG

2022 wurden analoge und digitale Unterlagen im Umfang von 170 laufenden Metern bzw. 377 Gigabyte in 27 Ablieferungen übernommen, darunter Unterlagen der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE und der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, der Leiterin der Bundesgeschäftsstelle sowie Dokumente von Dagmar Enkelmann, Christine Buchholz, Harald Wessel und Rolf Reißeig.

Besonders nachgefragt von den Benutzer*innen waren die Unterlagen zur Bürgerinitiative Lenindenkmal, der Bestand Clara Zetkin, die Protokolle der 12. bis 14. Wahlperiode und die Unterlagen zur Transformation der deutschen Entwicklungspolitik seit 1961.

Verleihung des Hans-und-Lea-Grundig-Preises im Lesesaal der Bibliothek.



BUNDESWEITE ARBEIT

Politische Bildung vor Ort – dafür stehen die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie organisieren in allen 16 Bundesländern einen großen Teil der politischen Bildungsarbeit der Stiftung selbstständig oder in Kooperation mit Partnerorganisationen. Mit ihrem Angebot wenden sich die Landesstiftungen sowohl an das Umfeld der Partei DIE LINKE als auch an die breite Öffentlichkeit. Der Bereich Bundesweite Arbeit koordiniert die Zusammenarbeit der Stiftungsbereiche mit den Regionalbüros und Landesstiftungen. Finanziert werden deren Aktivitäten durch Globalmittel der Stiftung, Spenden und Mitgliedsbeiträge. In vielen Bundesländern können darüber hinaus Landesmittel eingesetzt werden.

Im Jahr 2022 wurden im Stiftungsverbund rund 1.300 Präsenzveranstaltungen angeboten, an denen über 50.000 Personen teilnahmen. Hinzu kamen ungefähr 250 Online- und Hybrid-Veranstaltungen mit insgesamt mehr als 10.000 Teilnehmenden. Zum festen Bestandteil politischer Bildung gehören mittlerweile digitale Medieninhalte wie Podcasts und Videos. Hiervon haben die 16 Landesstiftungen im letzten Jahr 129 Formate produziert, die über 100.000-mal abgerufen wurden.

Nach drei Jahren Pause bzw. Treffen im digitalen Raum fand vom 9. bis 11. September 2022 erstmals wieder ein Stiftungsverbundtreffen in Präsenz statt. Hauptamtliche und Vertreter*innen der 16 Vorstände sprachen in Mainz unter anderem mit dem frisch gewählten Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Tobias Bank, über die Bedeutung politischer Bildung und aktuelle Herausforderungen, diskutierten gemeinsame Bildungsprojekte und werteten die Wahlen in Frankreich aus. Zudem tagte der Länderrat unter Leitung der Sprecherin Lena Saniye Güngör zu den Schwerpunktthemen #Linkemetoo und Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Ein Höhepunkt internationaler und bundesweiter Zusammenarbeit war die Speakers' Tour «Reclaim the Game. WM22 Katar: Foulspiel mit System». Gemeinsam mit Partnern im In- und Ausland organisierte das Zentrum für internationale Zusammenarbeit und Dialog eine zehnteilige Veranstaltungsreihe zu den Lebensbedingungen migrantischer Arbeiter*innen in Katar. Hieran beteiligten sich die Landesstiftungen in Sachsen-Anhalt, Berlin, Niedersachsen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Sachsen.

Die «Politikakademie für junge Aktive» wurde 2022 erneut für drei Bundesländer angeboten. Unter dem Motto «Nicht nur interpretieren, auch verändern!» hatten Teilnehmer*innen aus Baden-Württemberg in Heidelberg, aus Hessen und Thüringen in Weimar eine Woche lang die Gelegenheit für inhaltlichen Austausch, gemeinsames Lernen und Vernetzung.

Auf den folgenden Seiten werden einige Höhepunkte unter den Bildungsaktivitäten der Landesstiftungen aus dem Jahr 2022 vorgestellt.



Stand: April 2023



Rundgang durch die Luxemburg-Ausstellung in Heilbronn mit dem Kurator Holger Politt.



Mobiler Infostand mit Materialien der Rosa-Luxemburg-Stiftung bei den G7-Protesten.

BADEN-WÜRTTEMBERG

IN ROSAS SCHATTEN

Die von Holger Politt, dem langjährigen Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Polen, und dem Warschauer Journalisten Krzysztof Pilawski erarbeitete Ausstellung «In Rosas Schatten. Zur Geschichte einer jüdischen Familie in Polen» zeichnete anhand vieler bislang nicht gezeigter Dokumente den Lebenswegen der Familie Luxemburg nach, deren berühmtestes Mitglied Rosa Luxemburg ist.

Es ist Anneliese Fleischmann-Stroh zu verdanken, dass die Ausstellung nach Heilbronn geholt werden konnte und um fünf Tafeln erweitert wurde. Sie erläutern den Bezug Rosa Luxemburgs zu Heilbronn. Das betrifft insbesondere zwei Reden, die sie am 6. Mai 1914 in Heilbronn gehalten hat, und ihre Freundschaft zu Hugo Faißt, einem aus einer bekannten Heilbronner Familie stammenden Rechtsanwalt und Liedinterpreten.

Holger Politt eröffnete die zuvor schon in Leipzig gezeigte Schau am 17. November 2022 in Anwesenheit von Oberbürgermeister Harry Mergel in der Galerie der Volkshochschule, wo sie bis zum 20. Dezember zu sehen war.

Zur Ausstellung gab es eine begleitende Vortragsreihe. Anneliese Fleischmann-Stroh referierte über Luxemburgs Biografie und stellte die Bezüge zu Heilbronn heraus. Über den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sprach der Filmregisseur und Buchautor Klaus Gietinger; der Titel seines Vortrags: «Wie man Kriegsgegner beseitigt. Ein Doppelmord von historischer Tragweite». Den Abschluss bildete eine Online-Lesung am 16. Dezember von Anneliese Fleischmann-Stroh und Julia Killet, Leiterin des Münchner Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie präsentierten «Nachdenkliches von Rosa Luxemburg über Weihnachten», wobei es sehr sozialkritisch und politisch und wenig weihnachtlich zuging.

Die Ausstellung und die Vorträge waren eine Kooperation der Volkshochschule Heilbronn mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg und dem Rosa-Luxemburg-Club Heilbronn.

BAYERN

PROTESTE GEGEN EIN «MODELL VON GESTERN»

Bereits zum zweiten Mal in Folge trafen sich die Vertreter der sieben reichsten Länder der Welt im oberbayerischen Schloss Elmau, abgeschirmt von einem 16 Kilometer langen Zaun. 18.000 Polizist*innen und Sicherheitskräfte waren im Einsatz, es gab ein mobiles Justizzentrum mit Arrestzellen für 150 Personen. Davon ließen sich Demonstrant*innen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie Österreich und der Schweiz aber nicht abschrecken. Zum Auftakt der Proteste hatten entwicklungspolitische und globalisierungskritische Organisationen in Kooperation mit dem Kurt-Eisner-Verein – der Landesvertretung der Stiftung in Bayern – zum G7-Alternativgipfel eingeladen. Zum Schwerpunkt «Global gerecht wirtschaften in Krisenzeiten» diskutierten die Teilnehmer*innen im hybriden Bildungsformat und unter Zuschaltung von internationalen Referent*innen in sechs Workshops über Themen wie Schuldenerlass, Menschenrechte und nachhaltiges Wirtschaften und stellten gerechte Alternativen zur neokolonialen Politik der G7-Staaten vor.

Beim Camp wie auch bei den Aktionen in Garmisch-Partenkirchen standen die Vorträge der Aktivist*innen aus dem globalen Süden im Mittelpunkt. Es ging darum, jenen eine Stimme zu geben, die vom G7-Treffen ausgeschlossen waren. Eingeladen hatte die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und die «Gruppe international München» in Kooperation mit dem Kurt-Eisner-Verein und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die internationalen Gäste informierten über Megawindparks in Mexiko, für die indigene Völker weichen müssen, und Greenwashing-Projekte in der Westsahara.

«Die G7, ein Modell von gestern» titelte die *Süddeutsche Zeitung*. Wozu der ganze Aufwand, wenn die drängenden Themen unserer Zeit wie Welthunger und Klima an den Rand geschoben werden? Es ist bezeichnend, dass die Vertreter*innen aus den fünf Gastländern Indien, Argentinien, Indonesien, Südafrika und Senegal die Abschlusserklärung der G7 nicht mitunterzeichneten.



Protest gegen den Kohleabbau im Rahmen von «Ende Gelände».



Gerd-Rüdiger Stephan, Holger Politt, Dörte Putensen und Peter Brandt [v. l. n. r.]

BERLIN

WEGE SOZIAL-ÖKOLOGISCHER TRANSFORMATION

Die Veranstaltungsreihe «Ökonomie jenseits der schwäbischen Hausfrau» ging 2022 in ihr fünftes Jahr. Ziel war es ursprünglich, den vorherrschenden neoliberalen Diskurs infrage zu stellen, allerdings gab es immer neue Schwerpunkte: die Krise der EU, Austeritätspolitik, den Brexit oder die Modern Monetary Theory. 2021/22 standen die Verbindung von Ökonomie und Klimawandel einerseits und sozial-ökologische Transformation und Green New Deal andererseits im Vordergrund, dazu gab es 2022 drei Veranstaltungen.

Am 27. Januar sprach Boris Frankel von der Universität Melbourne über die Auswirkungen einer radikalen Dekarbonisierung etwa auf materielle Ressourcen, Beschäftigung, Nahrungsmittelproduktion und sozialen Wohlstand und stellte Überlegungen an, wie eine Post-Carbon-Gesellschaft möglich ist, die nicht mehr von Marktkräften getrieben wird.

Am 10. Mai nahm sich Martin Cames vom Öko-Institut einen der größten Emissionstreiber weltweit vor, der bislang kaum beachtet wird: die Schifffahrt. In seinem Vortrag diskutierte er Ansätze der Emissionsbekämpfung jenseits territorialer Grenzen, etwa durch politische Maßnahmen wie Steuern oder durch technische Lösungen wie die Umstellung auf E-Kraftstoffe.

Am 19. Oktober schließlich beschäftigte sich Rupert Read, Professor für Philosophie an der University of East Anglia in Norwich, UK, ehemaliger Sprecher von Extinction Rebellion und Mitbegründer des Green Activists Network, mit der Frage, warum wir uns immer noch nicht trauen, uns die «ganze Wahrheit» des Klimazusammenbruchs und seiner Folgen einzugestehen. Das sei aber nötig, denn nur wenn wir uns der Gefährlichkeit dieser Entwicklung stellen, könne das Kräfte freisetzen, in der Gesellschaft neue Wege zu beschreiten. Hierfür unterbreitete er einige Vorschläge.

Die Reihe ist eine Kooperation von «Helle Panke» e. V. mit Brave New Europe und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Aufzeichnungen können im Internet abgerufen werden.

BRANDENBURG

KOLLOQUIUM ZUM GRUNDLAGENVERTRAG VON 1972

«Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben – und das ist der Fortschritt», so kommentierte Egon Bahr die Unterzeichnung des «Vertrags über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik» 1972. Nun, 50 Jahre später, widmete sich ein von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg organisiertes Kolloquium diesem Ereignis – in Erinnerung an den im Oktober 2021 unerwartet verstorbenen Zeithistoriker Detlef Nakath.

Nakath war engagiertes Vereinsmitglied, langjähriges Vorstandsmitglied und von 2006 bis 2015 Geschäftsführer der Brandenburger Landesstiftung. Insbesondere seine zeithistorischen Forschungen haben das Profil der Stiftung maßgeblich geprägt; die von ihm etablierten Potsdamer Kolloquien zur Außen- und Deutschlandpolitik entwickelten sich zu einem weithin anerkannten Ort der kenntnisreichen Analyse der deutsch-deutschen Beziehungen.

So kamen zur Tagung am 10. Juni 2022 viele von Nakaths langjährigen Weggefährt*innen aus der historischen Forschung und der politischen Bildungsarbeit ins Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte nach Potsdam. Nach der Eröffnung durch Julia Bär und Gerd-Rüdiger Stephan von der Stiftung ordnete Peter Brandt den Grundlagenvertrag auf dem Weg zur deutschen Einheit ein, Dörte Putensen und Holger Politt brachten die Perspektiven der nord- bzw. osteuropäischen Nachbarländer ein. In einer vom Journalisten Alfred Eichhorn moderierten Runde diskutierten Botschafter a. D. Christian Nakonz sowie die Historiker Gerald Diesener und Michael Herms über die Auswirkungen des Vertrags auf die diplomatischen Beziehungen, die Jugend- und Kulturarbeit sowie die akademische Forschung.

Damit sind viele Anknüpfungspunkte genannt, um die Kolloquien zur Zeitgeschichte wiederzubeleben.



Material zum Projekttag in der Inge-Katz-Berufsschule in Bremen.



Ex-Fußballprofi Lilian Thuram bei der Präsentation seines Buches in Hamburg.

BREMEN

SCHULPROJEKTTAG «SOZIALE GERECHTIGKEIT»

Die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen hat im Jahr 2022 begonnen, Projekttag zum Thema «soziale Gerechtigkeit» für Berufsschüler*innen und Schüler*innen höherer Klassenstufen in Gesamtschulen vorzubereiten. Das Konzept dafür ist eng angelehnt an das bundesweite Modellprojekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung für politische Bildung an Schulen.

Am 21. Dezember 2022 war es dann so weit. Wir starteten an der Inge-Katz-Berufsschule in der Bremer Neustadt den ersten Projekttag, an dem 14 Schüler*innen einer Berufsschulklasse mit dem Abschlussziel Sozialpädagogik und Hauswirtschaft teilnahmen. Im Vordergrund des Workshops stand die Vermittlung dessen, was soziale Gerechtigkeit ist. Dass der Kapitalismus ein strukturell ungerechtes System ist, in dem der Zugang zu Ressourcen und die Teilhabe an Gesellschaft und Reichtum von sozioökonomischen Merkmalen abhängig ist, sollte mit einem breiten Pool an interaktiven Methoden vermittelt werden.

Wir setzten dafür bei den lebensweltlichen Erfahrungen der zwischen 16 und 18 Jahre alten Schüler*innen an, um einen nachhaltigen Zugang zum Thema soziale Gerechtigkeit zu eröffnen. Zunächst forderten wir die Teilnehmenden auf, sich in eine andere soziale Rolle hineinzusetzen, etwa in die Position einer migrantischen Arbeiterin oder eines Homosexuellen, diskutierten dann Aussagen wie «Wer hat, dem wird gegeben» und fragten «Geht's gerechter?», wobei die Schüler*innen selbst über die gerechte Entlohnung von verschiedenen Tätigkeiten entscheiden sollten.

Es war zu merken, dass einige Teilnehmer*innen sensibler für gesellschaftliche Privilegien geworden sind und soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeiten besser erkennen konnten. Wir sind optimistisch, dass die Schüler*innen langfristig mit einem geschärften Sinn für soziale Gerechtigkeit durch die Welt gehen. Alles in allem ein toller und lehrreicher Projekttag. Wir werden das Angebot 2023 fortsetzen.

HAMBURG

«DAS WEISSE DENKEN»

Das Buch «La pensée blanche» von Lilian Thuram erschien bereits 2020 in Frankreich und sorgte für gesellschaftliche Debatten. Die deutsche Übersetzung nahm die Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Anlass, eine Lesereise mit dem ehemaligen französischen Fußballnationalspieler zu organisieren. Am 1. Juni 2022 kamen in Hamburg mehr als 200 Menschen ins Museum im Millerntorstadion. Der Ort hätte für Thuram, der sich seit Jahrzehnten gegen Rassismus engagiert, nicht besser gewählt sein können: Ist doch der FC St. Pauli für seine antifaschistische und antirassistische Fanszene bekannt. Durch einen vom Mitveranstalter «1910 – Museum für den FC St. Pauli e. V.» angebotenen Livestream konnten weitere 150 Menschen den Abend verfolgen.

Anhand detaillierter Recherchen zeichnet Thuram in «Das weiße Denken» die Geschichte, die Brutalität und die aktuellen Auswirkungen der Sklaverei und des Kolonialismus nach. Er provoziert einen Perspektivwechsel, der nicht die Unterdrückten adressiert, sondern die Unterdrückter*innen, die Weißen, die es nicht gewohnt sind, auf ihre Hautfarbe reduziert zu werden. So startete er den Abend mit der Frage, wer von den Anwesenden sich als «weiß» bezeichnen würde, um sofort diese Selbstbezeichnung zu dekonstruieren. In Wahrheit sei diese Frage längst nicht so einfach, wie es scheine. Denn wenn es wirklich nur um eine Farbe ginge, würde man «weiße» Menschen kaum als «weiß» bezeichnen, sondern eher als «rosa», so der ehemalige Fußballstar, der selbst erst mit etwa neun Jahren lernte, dass er sich als «schwarz» betrachten solle, und erlebte, welche Diskriminierungserfahrungen aus dieser Zuschreibung resultieren.

Was sind die Wurzeln des Rassismus? Wie entsteht er? Was macht das «weiße Denken» aus? Thuram gab viele Denkanstöße, beantwortete Fragen aus dem Publikum und signierte anschließend zwei Stunden lang seine Bücher. Es war ein Abend, der allen Anwesenden im Gedächtnis bleiben wird.



Diskussionsrunde in Frankfurt am Main über die selbstverwalteten Gebiete in Syrien.



Interview mit Betroffenen der Pogrome vor 30 Jahren in Rostock-Lichtenhagen.

HESSEN

ZEHN JAHRE ROJAVA

Gemeinsam mit medico international hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen eine zweitägige Konferenz organisiert, die die seit zehn Jahren existierende Selbstverwaltung im Norden und Osten Syriens – insbesondere das mehrheitlich kurdisch bewohnte Rojava – zum Thema hatte. 25 Referent*innen, davon drei eigens aus Syrien angereist, kamen am 10. und 11. September in Frankfurt am Main zusammen, um unter dem Titel «10 Jahre Rojava – vom demokratischen Experiment zum Hoffnungsträger einer Region» die Erfahrungen und aktuellen Herausforderungen zu diskutieren.

Nach Grußworten von medico und der Frankfurter Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg ging es zunächst rückblickend um die wichtigen demokratischen Errungenschaften der letzten Dekade, aber auch um innere Probleme und Gefahren wie die Invasionen durch die Türkei oder die Terrororganisation Islamischer Staat (IS). In der zweiten Runde legten zwei Referent*innen die politischen Grundlagen für das multiethnische, multireligiöse, frauenbefreierische und demokratisch-kommunalistische Konzept der heutigen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien dar. Anschließend wurde die Entwicklung der Selbstverwaltung nachgezeichnet und kritisch diskutiert. Im vierten Panel wurde über den Zugang zu Wasser, der für die lokale Bevölkerung durch die Wasserpolitik der Türkei und die Klimakrise bedroht ist, diskutiert. Den ersten Tag abschließend wurde die Selbstverwaltung im Kontext der geopolitischen Interessen behandelt.

Am zweiten Tag ging es um Rüstungsexporte an die Kriegsparteien der Region, den Einsatz von Drohnen durch die Türkei gegen die Selbstverwaltung, der Dutzende Menschen – zumeist Zivilist*innen – das Leben gekostet hat, um die Gefahr, die von den inhaftierten IS-Gefangenen und ihren Zehntausenden Familienangehörigen ausgeht, sowie schließlich auch um Gerechtigkeit für die Opfer des Kriegs und die Perspektiven für die Selbstverwaltung.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

30. JAHRESTAG DES POGROMS IN ROSTOCK-LICHTENHAGEN

Dreißig Jahre ist es her, dass im August 1992 ein ausländerfeindlicher Mob tagelang die Zentrale Aufnahmeestelle für Asylbewerber*innen und ein Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen, das sogenannte Sonnenblumenhaus, in Rostock-Lichtenhagen belagert, angegriffen und schließlich in Brand gesteckt hat.

Trotz einiger Gedenkveranstaltungen sind die Perspektiven und Forderungen der betroffenen Geflüchteten seitdem kaum berücksichtigt worden. Ein Bündnis, an dem sich auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern beteiligte, machte sich daran, 2022 ein anderes Gedenken zu initiieren, und verständigte sich auf einige gemeinsame Grundsätze: Das Pogrom darf nicht relativiert werden; es ist nicht als Einzelfall zu betrachten, sondern als Teil einer fortbestehenden Bedrohung; die Stimmen und Positionen der Betroffenen sollen im Vordergrund stehen; es braucht über den Jahrestag hinaus deutlich mehr Unterstützung für damals und heute von Rassismus Betroffene und Akteure, die sich für politische Bildung und das Gedenken engagieren.

Schon weit im Vorfeld des Jahrestags organisierte die Landesstiftung mit Kooperationspartnern aus dem Bündnis zehn öffentliche Veranstaltungen, die das von der Hansestadt Rostock organisierte «offizielle» Gedenken kritisch begleiten und beeinflussen sollten, unter anderem eine Infoveranstaltungstour zu fünf Orten in Mecklenburg-Vorpommern.

Ein weiterer Höhepunkt war eine bewegende Veranstaltung am 24. August im Peter-Weiss-Haus Rostock, bei der Interviews mit Betroffenen des Pogroms vorgestellt wurden. Sie entstammen einem Projekt, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung ab 2019 gefördert hat. Dabei betonte Iazabela Tiberiade, Tochter von Romeo Tiberiade, einem aus Rumänien stammenden Rom, der im «Sonnenblumenhaus» untergebracht war, als es über Tage angegriffen wurde, wie wichtig politische Bildungsarbeit für die Aufarbeitung des Pogroms bis heute ist.



Schmerzhafte Erinnerungen: Gespräch über die Praxis des «Kinderverschickens».



Teilnehmer*innen der Bildungsreise nach Paris auf dem Friedhof Père Lachaise.

NIEDERSACHSEN

«DAS TRAUMA DER VERSCHICKUNGSKINDER»

Für den 8. August 2022 hatte der Rosa-Luxemburg-Club Nierderelbe die Autorin und Aktivistin Anja Röhl zu einer Lesung in einen Garten in Stade eingeladen. Anja Röhl ist Autorin zweier Bücher zur Praxis des «Kinderverschickens», selbst Betroffene und Vorsitzende des Vereins Aufarbeitung und Erforschung Kinderverschickung (AEKV e. V.).

Zu den Hochzeiten, in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren, wurden Kinder zwischen vier und zehn Jahren für sechswöchige Kuren in die unzähligen Kurkliniken der Bundesrepublik geschickt, ohne Kontakt zu den Eltern und anderen vertrauten Personen. Röhl schätzt die Zahl der über die Jahre verschickten Kinder auf acht bis zwölf Millionen. Für die Kliniken und ihre Träger waren diese Kuren ein äußerst profitables Geschäft.

Es war Zufall, ob die Kinder in ein Heim kamen, in dem es ihnen gut erging und sie sich tatsächlich erholen und kräftigen konnten, oder in eines, in dem sie mit Zwangsmaßnahmen und körperlichen und psychischen Strafen gefügig gehalten wurden. Akteur*innen waren häufig pädagogische Mitarbeiter*innen und ärztliches Personal, die die angewandten Methoden bereits in der Nazizeit praktiziert oder erlernt hatten. Allzu häufig wurden die betroffenen Kinder durch die Geschehnisse traumatisiert. In ihrem Vortrag in Stade stellte Anja Röhl Erfahrungsberichte der «Verschickungskinder» in den Mittelpunkt und ordnete die Praxis des Verschickens geschichtlich ein. Das Publikum hörte gebannt und bewegt zu, ergänzte und bereicherte das Vorgetragene durch vielstimmige eigene Erfahrungen und Erlebnisse.

Erst seit Kurzem ist das Thema in der öffentlichen Debatte präsent. Ausschlaggebend war die Eigeninitiative Betroffener. Sie organisieren sich heute selbst, recherchieren und schließen gemeinsam Wissenslücken. Zudem stellen sie an Bund, Länder, Kommunen und Wohlfahrtsverbände, die häufig Träger der Heime waren, die Forderung nach einer grundlegenden Aufarbeitung.

NORDRHEIN-WESTFALEN

«RUHMVOLLER VORBOTE EINER NEUEN GESELLSCHAFT»

Am 18. März 1871 riefen die Arbeiter*innen und Kleinbürger*innen von Paris die «Pariser Kommune» aus. Die Kommune begann, die Stadt nach sozialistischen Maßstäben selbst zu verwalten. In seiner Analyse «Bürgerkrieg in Frankreich» hat Karl Marx die Kommune als «ruhmvollen Vorbote einer neuen Gesellschaft» bezeichnet.

Auf unserer Bildungsreise vom 11. bis 13. März 2022 besuchten wir, eine Gruppe von 25 Teilnehmer*innen, die Schauplätze der politischen und sozialen Kämpfe der Kommune. Viele französische Linke beziehen sich in den aktuellen gesellschaftlichen Konflikten explizit auf die Erfahrungen der Kommune. Grund genug, gemeinsam auch einen Blick auf die gegenwärtigen Auseinandersetzungen im Land zu werfen.

Nach einer Filmpräsentation mit anschließender Diskussion am Samstagvormittag zum Einstieg ins Thema und einem Spaziergang zum Denkmal für die Kommunarden auf dem Friedhof in Montparnasse sowie zum Rathaus, dem Ort der Proklamation der Kommune, folgte am Nachmittag eine Stadtführung mit Vincent Pezon von den «Amies et amis de la Commune de Paris». An Originalschauplätzen in Montmartre vermittelte Pezon einen plastischen Eindruck des Geschehens. Abgerundet wurde das Tagesprogramm durch ein Gespräch zur damals bevorstehenden französischen Präsidentschaftswahl 2022 mit dem Politikwissenschaftler Ethan Earle.

Mit Jean-Pierre Theurier brachen wir am Sonntagmorgen zur nachdenklich stimmenden Exkursion «Das Ende der Kommune: Die Kämpfe auf dem Père Lachaise» auf, dem berühmten Pariser Friedhof, wo zahlreiche Kommunard*innen begraben sind. Von den Gefechten während der «blutigen Woche», den letzten Tagen der Kommune, sind an vielen Stellen noch Einschüsse an den Gräbern zu sehen.

Der Rundgang endete an der «Mauer der Föderierten», dem zentralen Erinnerungsort. Der Ort lud dazu ein, die Eindrücke der vergangenen Tage noch einmal zu reflektieren.



Das feministische Punk-Kollektiv Pussy Riot.



Zu Besuch auf der Solawi-Limbach

RHEINLAND-PFALZ

PUNK STATT PUTIN

Spätestens seitdem das feministische Punk-Kollektiv Pussy Riot im Februar 2012 in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale ihr Punkgebet gegen Putin und seine Politik inszeniert hat, ist deutlich geworden: Trotz Repressionen existierten in Russland auch Musik, Kunst und Literatur, die sich gegen den nationalistischen, patriarchalen und homophoben Mainstream und den autoritären Staat stellen.

Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist die Situation für oppositionelle Kunst und Kultur noch prekärer geworden. Im Westen sind nach dem 24. Februar die Stimmen lauter geworden, die angesichts des Kriegs zu einem Boykott russischer Kunst aufrufen. Gegen diesen Trend hat sich die Russland-Kennerin Norma Schneider in ihrem am 6. April 2022 gehaltenen Vortrag «Punk statt Putin. Gegenkultur in Russland vor und nach Beginn des Angriffskrieges» für einen solidarischen Blick auf die nach wie vor bestehenden kulturellen Nischen ausgesprochen, in denen oppositionelle Künstler*innen und Aktivist*innen Spielräume nutzen und versuchen, kreativ mit der Situation, in der sie sich befinden, umzugehen.

Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz und dem Kurt-Eisner-Verein eingeladenen Journalistin und Autorin führte in die Ideologie des Putin-Regimes ein, stellte den politischen und kulturellen Mainstream sowie die offizielle Kulturpolitik vor und beschrieb den Umgang des Staats mit Gegenkultur, der zwischen Repression und Versuchen der Vereinnahmung changiert. Dem gegenüber zeichnete sie ein lebendiges Porträt der russischen Gegenkultur, in dem die Underground-Szene, Antikriegslieder und queere Literatur genauso ihren Platz haben wie feministische Selbstorganisation, Putin-Memes und künstlerischer Protest im öffentlichen Raum.

Begleitet von zahlreichen Beispielen aus Musik und Literatur standen trotz der aktuellen politischen Situation in Norma Schneiders Vortrag nicht die Repressionen im Vordergrund, sondern das, was trotz allem noch gemacht wird.

SAARLAND

«MONTE NATIVA» – DIALOG MIT DER NATUR

In der Biosphärenregion Yaboty in Argentinien verfolgt eine einzigartige landwirtschaftliche Initiative das Ziel, die Erträge von Obst und Gemüse zu steigern. «Monte Nativa» ist gleichermaßen Projekt, Firma, landwirtschaftliche Bildungseinrichtung und Mission. Matias Bertone und Carlos Mayol wollen ihr Wissen weitergeben, und machten auf Einladung des Ländervereins Peter-Imandt-Gesellschaft Station bei der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) im saarländischen Limbach.

Bertone und Mayol betreiben eine besondere Form von Agroforst: Durch genaues Beobachten der natürlichen Gegebenheiten wie Boden, Klima und Sorten sowie dem Aufbau einer Solawi gelingt es ihnen, die Erträge in ungeahnte Höhen zu treiben. Erkenntnisse der traditionellen Misch- und Permakultur mit alten – zumeist einheimischen – Pflanzensorten fließen ebenfalls ein, was Böden, Pflanzen, Mensch und Natur gleichermaßen schont. Beide sprechen daher von einer «Kultur des Dialogs mit der Natur». Besonders wichtig sind dabei der Humusaufbau und die Arbeit von Mikroorganismen, kombiniert mit der Einbeziehung von Bäumen.

Beide Aktivisten betonten, dass ihre Methoden nicht neu seien, sondern an jahrhundertalte Erfahrungen anknüpfen. Schon die spanischen Eroberer hätten sich gewundert, welche großen Mengen an Früchten die Indigenen aus dem «Urwald» herausholten. Möglich machten dies Mischkulturen, in denen unzählige Pflanzen in enger Symbiose zusammen wachsen, sich Licht, Nährstoffe und Wasser teilen und in der Lage sind, potenzielle Schädlinge auf Abstand zu halten. Dank dieser Anbauweise kann der Ernteertrag gegenüber konventioneller Landwirtschaft um bis zu 400 Prozent gesteigert werden. Nach den Hitzesommern der letzten Jahre in Mitteleuropa ein sehr interessanter Ansatz.

Für 2023 planen Bertone und Mayol, wieder ins Saarland zu kommen, um bei der Solawi Limbach ein erstes Musterfeld anzulegen, das hoffentlich viele Nachahmer*innen finden wird.



Diskussionen sind dringend nötig, wenn die politische Orientierung abhanden kommt.

SACHSEN

«NEUE» POLITISCHE UNÜBERSICHTLICHKEITEN

In der politischen Landschaft gab es in ideologischer Hinsicht in den letzten Jahren zahlreiche Veränderungen. Eine klare Zuordnung zu «links» und «rechts» ist schwieriger geworden, seitdem Vorstellungen von Teilen der extremen Rechten in den gesellschaftlichen Diskurs Einzug gehalten haben. Zugleich bedienen sich seit einiger Zeit rechte Akteur*innen linker Aktionsformen, Codes und Themen. Dabei verkürzen und verfremden sie Inhalte so weit, dass sie diese für sich nutzen können.

Mit der sechsteiligen Veranstaltungsreihe «Neue» politische Unübersichtlichkeiten», die im Oktober und November 2022 in Leipzig, Chemnitz, Dresden und online stattfand, hat sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen dieser inhaltlichen Vereinnahmung, aber auch möglichen problematischen Querverbindungen gewidmet.

In den Veranstaltungen wurden wichtige Begriffe geklärt, deren Genese erläutert sowie aktuelle Erscheinungsformen dargelegt. So erfuhren die Teilnehmer*innen etwas über die Anschlussfähigkeit von Ideologien gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an die sogenannte Mitte der Gesellschaft sowie darüber, in welchen vermeintlich linken Ideologemen repressives, autoritäres Potenzial verborgen liegt.

Der Autor Volkmar Wölk bot einen historischen Abriss und eine Ideologiekritik des Querfrontansatzes. Die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl analysierte rhetorische und politische Strategien traditionsreicher Mitte-rechts-Parteien, die sich in Teilen einem radikalisierten Konservatismus verschrieben haben, um ihren eigenen Niedergang aufzuhalten. Der Publizist Richard Gebhardt widmete sich den Entwicklungslinien sowie den besonderen Merkmalen einer Kapitalismuskritik von (neu-)rechts, die als Sonderform einer antiliberalen Kultur- und Dekadenzkritik analysiert werden kann. Die drei weiteren Veranstaltungen beschäftigten sich mit antisemitischen Denkmustern in linken Strukturen, mit Antifeminismus sowie mit Sozialdarwinismus und Biologismus.



Paul Werner Wagner (l.) mit dem Konrad-Wolf-Biografen Hans-Eckardt Wenzel.

SACHSEN-ANHALT

GESCHICHTE VERSTEHEN – JENSEITS DER IDEOLOGIEEN

«Konrad Wolf – Chronist im Jahrhundert der Extreme»: Unter diesem Titel luden die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt und die Stadtbibliothek Halle (Saale) am 15. November 2022 zu einer Lesung ein. Dabei präsentierte der Sänger, Musiker und Schriftsteller Hans-Eckardt Wenzel das gleichnamige Buch, das er gemeinsam mit Antje Vollmer, der ehemaligen Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, im Verlag «Die andere Bibliothek» veröffentlicht hat.

30 Jahre nach dem Ende der DDR liegt nun die Lebensgeschichte von Konrad Wolf (1925–1982) und die seiner legendären Familie vor, die Wenzel in die Ereignisse eines bewegten Jahrhunderts einordnet. Den Filmkünstler und sozialistischen Kulturpolitiker Konrad Wolf brachte der Liedermacher Wenzel den Anwesenden mit Zitaten über die besondere Wirkung und Funktion von Liedern in Wolfs Werk nahe – von Buschs Lied von der Jamara-Front im Film «Ich war 19» bis zu Wolfs Lieblingslied «Schwarzer Rabe». Sie drücken eine ungewisse Bestimmtheit aus, Melancholie und Optimismus zugleich, Hoffnung und Utopie, Dur und Moll – im Leben wie im Lied.

In dem vom Kulturwissenschaftler Paul Werner Wagner klug moderierten Gespräch ging es, in Anlehnung an das Buch, auch darum, warum ein Mensch wie Wolf Kommunist wurde und warum er es blieb. Zudem wurde die vernachlässigte Perspektive Ostdeutschlands auf die Verheerungen und Hoffnungen des 20. Jahrhunderts rekonstruiert.

Das Publikum ließ sich mitnehmen und anregen, äußerte Interesse an der Lektüre dieses besonderen Buches – von zwei Autor*innen mit zwei Sichtweisen aus zwei unterschiedlichen deutschen Herkunftsländern – und am «Nachsehen» der verfilmten Geschichtsbilder des Filmregisseurs Konrad Wolf.

Geschichte verstehen – abseits der Ideologien, falschen Begriffe und leicht konsumierbaren Antworten – und trotzdem die Veränderbarkeit der Verhältnisse für erstrebenswert zu halten, das war eine wertvolle Erkenntnis des Abends.



Protest gegen maritime Waffentransporte.



Teilnehmer*innen der Marxistischen Arbeitswoche 1923 in Geraberg.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

HAFENARBEITER*INNEN GEGEN WAFFENLIEFERUNGEN

Am 27. September 2022 berichteten drei Hafentarbeiter aus Genua in der Kieler Galerie ONspace über ihre Aktionen gegen Waffentransporte in Krisengebiete. Seit einigen Jahren gibt es zahlreiche solcher Aktionen von Beschäftigten in europäischen Häfen. So gelang es 2017 in Genua, die Verladung von zwei Generatoren auf den saudischen Frachter «Bahri Yanbu» zu verhindern, der immer wieder Waffen nach Saudi-Arabien transportiert, die dann im Krieg im Jemen zum Einsatz kommen.

Organisiert sind die genuesischen Hafentarbeiter*innen im Collettive Autonome Lavoratori Portuali (CALP), das bemüht ist, sich sowohl national als auch international mit gleich gesinnten Aktivist*innen zu koordinieren – mit einigem Erfolg, wie die Proteste gegen die Waffentransporte der «Bahri Yanbu» in Cherbourg und Antwerpen zeigen. Auch in anderen Städten Italiens, etwa in Livorno oder Ravenna, gab es Proteste. Die resoluten Beschäftigten sehen sich selbst in der Tradition der Antikriegsbewegung, die in Italien seit vielen Jahren von den Straßen verschwunden ist.

Der italienische Staat geht inzwischen massiv gegen die Hafentarbeiter*innen der CALP vor. 2021 gab es in Genua Hausdurchsuchungen und Anklagen, unter anderem wegen «Gründung einer kriminellen Vereinigung». Diese, so die Einschätzung der Gäste aus Italien, würden zwar voraussichtlich nicht zu Verurteilungen führen, aber schon die Anklagen allein schränken gemäß italienischem Recht die politische Handlungsfähigkeit der Betroffenen stark ein.

In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion ging es auch um den Kieler Hafen als Drehscheibe für Waffentransporte insbesondere in den baltischen Raum.

Leider konnten die Hafentarbeiter aus Griechenland nicht kommen, die ursprünglich auch an der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem Kieler Griechenland-Solidaritätskomitee organisierten Veranstaltung teilnehmen sollten.

THÜRINGEN

DIE UNSICHTBARE GESCHICHTE DER KRITISCHEN THEORIE

Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und der Bildungseinrichtung Arbeit und Leben Thüringen e. V. machte sich Anfang 2022 eine Gruppe engagierter Ehrenamtlicher daran, die Geschichte der Pfingsten 1923 im thüringischen Geraberg auf Initiative Karl Korsch veranstaltete «Marxistische Arbeitswoche» aufzuarbeiten.

An diesem Treffen hatten zahlreiche Protagonist*innen der frühen Kritischen Theorie, internationale Marxist*innen sowie die Theoretiker Karl Korsch und Georg Lukács teilgenommen und unter anderem die Zukunft eines Instituts für Marxismus – das gerade gegründete Institut für Sozialforschung – diskutiert. Korsch und Lukács hatten kurz zuvor ihre Werke «Marxismus und Philosophie» bzw. «Geschichte und Klassenbewusstsein» veröffentlicht und referierten dort zu Methodenfragen.

Ziel der Projektgruppe war es, diese unsichtbare (Vor-)Geschichte der Kritischen Theorie sowie die damaligen Akteur*innen in Vorausschau auf das Jubiläum 2023 ins Bewusstsein zu rücken. Daraus resultierten eine Veranstaltungsreihe in Jena im Herbst 2022, die in Audiomitschnitten verfügbar ist, sowie die Webplattform www.marxistische-arbeitswoche.de. Im Rahmen der Reihe gab es neben einer Einführung zur Arbeitswoche selbst und der – ebenfalls von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderter – Ausstellung «Korsch in Thüringen» eine Diskussion über die genannten Hauptwerke von Korsch und Lukács. Hinzu kamen Veranstaltungen zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im Jahr 1923, zur Spionagegeschichte der Teilnehmer*innen Hede Massing (damals Gumperz) und Richard Sorge sowie zu den Frauen auf der «Marxistischen Arbeitswoche» und ihrem theoretischen Beitrag zur Kritischen Theorie. Auskopplungen aus der Reihe fanden 2022 auch in Gotha statt.

2023 sind verschiedene Beiträge der Reihe sowie ein Nachwort der Projektgruppe in einem Band Michael Buckmillers im Offizin-Verlag erschienen. Und natürlich wird auch die Projektgruppe 2023 weiterarbeiten.

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT

Das Jahr 2022 war für das Zentrum für internationalen Dialog überschattet vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Seit Kriegsbeginn ist die Arbeit des Stiftungsbüros in Kiew deutlich vom Krieg geprägt und die Projektarbeit ist für die Kolleg*innen, die zum Teil in der Ukraine geblieben und zum Teil ins Ausland geflohen sind, nur unter schwersten Bedingungen möglich.

Am 8. April entzog die russische Regierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen ausländischen Organisationen ihre Registrierung, sodass wir das Büro in Moskau schließen mussten. Die als neue Büroleitung für Moskau vorgesehene Kollegin wird ihre Arbeit nun von Wien aus aufnehmen.

Leitungswechsel gab es auch in den Büros Beirut, Daressalam, Delhi, Johannesburg, Mexiko und São Paulo. Bei den vielen Personalveränderungen im Ausland, aber auch in der Zentrale in Berlin war es umso erfreulicher, dass Ende Juni alle entsandten Kolleg*innen zu einer gemeinsamen Tagung mit den Stiftungsmitarbeiter*innen des Bereichs in Berlin zusammenkamen. Nach den Jahren der Pandemie war dieser Austausch extrem wichtig, um sich persönlich kennenzulernen und die zurückliegenden Erfahrungen gemeinsam zu reflektieren. Sowohl die damalige Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann als auch Daniela Trochowski, Geschäftsführerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, nutzten die Gelegenheit, um die Relevanz internationalistischer Themen zu betonen. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus braucht es den Blick auf inspirierende Beispiele solidarischer Praxen weltweit.

Dass die Stiftung durch ihre 26 Auslandsbüros auf allen Kontinenten direkt mit den Kämpfen vor Ort verbunden ist, stellt einen unschätzbaren Erfahrungsreichtum dar, den es besser zu nutzen gilt. Deshalb sollten Auslands- und Inlandsarbeit noch stärker verschränkt werden.

In diesem Sinne diskutierten wir im Juni auf einer Fachtagung mit Akteur*innen aus der Partei DIE LINKE und der linken Zivilgesellschaft verschiedene Ansätze auf der Suche nach einem neuen Internationalismus in einer aus den Fugen geratenen Welt. Beispiele einer gelungenen Verbindung von Auslands- und Inlandsarbeit waren die Veranstaltungen in Deutschland rund um die Fußball-WM in Katar, aber auch die dezentralen Aktivitäten zur kritischen Begleitung der Klimakonferenz COP27 in Ägypten. Beide Ereignisse zeigen exemplarisch, wie mithilfe von Sportswashing oder Klimadiplomatie versucht wird, den eklatanten Widerspruch zwischen verbrieften Rechten auf der einen und staatlichen Repressionen und Menschenrechtsverletzungen auf der anderen Seite zu vertuschen. Es bleibt unsere Aufgabe, diesen Widerspruch zu skandalisieren.

NOTHILFE

DIE AUSWIRKUNGEN DES RUSSISCHEN KRIEGS GEGEN DIE UKRAINE AUF DIE STIFTUNGSARBEIT

Den Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 haben die wenigsten von uns kommen sehen – selbst unsere Kolleg*innen und Partner*innen in der Ukraine nicht. Zwar hatten sie seit Anfang des Jahres eine neuerliche Eskalation befürchtet, allerdings lokal, im Donbas. Bei einem internen Fachgespräch nur eine Woche vor Kriegsbeginn hatten sich Linke aus der Ukraine und Russland noch über Möglichkeiten der Deeskalation ausgetauscht. Als der Angriff dann auch auf Kiew erfolgte, war dies für alle eine Zäsur. Zwei unserer Kolleg*innen aus dem Kiewer Büro verließen die Ukraine umgehend, zwei weitere blieben im Land: Sie halten – zusammen mit unseren Partnerorganisationen – unter sehr schwierigen Bedingungen die Arbeit der Stiftung aufrecht.

Unmittelbar nach dem Angriff orientierten sich viele unserer Projektpartner um und organisierten konkrete Hilfe für die Menschen in der Ukraine: Sie lieferten zum Beispiel Lebensmittel und Generatoren in frontnahe Gebiete, richteten eine Unterkunft und Suppenküche für Geflüchtete in Lwiw ein oder verteilten Hilfsgüter an Binnengeflüchtete in Riwna. Unser Team in Kiew stand durchgehend mit unseren Partnern in Kontakt und konnte sie unbürokratisch und schnell unterstützen, etwa bei der Flucht aus den umkämpften Gebieten. Im Rahmen einer vom Europareferat der Stiftung initiierten Spendensammlung unter Kolleg*innen wurden mehrere Hilfsgütertransporte organisiert. Anfang März rief die Stiftung auch in ihrem Umfeld zu Spenden auf, die an unsere Partnerorganisationen in der Ukraine gingen, um humanitäre Hilfe vor Ort zu leisten. Insgesamt kamen neben zahlreichen Sachspenden mehr als 20.000 Euro zusammen.

Ab Sommer 2022 stellten das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt (AA) Sondermittel für die Unterstützung von ukrainischen Organisationen im Land bzw. im Exil zur Verfügung. Diese Mittel gaben wir an unsere Partnerorganisationen in der Ukraine, in Deutschland, Polen und Tschechien weiter, wobei der Dialog mit ukrainischen Exil-Linken in Deutschland bei der Verwendung der Mittel des AA im Fokus stand. In Polen, das die meisten Geflüchteten aus der Ukraine aufgenommen hat, realisierte unser Büro in Warschau viele Projekte, etwa um Ukrainer*innen über ihre Rechte als Geflüchtete aufzuklären. Mit den BMZ-Sondermitteln betraten wir als Stiftung Neuland: Wir organisierten erstmals direkte materielle Nothilfe in großem Maßstab. Wir kauften unter anderem Krankenwagen für die Großstadt Krywyj Rih, Röntgengeräte für Malyn oder Wasserfilter für Mykolajiw, um mithilfe unserer Partnerorganisationen die Gesundheitsversorgung vor Ort zu verbessern. Wir unterstützten unsere Partner aber auch darin, ihre Arbeitsfähigkeit aufrechtzuerhalten. So statteten wir zum Beispiel unseren Projektpartner Freefilmers aus Mariupol, ein Kollektiv unabhängiger Filmemacher*innen, die den Film als Mittel der



Feuer in einem Öllager nach dem Beschuss von Lviv durch russische Raketen, April 2022.

politischen Bildung nutzen, mit neuer Kameratechnik aus. Insgesamt floss innerhalb von vier Monaten mehr als eine halbe Million Euro in die Nothilfe und die direkte Unterstützung unserer Partner in der Ukraine. Dies war nur durch den Einsatz unserer Kolleg*innen und Projektpartner in der Ukraine möglich, die Außergewöhnliches leisteten.

Neben dieser Nothilfe setzten wir aber auch unsere reguläre Projektarbeit fort. Unser langjähriger Medienpartner Spilne/Commons veröffentlichte ununterbrochen Analysen und Kommentare zum Krieg, die vermehrt auch ins Englische übersetzt wurden, sodass die Stimme ukrainischer Linker in internationalen Diskussionen zu hören war.

Auch in dem bereits kurz vor Kriegsbeginn gestarteten Online-Dossier zur Ukraine auf der Stiftungshomepage standen die Beiträge von ukrainischen und russischen Linken im Vordergrund. Wir veröffentlichten ihre Analysen zu den Ursachen des Krieges, ihre Reaktionen auf den Krieg und ihre Solidaritätsforderung an Linke weltweit. Hinzu kamen Einordnungen der globalen Auswirkungen des Krieges, woran sich das gesamte Zentrum für internationalen Dialog mit Beiträgen beteiligte. Dabei ging es um die Einordnung der chinesischen Position zum Krieg ebenso wie um die Folgen der fehlenden Getreideexporte aus der Ukraine für Westasien oder um die Diskussionen in der lateinamerikanischen oder skandinavischen und natürlich auch deutschen Linken auf der Suche nach Antworten auf den Krieg und nach einer linken Außenpolitik.

Um den Dialog zwischen Linken aus der Ukraine und Deutschland zu fördern, organisierten wir Dutzende Veranstaltungen, auch in Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen. Die Themen reichten dabei von der Frage, wie sich die ukrainische Linke zum Krieg positioniert, über Geschichtspolitik bis hin zur Lage der LGBTQ+-Community im zur damaligen Zeit russisch besetzten Cherson. Neben klassischen Diskussionsrunden gehörten auch Filmvorführungen und Theaterprojekte zu den Veranstaltungsformaten.

Im Zuge des Krieges verschärfte sich auch die innenpolitische Lage in Russland stetig, insbesondere Repressionen gegen

die kritische Zivilgesellschaft nahmen zu. Nach dem Entzug der Registrierung für alle Politischen Stiftungen und andere internationale Nichtregierungsorganisationen durch die russische Regierung am 8. April waren wir gezwungen, unser Büro in Moskau zu schließen. Dabei war es uns besonders wichtig, unsere Kolleg*innen so gut wie möglich abzusichern, sie erhielten Abfindungen, zwei von ihnen konnten Russland verlassen und setzen ihre Arbeit mit Projektpartnern, die ebenfalls das Land verlassen haben, nun in Deutschland, Moldau und dem Südkaukasus fort. Mit der beginnenden Mobilmachung in Russland im Herbst 2022 wollten zunehmend mehr unserer Projektpartner*innen das Land verlassen und wandten sich mit der Bitte an uns, ihnen beim Erhalt humanitärer Visa für Deutschland zu helfen, was in einigen Fällen gelang. Seit dem Herbst bauen wir ein neues Dialogbüro Osteuropa mit Sitz in Wien auf, um die Kontakte zu linken Kräften in Osteuropa aufrechtzuerhalten, Analysen zur Entwicklung in Russland zu erstellen und damit die linke Debatte mit Russland mit Hintergrundinformationen zu versorgen. Trotz des Krieges konnte die Stiftungsarbeit fortgesetzt werden, sodass bei zukünftigen Diskussionen um einen nachhaltigen Frieden und den Wiederaufbau der Ukraine linke Stimmen aus der Region nicht fehlen werden.



Oleksandra Hryhorenko.

DAS STIFTUNGSBÜRO IN KYJIW

INTERVIEW MIT OLEKSANDRA HRYHORENKO, PROJEKT-MANAGERIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN KYJIW

Wie habt ihr als Team in Kyjiw den russischen Angriff am 24. Februar 2022 erlebt?

Oleksandra Hryhorenko: Zuerst standen wir alle vor persönlichen Entscheidungen: Die Einschätzung der Lage und das eigene Überleben waren wichtiger als die Büroarbeit. Alle Kolleg*innen haben zunächst Kyjiw verlassen. Wir sind in die Dörfer zu Verwandten gefahren oder nach Westen, weiter weg von der Hauptstadt. Zwei von uns sind ausgereist, zwei in der Ukraine geblieben. Ich habe die Nacht vom 24. auf den 25. Februar im Büro verbracht, weil der Bahnhof von dort aus zu Fuß zu erreichen ist, und war unschlüssig, ob ich ein bereits gekauftes Zugticket wirklich nutzen sollte. Während ich zweifelte, hörte ich schon das Donnern am Stadtrand und am frühen Morgen bin ich schließlich in meinen Zug gestiegen und aufs Land gefahren. Wenn ich jetzt an den Beginn des Angriffs in Bezug auf die Arbeit denke, erinnere ich mich an ein Zoom-Gespräch mit den Berliner Kolleg*innen am 24. Februar und an ein trauriges und verzweifertes Video von unserem Büroleiter Ivo Georgiev, das Ende Februar publiziert wurde. Das alles wirkt für mich heute wie ein sonderbares Mosaik, ich schaffe es kaum, diese Erinnerungen zusammenzuhalten.

Wie gelingt es euch, unter diesen Umständen weiter im Team zu arbeiten?

Hryhorenko: Wir arbeiten mit Chats, Mails, Zoom. Video-

calls waren ziemlich schwierig, solange es Probleme mit der Internetverbindung gab. Die dringendsten Dokumente schicken wir per Post, nicht so eilige übergeben wir bei gelegentlichen Treffen. Dank der Gastfreundschaft des Stiftungsbüros in Warschau haben wir uns bereits mehrmals in Polen treffen können. Das alles kann natürlich die gemeinsame Präsenz im Büro nicht ersetzen, und es gibt Sachen, die wir zurzeit nicht machen können, aber wir bemühen uns um Lösungen.

Wie könnt ihr die Arbeit trotz der Stromausfälle fortführen?

Hryhorenko: Ganz ohne Strom würde das natürlich gar nicht gehen. Näher an der Front, wo die Infrastruktur ständig beschädigt wird, wäre die Arbeit kaum möglich. Wir alle und auch unsere Partner haben längere Stromausfälle nach massiven Luftangriffen erlebt. In vielen Fällen muss man nur abwarten. Am schlimmsten ist, dass mit dem Strom die Internetverbindung ausfällt, häufig auch das Handynetz, dann wird jegliche Kommunikation lahmgelegt.

Auf dem Land ist es für mich einfacher. Wenn der Strom nach Plan abgeschaltet wird, kann man sich darauf einstellen. Dabei macht es einen großen Unterschied, ob der Plan 2/4 ist – das heißt 2 Stunden ohne Strom, 4 mit – oder 4/2, also umgekehrt. Natürlich sind Powerbanks oder Powerstationen dann von großem Vorteil. Im Dorf kann man auch Benzgeneratoren einfacher nutzen. In Kyjiw war es schwieriger, selbst die geplanten Stromausfälle waren sehr unberechenbar. Als die russischen Luftangriffe auf die Kyjiwer Kraftwerke zielten, wurde auch ein Heizkraftwerk um die Ecke vom Büro getroffen. Die Druckwelle beschädigte unsere Fenster. In Kyjiw – und ich nehme an, in vielen anderen Städten auch – kursiert der makabre Witz, dass

Wohnungen mit dem Zusatz «keine Heizkraftwerke, Luftabwehr und Militärobjekte in der Nähe» vermietet werden. Doch zurück zum Thema Arbeit – ich muss sagen, die anstrengende Erfahrung der Distanzarbeit während der Corona-Pandemie hilft jetzt. Und es zeigte sich übrigens, dass manche Sachen auch warten und nachgeholt werden können.

Warum hast du dich entschieden, in der Ukraine zu bleiben?

Hryhorenko: Das habe ich mich erst viel später gefragt, als die Entscheidung bereits gefallen war. Zuerst war das eine spontane Reaktion. Direkt nach der großen Invasion war auch klar, dass die Gefahr nicht überall gleich hoch ist, dass es noch stille und bedingt sichere Orte gibt. Natürlich konnte ich nicht sicher sein – und kann es auch jetzt nicht –, dass das Dorf meiner Eltern für immer ein solcher Ort bleibt. Wichtig war aber auch, dass meine Eltern unter keinen Umständen ausreisen wollten. Der wahre Grund ist aber vielleicht der Wunsch, die «Perspektive von hier» nicht zu verlieren. Ich bewundere wirklich die Leute, die ausgereist sind, aber sich weiterhin tief mit der Ukraine verbunden fühlen, für mich kann ich mir die Ausreise aber nicht vorstellen.

Wie sieht es mit der Projektarbeit aus?

Hryhorenko: Was die Veranstaltungsformate angeht, kann fast alles durchgeführt werden, solange es an einem sicheren Ort stattfindet. Die Inhalte sind durch den Krieg natürlich andere geworden. Nach Beginn des großen Einmarschs mussten viele Partner*innen buchstäblich ihr Leben retten. Viele sind dann den Freiwilligeninitiativen beigetreten oder engagieren sich in bereits existierenden Netzwerken für humanitäre Hilfe. Als sie gemerkt haben, dass sie noch genügend Kraft für die Projektarbeit haben, wurden die meisten Projekte umgeplant und die Themen neu definiert.

Danke für das Interview und eure Arbeit in diesen schwierigen Zeiten.

LOKALE COPS: VON GEMEINDEN FÜR GEMEINDEN

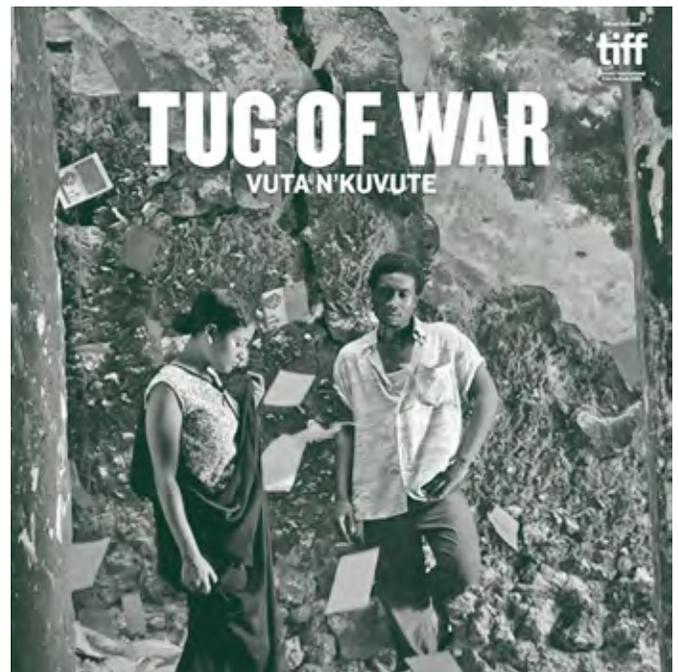
Sinnbildlich für die Krise der internationalen Klimadiplomatie steht der Ort, an dem im November 2022 die 27. UN-Klimakonferenz (COP) stattfand: Sharm El-Sheikh. Das ägyptische Regime ist bekannt für seinen repressiven Umgang mit jeder Art von Kritik und zivilgesellschaftlicher Opposition sowie für unzählige Menschenrechtsverletzungen, von denen viele (linke) Aktivist*innen betroffen sind.

Der afrikanische Kontinent leidet angesichts seines geringen Beitrags zu den Treibhausgasemissionen besonders unter der Klima-Ungerechtigkeit. Es wird immer offensichtlicher, dass die Länder des Südens nicht länger auf die Entscheidungen der internationalen Institutionen und die Launen der Verursacherländer warten können. Die Lösungen müssen von den Menschen selbst kommen. Mehr Basisarbeit, Aufklärung und

die Erforschung autochthoner Praktiken des Umweltschutzes sind erforderlich.

Seit zwei Jahren begleitet die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Initiative zur Einrichtung einer nationalen Plattform für lokale Klimagerechtigkeitsaktivist*innen, die unter anderem «lokale COPs» im Senegal und in Teilen Westafrikas organisiert, um den Protest, aber auch das klimapolitische Engagement zu dezentralisieren, also auf der Ebene der Gemeinden zu stärken. Im Rahmen eines Workshops im März 2022 in Mbour (Senegal) nahm die Plattform ihre Arbeit auf und identifizierte fünf sogenannte Klimapole im Senegal, die den klimatischen Herausforderungen der Regionen entsprechen. So in der Region Diourbel im Klimapol «Pol Centre»: Unregelmäßige Niederschläge haben den Ackerbau negativ beeinträchtigt und die Versalzung des Bodens hat die Landwirtschaft zerstört. Hinzu kommt die Küsten- und Flusserosion. Der Klimawandel hat die Armut verschärft, die Ungleichheit verstärkt und die Jugend zur Landflucht gezwungen. Die Teilnehmenden des Forums analysierten nicht nur die lokalen Probleme. Sie riefen auch dazu auf, mit gewohnten Produktions- und Konsummustern zu brechen und lokale Lösungen zu suchen: für ein besseres Leben und für mehr Gerechtigkeit, auch für zukünftige Generationen.

Der vom Stiftungsbüro in Ostafrika unterstützte Film «Vuta N’Kuvute – Tug of War» – eine Verfilmung des gleichnamigen tansanischen Klassikers von Shafi Adam Shafi – erzählt die Geschichte einer Liebe im antikolonialen Befreiungskampf in Sansibar. Seit seiner Premiere 2021 hat der Film vom Regisseur Amil Shivji weltweit zahlreiche Preise gewonnen.





Unter dem Slogan «Chile ist aufgewacht!» explodierte die soziale Revolte 2019 in Chile.

VERPASSTE CHANCEN: DIE ABLEHNUNG DER NEUEN VERFASSUNG IN CHILE

Als sich im Oktober 2020 eine überwältigende Mehrheit der chilenischen Bevölkerung für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung aussprach, bedeutete dies eine Institutionalisierung der gesellschaftlichen Forderung nach einer neuen, gerechteren Ordnung und nach einem Bruch mit dem autoritären und neoliberalen Erbe der Pinochet-Diktatur.

Der in den folgenden zwei Jahren erarbeitete Verfassungsentwurf sollte mit seiner sozialen, feministischen, ökologischen und plurinationalen Ausrichtung den Weg für den Umbau der Gesellschaft nach solidarischen Prinzipien ebnen. Damit wäre die neue Verfassung eine der fortschrittlichsten der Welt geworden.

Doch am 4. September 2022 stimmten 62 Prozent gegen die Annahme des Verfassungsentwurfs. Inzwischen hat das Parlament einen neuen Verfassungsprozess beschlossen, der eine Rückkehr zur Demokratie «von oben» einläutet.

Unsere Partnerorganisationen in Chile haben den Entwurfsprozess mit einer Vielzahl von Aktivitäten begleitet und unterstützt: So veranstaltete die Organisation indigener und ruraler Frauen ANAMURI landesweite Gesprächsrunden, um den Mitgliedern an der Basis den Inhalt des Verfassungsentwurfs zu erklären, und machte gegenüber Vertreter*innen des verfassungsgebenden Konvents Inhalte wie Ernährungssouveränität und Territorialkonflikte stark. Auf dem internationalen Treffen «Die feministische verfassungsgebende Versammlung» des Kollektivs «Coordinadora feminista 8M» standen die feministischen Anliegen im Kontext des Verfassungsentwurfs im Zentrum. Die Umweltorganisation OLCA beriet – mit Rekurs auf territoriale Debatten – den Verfassungskonvent bezüglich zentraler Themen wie Umwelt, Klima, Energie, Extraktivismus und sozioökologische Forderungen. Nach der Ablehnung des Verfassungsentwurfs setzte sich OLCA in verschiedenen Veröffentlichungen mit den Gründen für die Niederlage auseinander und begleitet den neuen Verfassungsprozess weiterhin kritisch.



Daniela Gabor, Ikal Angelei und Peter Doyle (v. l.) auf der Konferenz in Dakar.

ZWEITE KONFERENZ ZUR AFRIKANISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Vom 25. bis 28. Oktober 2022 veranstalteten das Regionalbüro Westafrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die International Development Economics Associates (IDEAs) und das Netzwerk Politics of Money die «Zweite Konferenz zur afrikanischen Wirtschafts- und Währungssouveränität» in Dakar, die hybrid stattfand.

Die 30 geladenen Expert*innen aus Afrika, Europa, Asien und Nordamerika waren sich in ihren Analysen einig, dass die COVID-19-Pandemie nicht nur die strukturellen Schwächen des afrikanischen Kontinents bloßgelegt hat – insbesondere die große Abhängigkeit im Hinblick auf Finanzen, Technologie und Nahrungsmittel –, sondern auch das gänzliche Fehlen globaler Solidarität: Der globale Norden habe eine «Impfstoff-Apartheid» praktiziert und die Länder des globalen Südens weitgehend ihren privaten und offiziellen Gläubigern überlassen und damit ihre Verschuldung vorangetrieben.

Die Situation hat sich mit dem Krieg in der Ukraine noch verschärft, sodass das Konzept der Entkopplung der Volkswirtschaften («Delinking») weiter an Dringlichkeit gewonnen hat. «Entkopplung» bedeutet noch lange keine völlige Autarkie, sondern ein Streben nach Souveränität und Autonomie der afrikanischen Volkswirtschaften, einen Bruch mit der neoliberalen Ordnung und das Verfolgen nachhaltiger Entwicklungsstrategien, die Nahrungssicherheit, Energieunabhängigkeit oder auch die Versorgung mit Pharmazeutika stärken. Angesichts der Notwendigkeit, Klimaanpassungsprojekte aufzulegen und einen Ausweg aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu finden, setzt «Entkopplung» globale Transferzahlungen zugunsten der Länder des globalen Südens und einen neuen Multilateralismus voraus. Diese Ziele wurden in der «Erklärung von Dakar» festgehalten, einem internationalistischen Manifest und globalen Handlungsplan, den das nach der Konferenz gegründete «African Heterodox Economics Network» weiter vorantreiben wird.

SPEAKERS' TOUR «RECLAIM THE GAME!»

WM 2022 KATAR: FOULSPIEL MIT SYSTEM

Knapp zwei Wochen waren Malcolm Bidali, Krishna Shrestha, Binda Pandey, Jeevan Taramu und Jeevan KC im September 2022 mit uns in Deutschland unterwegs, um als Betroffene und Aktivist*innen auf die Verletzungen der Arbeits- und Menschenrechte von migrantischen Arbeiter*innen in Katar aufmerksam zu machen. Mit zehn öffentlichen Veranstaltungen, die zum Teil online gestreamt wurden und nach wie vor abrufbar sind (bislang 1.275 Abrufe), erreichten wir in neun Städten insgesamt knapp 1.000 Interessierte vor Ort. Die enge Zusammenarbeit mit vielen Fußballfan-Initiativen bundesweit und dem Kooperationspartner Gesellschaftsspiele e. V. war dabei von großer Bedeutung für die inhaltliche Konzeption der Kampagne, die Bewerbung der Veranstaltungen und die Verbreitung der Kernaussagen über eine Broschüre und Weltkarte.

Im Zentrum der Tour standen die Erfahrungen unserer Speakers. Sie gaben Einblicke in ihren Arbeits- und Lebensalltag als Bauarbeiter oder im Sicherheitsdienst und erläuterten die spezielle Form der Rechtlosigkeit von migrantischen Arbeiter*innen in Katar. Sie diskutierten mit dem Publikum und der Presse die Zusammenhänge zwischen globaler Ungleichheit und Migration, fehlender Rede- und Versammlungsfreiheit und Ausbeutung und sprachen über Möglichkeiten der internationalen Solidarität. Im Anschluss stellten Expert*innen die Verbindung zu den Verhältnissen in Deutschland her – mit einem jeweils unterschiedlichen thematischen Schwerpunkt: gewerkschaftliche Organisation und Arbeitsbedingungen; Kommerzialisierung und Korruption des Fußballs; Geopolitik sowie Protestformen und Gegenstrategien.

Darüber hinaus fanden auf politischer Ebene interne Fachgespräche statt. Im Stadtrat München, in den Landtagen von Sachsen-Anhalt und Sachsen und im Bundestag verliehen wir unserer Forderung nach einer parlamentarischen Kontrolle des Weltfußballverbands FIFA und unserer Kritik an der Bundesregierung Nachdruck, die sich aufgrund des Interesses an Flüssiggasimporten aus Katar in Schweigen hüllt, wenn es darum geht, die Zustände in Katar anzuprangern. Auch die Frage, wie der Forderung nach Entschädigung effektiv mehr Gewicht verliehen werden kann, machten wir zum Thema.

Durch die globale Aufmerksamkeit auf die Fußball-WM sowie die gut abgestimmte Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Bereichen in der Stiftung – von der Politischen Kommunikation über das Zentrum für internationalen Dialog, das Auslandsbüro in Indien bis hin zu den sieben beteiligten Regionalbüros und der Pressestelle –, durch eine exzellente Social-Media-Präsenz und ein thematisch breit gefächertes Online-Dossier konnten wir mit unserer Öffentlichkeitsarbeit eine außergewöhnliche Reichweite erzielen. So trugen wir dazu bei, dass der vielfältige Protest nicht verebbte, den Fußballfans innerhalb und außerhalb der Stadien lautstark und fantasievoll äußerten. Mit Erfolg. Schließlich tauchte auch in der «Sportschau» der Begriff «WM» nur noch mit dem Zusatz

«umstritten» auf und die TV-Einschaltquoten lagen deutlich niedriger als bei vergangenen Weltmeisterschaften.

Obwohl die großen Infrastrukturprojekte für die WM fertiggestellt sind, arbeiten weiterhin Millionen von Arbeitsmigrant*innen tagtäglich in Katar. Ihre Rücküberweisungen tragen in einigen Herkunftsländern mit bis zu 30 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen endet nicht mit der Fußball-WM, sondern ist Teil eines größeren, strukturellen Problems. Um das in den Griff zu bekommen, muss Arbeitsmigration besser reguliert und staatlich unterstützt werden. Außerdem sind strengere Kontrollen und die strafrechtliche Verfolgung von Verstößen gegen Arbeitssicherheitsmaßnahmen und ausbleibende Lohnzahlungen notwendig. Und nicht zuletzt brauchen die Betroffenen Unterstützung, um mit rechtlichen Mitteln gegen die ausbeuterischen Strukturen sowohl bei der Rekrutierung als auch am Arbeitsplatz vorgehen zu können. Auf all diesen Ebenen werden wir auch in Zukunft gemeinsam mit unseren internationalen Partnerorganisationen Druck machen.

SPEAKERS' TOUR IM LICHT DER MEDIEN

«Die Macht des schwarzen Bildschirms» titelte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. ZDF Online berichtete über unsere Veranstaltung in Frankfurt am Main unter der Überschrift «Die Zeit des Wegduckens ist vorbei». Das «heute journal» strahlte am 29. September 2022 ein Interview mit Malcolm Bidali aus. Insgesamt waren es mehr als 50 Interviews, die mit den Akteur*innen der Speakers' Tour geführt wurden, eine Vielzahl überregionaler Medien, inklusive verschiedener TV-Sender und Radios, griff unsere Kritik auf. Selbst Uli Hoeneß ließ sich herausfordern und stieg beim Fußballstammtisch «Doppelpass» (Sat1) in die Debatte um die Arbeitsbedingungen in Katar ein. Die Ankündigungs-Pressemitteilung verzeichnete bei News Aktuell 1.700 Zugriffe und 2.113 Webseiteneinträge – ein Rekord, was die Resonanz betrifft.

Unsere Speakers: Malcolm Bidali, Jeevan KC, Binda Pandey und Krishna Shrestha (v. l.).



DIE AUSLANDS-BÜROS

MEXIKO-STADT

NEW YORK

QUITO

SÃO PAULO

BUENOS AIRES

REFERAT LATEINAMERIKA

ANDENREGION



Sitz: Quito/Ecuador
 Gründungsjahr: 2010
 Projektländer: Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Venezuela
 Büroleitung: Ferdinand Muggenthaler, ab September 2023: Karin Gabbert
www.rosalux.org.ec

CONO SUR



Sitz: Buenos Aires/Argentinien
 Gründungsjahr: 2015
 Projektländer: Argentinien, Chile, Uruguay
 Büroleitung: Torge Löding
rosalux-ba.org

DIALOGPROGRAMM FEMINISMUS

Sitz: Buenos Aires/Argentinien (im Regionalbüro)
 Gründungsjahr: 2019
 Projektländer: weltweit (Schwerpunkt: Lateinamerika)
 Programmleitung: Alex Wischniewski

BRASILIEN UND PARAGUAY



Sitz: São Paulo/Brasilien
 Gründungsjahr: 2003
 Projektländer: Brasilien, Paraguay
 Büroleitung: Andreas Behn
rosalux.org.br

MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KUBA



Sitz: Mexiko-Stadt/Mexiko
 Gründungsjahr: 2007
 Projektländer: Costa Rica, Guatemala, Kuba, Mexiko, Nicaragua
 Büroleitung: Dieter Müller
www.rosalux.org.mx

REFERAT INTERNATIONALE POLITIK

NORDAMERIKA UND VEREINTE NATIONEN



Sitz: New York/USA
 Gründungsjahr: 2012
 Projektländer: USA, Kanada, Standorte der Vereinten Nationen
 Büroleitung: Andreas Günther
<https://rosalux.nyc/de>

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSPOLITIK UND GLOBALE SOZIALE RECHTE



Sitz: Genf/Schweiz
 Gründungsjahr: 2019
 Projektländer: Standorte der Vereinten Nationen
 Büroleitung und Programmleitung Internationale Gewerkschaftspolitik: Jan Leidecker
 Programmleitung Globale Soziale Rechte: Eva Wuchold
<https://rosalux-geneva.org/de>



REFERAT AFRIKA

OSTAFRIKA



Sitz: Daressalam/Tansania
Gründungsjahr: 2012
Projektländer: Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda
Büroleitung: Dorothee Braun, seit September 2022: Katrin Voss
www.rosalux.or.tz

WESTAFRIKA



Sitz: Dakar/Senegal
Gründungsjahr: 2010
Projektländer: Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kapverden, Mali, Niger, Nigeria, Senegal
Büroleitung: Claus-Dieter König
www.rosalux.sn

NORDAFRIKA



Sitz: Tunis/Tunesien
Gründungsjahr: 2014
Projektländer: Tunesien, Ägypten, Algerien, Marokko
Büroleitung: Armin Osmanovic
<https://rosaluxna.org>

WISSENSCHAFTSKOOPERATION NORDAFRIKA

Sitz: Tunis/Tunesien
Gründungsjahr: 2015
Programmländer: Tunesien, Libanon
Programmleitung: Nadia El Ouerghemmi
<https://academiccooperation-rosalux.org/en/homepage>

SÜDLICHES AFRIKA



Sitz: Johannesburg/Südafrika
Gründungsjahr: 2003
Projektländer: Südafrika, Simbabwe, Sambia, Mosambik, Mauritius, Namibia, Botswana
Büroleitung: Siegfried Schröder, seit April 2022: Janine Walter
www.rosalux.co.za

DIALOGPROGRAMM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Sitz: Johannesburg/Südafrika (im Regionalbüro)
Gründungsjahr: 2017
Programmländer: weltweit (Schwerpunkt: südliches Afrika)
Programmleitung: Jan Urhahn
www.rosalux.co.za

REFERAT EUROPA

SÜDOSTEUROPA



Sitz: Belgrad/Serbien
Gründungsjahr: 2010
Projektländer: Serbien, Kroatien, Slowenien, Bulgarien, Mazedonien, Rumänien, Montenegro
Büroleitung: Krunoslav Stojaković, seit September 2022: Maria Oshana
www.rosalux.rs

ORTSKRAFTBÜRO BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Sitz: Tuzla/Bosnien und Herzegowina
Gründungsjahr: 2020
Projektländer: Bosnien und Herzegowina, Albanien, Kosovo
Büroleitung: Krunoslav Stojaković, seit September 2022: Maria Oshana
www.facebook.com/RLSTuzla

OSTMITTELEUROPA

Sitz: Warschau/Polen
Gründungsjahr: 2003
Projektländer: Polen, Litauen, Lettland, Estland
Büroleitung: Holger Politt, seit September 2022: Achim Kessler
www.rls.pl

MITTELEUROPA



Sitz: Prag/Tschechien
Gründungsjahr: 2018
Projektländer: Tschechien, Slowakei, Ungarn
Büroleitung: Joanna Gwiazdecka
<https://rosalux.cz>

WESTEUROPA



Sitz: Brüssel/Belgien
Gründungsjahr: 2008
Projektländer: Belgien, Niederlande, Frankreich, Italien, Österreich, Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen, Island
Büroleitung: Anna Schröder
www.rosalux.eu

DIALOGPROGRAMM HANDEL UND WIRTSCHAFT

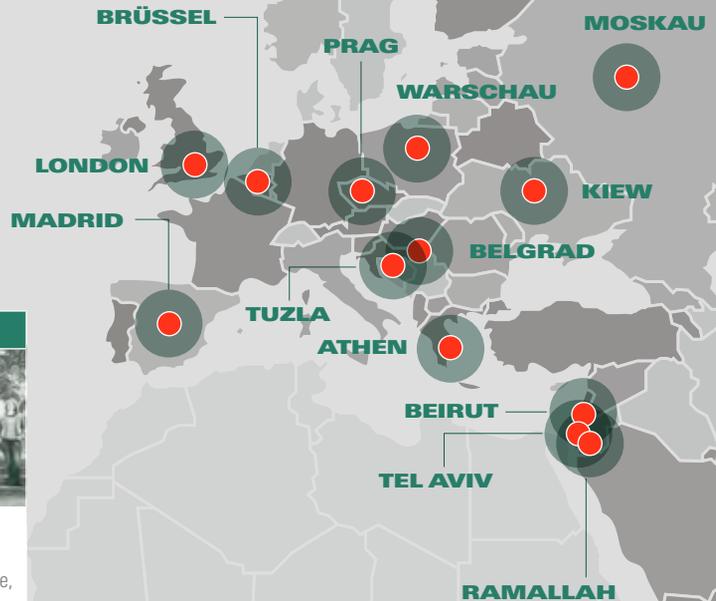
Sitz: Brüssel/Belgien (im Regionalbüro)
Gründungsjahr: 2018
Programmländer: weltweit (Schwerpunkt: Europa und EU-Handelsbeziehungen)
Programmleitung: Arif Rüzgar
www.rosalux.eu

ORTSKRAFTBÜRO SPANIEN UND PORTUGAL

Sitz: Madrid/Spanien
Gründungsjahr: 2017
Projektländer: Spanien, Portugal
Büroleitung: Anna Schröder
www.rosalux.eu

UKRAINE

Sitz: Kiew/Ukraine
Gründungsjahr: 2016
Projektländer: Ukraine, Moldau
Büroleitung: Ivo Georgiev
<http://rosalux.org.ua/de/>



GRIECHENLAND

Sitz: Athen/Griechenland
Gründungsjahr: 2012
Projektländer: Griechenland, Mittelmeerregion
Büroleitung: Maria Oshana, seit März 2022: Friedrich Burschel
<http://rosalux.gr/de>

VEREINIGTES KÖNIGREICH UND IRLAND



Sitz: London/Großbritannien
Gründungsjahr: 2019
Projektländer: Vereinigtes Königreich, Irland
Büroleitung aus Berlin: Johanna Bussemer
www.rosalux.eu/en/topic/1567_rls-office-london.html

DIALOGPROGRAMM OSTEUROPA

Im April 2022 Entzug der Registrierung für das Büro Moskau durch russische Behörden, derzeit wird die Arbeit aus Berlin fortgesetzt; voraussichtlich ab Herbst 2023 nimmt das Büro seine Arbeit in Wien auf.
Gründungsjahr: 2003
Projektländer: Russland, Belarus, Georgien, Armenien, Aserbaidshan
Büroleitung: Joanna Gwiazdecka
www.rosalux.de/stiftung/zid/europa/osteuropa

REFERAT WESTASIEN

ISRAEL



Sitz: Tel Aviv/Israel
Gründungsjahr: 2009
Projektland: Israel
Büroleitung: Markus Bickel,
seit März 2023 Gil Shohat
www.rosalux.co.il

PALÄSTINA UND JORDANIEN



Sitz: Ramallah/Palästina
Gründungsjahr: 2008
Projektländer: Palästinensische
Gebiete, Jordanien
Büroleitung: Karin Gerster
www.rosalux.ps

LIBANON, SYRIEN, IRAK



Sitz: Beirut/Libanon
Gründungsjahr: 2017
Projektländer: Libanon, Syrien, Irak,
Iran, Jemen, Saudi-Arabien, Katar
Büroleitung: Miriam Younes,
seit Februar 2022: Tanja Tabbara
www.rosalux-lb.org

REFERAT ASIEN

CHINA



Sitz: Peking/China
Gründungsjahr: 2008
Projektland: China
Büroleitung: Jan Turowski
www.rosalux.de

SÜDASIEN



Sitz: Neu-Delhi/Indien
Gründungsjahr: 2010
Projektländer: Indien, Nepal,
Bangladesch, Sri Lanka, Pakistan
Büroleitung: Nadja Dorschner
www.rosalux.in

SÜDOSTASIEN (BÜRO HANOI)



Sitz: Hanoi/Vietnam
Gründungsjahr: 2009
Projektländer: Vietnam, Kambodscha,
Laos, Myanmar, Thailand
Büroleitung: Philip Degenhardt, ab
September 2023: Stefan Mentschel
www.rosaluxhanoi.org

SÜDOSTASIEN (BÜRO MANILA)



Sitz: Manila/Philippinen
Gründungsjahr: 2019
Projektländer: Philippinen,
Indonesien, Malaysia
Büroleitung: Liliane Danso-Dahmen
www.rosalux.de

ZENTRALASIEN



Sitz: Almaty/Kasachstan
Gründungsjahr: 2018
Projektländer: Kasachstan, Kirgis-
tan, Tadschikistan, Usbekistan
Büroleitung: Marlies Linke
www.rosalux.de



GEFÖRDERTE PROJEKTE

Über die externe Projektförderung kooperiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit verschiedenen Trägern politischer Bildung in allen Bundesländern. Im Jahr 2022 erreichten uns zahlreiche Förderanfragen und insgesamt 204 Anträge. Wir haben die externe Projektförderung im letzten Jahr umstrukturiert. Eingehende Projektanträge werden nun nicht mehr monatlich, sondern einmal im Quartal beraten und bewilligt. Außerdem haben wir die maximale Fördersumme für die reguläre Projektförderung auf 2.000 Euro für Einzelprojekte erhöht. Und zum ersten Mal haben wir einen Teil der Projektförderungssumme gezielt thematisch ausgeschrieben: Unter dem Themenschwerpunkt «Solidarität bilden. Wie geht soziale Gerechtigkeit in der Krise?» konnten sich im letzten Quartal 2022 Projekte bewerben, die inhaltlich passende Formate für das Jahr 2023 planen.

Insgesamt förderten wir im vergangenen Jahr 68 Projekte. Davon betreuten 27 Projekte die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort. Es wurden somit deutlich weniger Projekte als im Vorjahr gefördert, diese jedoch mit einer im Schnitt höheren Fördersumme. 200.584 Euro wurden eingesetzt, davon konnten die Landesstiftungen 50.000 Euro direkt für die Projektförderung verwenden.

Zwei Großprojekte wurden mit insgesamt 70.000 Euro (35 Prozent des Gesamtbudgets) unterstützt:

- drei Projekte der Linken Medienakademie e. V.: der Mitmachkongress «Skillshare in Bewegung», das Bildungsangebot «Mediensprechstunde» sowie der Online- und Hybridkongress «LiMA #Echotest – say it loud!» – 60.000 Euro
- Frauensommerakademie* e. V.: Feministische Sommerakademie* 2022 «feminist d*anger» – 10.000 Euro

Sechs Vorhaben wurden mit Beträgen zwischen 5.000 und 10.000 Euro gefördert, 18 Projekte mit Beträgen zwischen 2.000 und 4.999 Euro, 37 mit Beträgen zwischen 1.000 und 1.999 Euro und drei Projekte mit Beträgen zwischen 500 und 999 Euro.

EIN EINBLICK IN DIE BANDBREITE DER PROJEKTFÖRDERUNG

Im vergangenen Jahr 2022 wurden Projekte zu unterschiedlichsten Themen und mit verschiedenen Formaten und Zielgruppen gefördert. Im Folgenden stellen wir drei von ihnen exemplarisch vor:

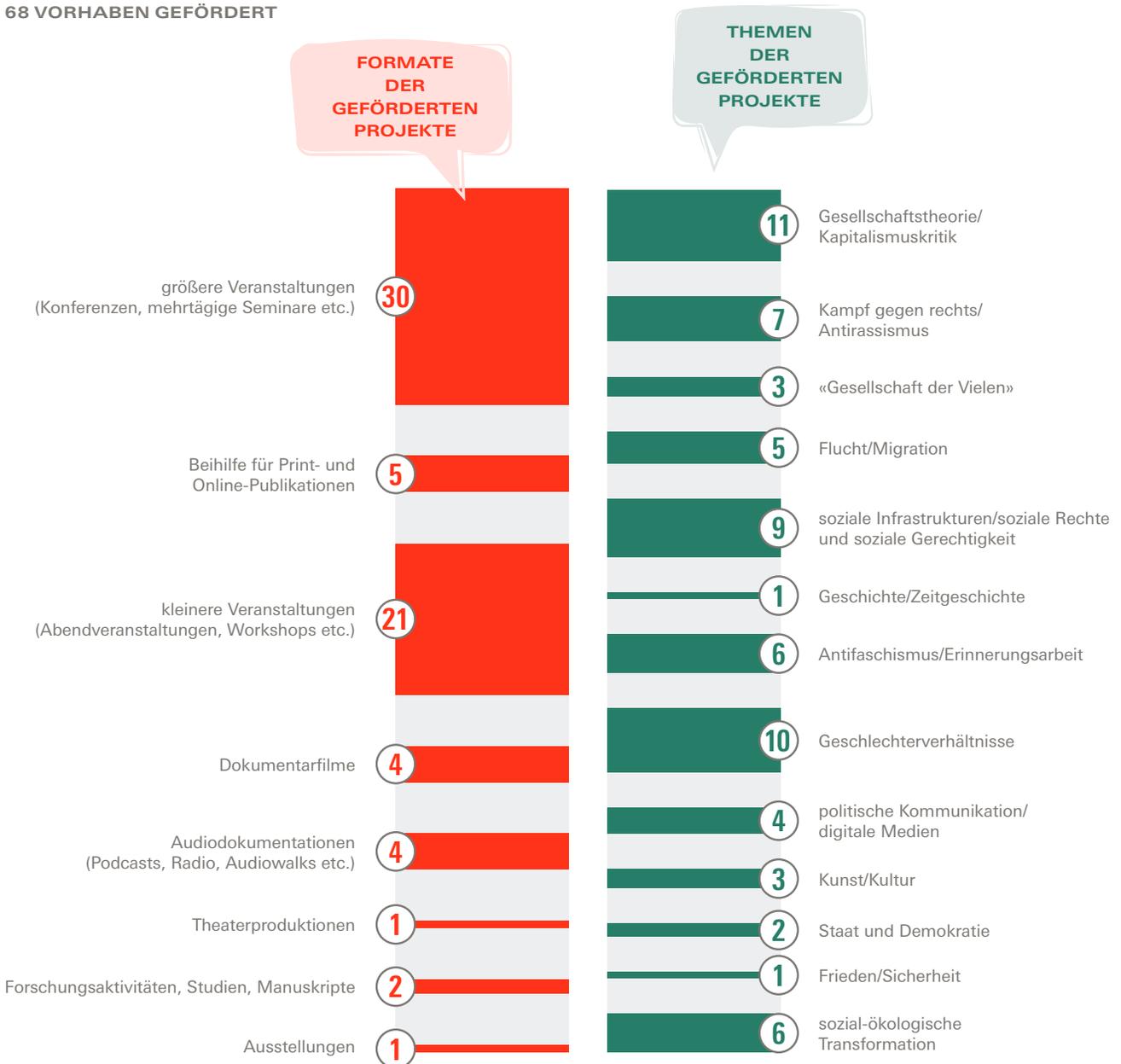
GRUPPE FÜR STADTTTEILGESUNDHEIT UND VERHÄLTNISPRÄVENTION E. V.: «COMSURVED – COMMUNITY HEALTH SURVEY AUF DER VEDDEL», HAMBURG – 4.000 EURO

Gefördert wurde eine Workshop-Reihe im Rahmen des Forschungsprojekts «Leben und Gesundheit auf der Veddel». Gesundheitschancen und Krankheitsrisiken sind stark von sozialen Lebensbedingungen bestimmt, wenngleich es dazu noch wenige Daten auf lokaler Ebene gibt. Dies gilt auch für den Hamburger Stadtteil Veddel, der von struktureller Benachteiligung betroffen ist.

Ziel des Projekts war es, auf Augenhöhe mit den Bewohner*innen die gesundheitliche und soziale Situation der Menschen im Stadtteil zu erheben. In den Workshops wurden

Interviewer*innen geschult, die anschließend die Befragung in Veddel durchführten. Die Interviewteams setzten sich aus Mitgliedern der Poliklinik Veddel und Einwohner*innen aus dem Stadtteil zusammen. Zudem wurde in den Workshops gemeinsam ein Verständnis für die ganzheitlich-sozialpolitische Dimension von Gesundheit entwickelt. Im Anschluss an die Interviews sollen die erhobenen Daten ausgewertet werden, um daraus Forderungen und Vorschläge für Präventionsmaßnahmen und konkrete Gesundheitsprogramme im Stadtteil abzuleiten.

IM JAHR 2022 HAT DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG 68 VORHABEN GEFÖRDERT





Abendstimmung auf dem Festivalgelände in Neubrandenburg.

BUNDJUGEND MV E. V.: «DIY-OR-DIE» FESTIVAL, AUGUST 2022 IN NEUBRANDENBURG – 1.500 EURO

Im Sommer 2022 wurde es wieder heiß in Neubrandenburg. Aber statt sich von der kleinstädtischen Lethargie beeindruckt zu lassen, wagte sich eine Gruppe junger Menschen der BUNDjugend Neubrandenburg und Sympathisant*innen frei nach dem Motto «do it yourself» an die Festivalplanung. Entstanden ist ein Mikrofestival mit Workshops, Verpflegung und Abendprogramm. Im Grün einer Kleingartenanlage kamen an einem Wochenende im August mehr als 120 interessierte junge Menschen zusammen, um sich über politischen Aktivismus und nachhaltigeres Leben zu informieren und auszutauschen und sich im Bedrucken der eigenen Klamotten sowie der Herstellung von eigener Kosmetik aus Naturmaterialien zu üben. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung trug durch die finanzielle Unterstützung mehrerer Workshops zum Gelingen des Programms bei. In einem 22 Seiten starken Reader zu den Workshop-Inhalten sowie mit praktischen Rezepten und Impressionen vom Festivalgeschehen sind die Ergebnisse des Wochenendes festgehalten.

Die BUNDjugend MV erhielt während der Veranstaltung positives Feedback für die Erschließung der Infrastruktur in der Gartenanlage, die Verpflegung, das breite Workshop-Angebot und den niedrigschwelligen Zugang zu den Angeboten. In Zukunft sollen die Veranstaltungen barrierefreier für Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung und für geflüchtete Menschen gemacht werden, zudem sollen die Interessen von FLINTA-Personen stärker in den Fokus genommen und geschützt werden.

KOMMUNAL E. V.: ERSTELLUNG VON BEGLEITMATERIAL ZUM FILM «NAH DRAN» ÜBER RECHTE FRAUEN, BERLIN – 2.000 EURO

«NAH DRAN» ist ein Animationsfilm über Frauen in der Neuen und extremen Rechten. Der 40-Minuten-Film soll in der politischen Bildungsarbeit gegen rechts eingesetzt werden – sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Kontext. Durch die externe Projektförderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte Begleitmaterial für pädagogische Fachkräfte erstellt werden, um so die Arbeit mit dem Film zu komplettieren. Das Material umfasst eine inhaltliche Einbettung für Lehrkräfte und Gruppenleiter*innen sowie Arbeitsmaterialien mit konkreten Diskussionsaufgaben und Denkanstößen für die ganze Gruppe.

In der Handreichung werden, ausgehend von einer Analyse der zentralen Inhalte des Films, Themen wie Ausbreitung rechter Denk- und Handlungsmuster, Geschlecht, rechte Ideologie und rechte Akteure dargestellt, zentrale Begriffe erklärt sowie Handlungsoptionen gegen rechte Gewalt herausgearbeitet. Damit lädt das Bildungsmaterial dazu ein, über den Film ins Gespräch zu kommen und sich auch über persönliche Erfahrungen und vor allem über mögliche Umgänge mit rechten Ideologien im eigenen Umfeld auszutauschen.

.....
 Der Film «NAH DRAN» mitsamt Handreichung wird kostenlos auf www.nahdran-film.de zur Verfügung gestellt.

Mit elf Projekten waren Vorhaben zum Themenfeld Gesellschaftstheorie/Kapitalismuskritik am stärksten vertreten. Einige Beispiele der geförderten Projekte:

- Subbotnik e. V.: «Kantine Gramsci», Theoriefestival, August 2022 in Chemnitz – 5.000 Euro
- Münchner Gesellschaft für dialektische Philosophie e. V.: «Privateigentum auf dem Prüfstand», Vortragsreihe, September 2022 in München – 800 Euro
- Internationale Peter-Weiss-Gesellschaft e. V.: «Der Störfall Peter Weiss», Tagung, Mai 2022 in Potsdam – 1.700 Euro
- Forschungs- und Informationsstelle beim BdWi e. V.: «Klimakrise und Wissenschaft», Herbstakademie, September/Oktober 2022 in Werftpfuhl – 3.158 Euro

Mit zehn Projekten gehörte auch das Thema Geschlechterverhältnisse zu den Schwerpunkten der Projektförderung. Unter anderem förderten wir:

- Gen-ethisches Netzwerk e. V.: «Zwischen Ausbeutung und reproduktiver Freiheit. Feministische und kapitalismuskritische Perspektiven auf Eizelltransfer und «Leihmutterchaft»», Online-Veranstaltungsreihe, Oktober/November 2022 – 1.950 Euro
- Frauenrat Dest Dan e. V.: «Women Weaving Futures – The Revolution Is Female», Konferenz, November 2022 in Berlin – 1.286 Euro
- Smashed Candy e. V.: «Queer Area – Queeres Straßenfest 1.0», November 2022 in Leipzig – 1.750 Euro
- filmArche e. V.: «I'M NOT BITTER (I JUST WANT TO KILL YOU)», Animationsfilm, 2022, Berlin – 2.000 Euro

Mit neun Projekten war das Themenfeld soziale Infrastrukturen, soziale Rechte und soziale Gerechtigkeit in der Projektförderung vertreten, hier eine Auswahl:

- Solidarisches Gesundheitswesen e. V.: «Vernetzungstreffen der kritischen Mediziner*innen», November 2022 in Halle – 1.477 Euro
- Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen e. V.: «Europa in Bewegung – für gemeinsame soziale Standards», Fachtagung, Mai 2022 in Hannover – 3.253 Euro
- Plan:B e. V.: «Midragntas – ein queerer Blick auf Bürokratie und die Erfahrung der Migration», Videoreihe, 2022, Berlin – 1.500 Euro

Thematisch breit gefächert war die Unterstützung von Publikationen und Audiodokumentationen, hier eine Auswahl:

- Sächsischer Flüchtlingsrat e. V.: «Querfeld 2022 – Jahresmagazin des Sächsischen Flüchtlingsrats», Dresden 2022 – 2.000 Euro
- Corax e. V.: «Der Halle-Prozess: Hintergründe und Perspektiven», Band 2, Publikation, Halle 2022 – 2.000 Euro
- Plan:B e. V.: «Lernen aus der selbstorganisierten politischen Bildung. Ergebnisse der Bildungsarbeit des Bloque Latinoamericano Berlin zur Pädagogik der Unterdrückten

- und gewerkschaftlichen Organisation», Broschüre, Berlin – 2.000 Euro
- Goase e. V.: «Geschichtete Erinnerungen», Hörspaziergang, Dezember 2022, Leipzig – 1.400 Euro
- R.A.D.I.O. e. V.: «Realitycheck(chen)», Produktion von Radiobeiträgen zu Antirassismus, Dezember 2022, Nürnberg – 1.830 Euro

Viele Projekte wurden von den Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort betreut. Durch die Kontaktvermittlung und die lokale Kooperation wird die Vernetzung von Akteuren politischer Bildungsarbeit bundesweit gefördert. Hier einige Beispiele:

- Werkstatt Ethnologie Berlin e. V.: «Wohnen und Gender: Warum die Berliner Wohnungskrise ein feministisches Anliegen ist», Wochenendseminar, Juni 2022 in Berlin – 1.200 Euro
- Gutshaus Hermannshagen e. V.: «FLINTA*-Baustelle reisender Handwerkerinnen* 2022 in Hermannshagen», Mai 2022 in Hermannshagen – 2.000 Euro
- Bayerischer Flüchtlingsrat e. V.: «Rage against Abschiebung 2022 – Geht's noch?! Push back racism – not people!», Oktober 2022 in München – 800 Euro
- Subkultur Schopfheim e. V.: «Theateraufführungen während des Musik-Kultur-Polit-Festivals (HOLZROCK Open Air 2022)», Juli 2022 in Schopfheim – 2.000 Euro
- Frauen helfen Frauen e. V.: «Was ich anhatte ... – Wanderausstellung zum Thema sexualisierte Gewalt gegen Frauen», April bis November 2022 in Nordrhein-Westfalen – 1.500 Euro

Über die Projektförderung wurde 2022 ein breites Spektrum linker Themen mittels unterschiedlicher Formate der politischen Öffentlichkeit angeboten. Die geförderten Vorhaben kompletieren das Stiftungsangebot politischer Bildung thematisch, regional und zielgruppenspezifisch.

Szene aus dem Animationsfilm «NAH DRAN».





Am 10. November 2022 wurde in Berlin feierlich der Hans-und-Lea-Grundig-Preis verliehen. Die Künstler*innen Rajkamal Kahlon (Berlin), Rudolf Herz (München) und Natacha Nisic (Paris) sowie die Kunsthistorikerin Dorothea Schöne (Berlin) nahmen die Auszeichnung vor rund 50 Gästen aus den Händen von Vorstandschefin Dagmar Enkelmann und Geschäftsführerin Daniela Trochowski sowie den Juryvorsitzenden Rosa von der Schulenburg und Eckhart Gillen entgegen.

Bei der anschließenden Eröffnung der Ausstellung «Kunst als Widerspruch» im Foyer gab Kurator Oliver Sukrow einen Einblick in Leben und Werk des namensgebenden antifaschistischen Künstlerpaars. Erstmals ausgestellt waren Reproduktionen aus der Greifswalder Grafiksammlung von Lea Grundig.





HEIKE RUSCHMEYER
BILDUNGS KLINGEL 2017

Die Heike Ruschmeyer ist eine der besten Musikerinnen der Welt. Sie hat sich in den letzten Jahren als eine der besten Musikerinnen der Welt etabliert. Sie hat sich in den letzten Jahren als eine der besten Musikerinnen der Welt etabliert. Sie hat sich in den letzten Jahren als eine der besten Musikerinnen der Welt etabliert.

Die Heike Ruschmeyer ist eine der besten Musikerinnen der Welt. Sie hat sich in den letzten Jahren als eine der besten Musikerinnen der Welt etabliert. Sie hat sich in den letzten Jahren als eine der besten Musikerinnen der Welt etabliert.

HEIKE RUSCHMEYER
BILDUNGS KLINGEL 2017

Die Heike Ruschmeyer ist eine der besten Musikerinnen der Welt. Sie hat sich in den letzten Jahren als eine der besten Musikerinnen der Welt etabliert. Sie hat sich in den letzten Jahren als eine der besten Musikerinnen der Welt etabliert.

Die Heike Ruschmeyer ist eine der besten Musikerinnen der Welt. Sie hat sich in den letzten Jahren als eine der besten Musikerinnen der Welt etabliert. Sie hat sich in den letzten Jahren als eine der besten Musikerinnen der Welt etabliert.



CENTER FOR DOCUMENTARY ARCHITECTURE (CDA)

KUNSTVERMITTLUNG 2015

«Aus dem zweiten Leben. Dokumente vergessener Architekturen» ist ein kollektives Forschungs- und Filmprojekt, das 2014 an der Bauhaus-Universität Weimar von den Professor*innen Ines Weizman und Wolfgang Kassel mit weiteren Lehrenden sowie Studierenden der Fakultäten Architektur und Medien erarbeitet wurde. Im Mittelpunkt historischer Recherchen standen neun vertiefende Studien zu deutsch-jüdischen Exilarchitekt*innen. Das Projekt begann mit einer zehntägigen Studienreise nach Israel und in das Westjordanland. Die Arbeiten – darunter mehrere Filme von etwa 25 Minuten Länge – wurden schließlich in einer Ausstellung präsentiert.



Mitglieder des CDA Teams mit Ines Weizman (2. von links) und Wolfgang Kassel (3. von rechts) im November 2014

Das Vorhaben stellt ein gelungenes Experiment in der universitären Lehre und Forschung dar: Jungen Filmemacher*innen und Künstler*innen wird eine intensive Auseinandersetzung mit Architektur ermöglicht, Architekturstudent*innen erlernen das Filmemachen.

Die kollektive Arbeit erlaubte eine besondere Art der Aneignung der Geschichte, bei der ein weitreichendes wissenschaftliches Netzwerk entstand, das auf intensiven Recherchen in verschiedenen Archiven und Sammlungen und auf Zeitzeug*innengesprächen beruhte.

Cover der Ausstellungskataloge des Bauhaus-Universitäts Weimar

AUS DEM ZWEITEN LEBEN

Dokumente vergessener Architekturen



«Das Projekt versteht Architektur nicht nur als baulich umfassten Raum, sondern in erster Linie als soziale, politische und lebensweltliche Kategorie [...] Durch diese differenzierten Perspektiven, die sich unter anderem auch in der formalen und medialen Vielfalt der Ausstellungsbeiträge widerspiegeln, gelingt es [...], die Dynamiken und Komplexitäten des «Systems Architektur» zu veranschaulichen.»

Aus der Laudatio von Oliver Sukrow, gehalten am 26. November 2015 in der Berlinischen Galerie

AFRAA BATOUS

BILDENDE KUNST 2017



In ihrem Dokumentarfilm «Skin» (2015, 85 Min.) erzählt Afraa Batous am Beispiel von Freunden aus einer Theatergruppe von den Hoffnungen und Träumen einer jungen syrischen Generation, dem kriegsbedingten Scheitern der Zukunftspläne in der Heimat, dem Aufbruch ins Ungewisse und dem Leben im Würststand des Exils.

Der Film setzt ein mit einem an Heiner Müller gerichteten inneren Monolog und arbeitet mit dem

Montageprinzip. Dokumentarmaterial und eigene filmische Beobachtungen im sich verändernden Außenraum werden kurzgeschlossen mit intimen Sequenzen aus dem Alltag von Hussein, dem Brandredner, Souhbi, einem eher unpolitischen, trinkfrudigen Künstler, sowie Afraa selbst als zurückhaltend verbindender und zugleich katalytischer Figur. Die drei hatten in Aleppo die Auf-führung von Heiner Müllers «Hamletmaschine» vorbereitet, doch der Krieg machte ihre Pläne



«Die Protagonisten sind keine Helden. Ihr Reden und Tun mit den Selbstzweifeln und Hader, der hilflosen Wut und handlungsarmen Leerläufen berührt aber gerade dadurch so stark und bringt einem die Katastrophe des Krieges in Syrien näher als Nachrichtenmeldungen dies vermögen. Ein Film, der unter die Haut geht.»

Aus der Laudatio von Rosa von der Schöneburg, gehalten am 8. Dezember 2017 im Albertinum/Städtische Kunstsammlungen Dresden

zunichte. Die in jeder Hinsicht katastrophalen Verwüstungen können die drei jungen Theatermacher*innen nicht wirklich mit dem Weggang aus der Heimat hinter sich lassen.

Der Krieg ist auch im Exil präsent, hat die äußerlich friedliche neue Alltagswelt kontaminiert. Batous arbeitet mit ästhetischen Mitteln, die die äußeren wie inneren Konflikte in ihrer verstörenden Vieldeutigkeit zeigen, die Frage nach dem richtigen Handeln umkreisen und die Konflikte nicht in eindeutigen Antworten auflösen.

Illustration von der Künstlerin Afraa Batous, 2016





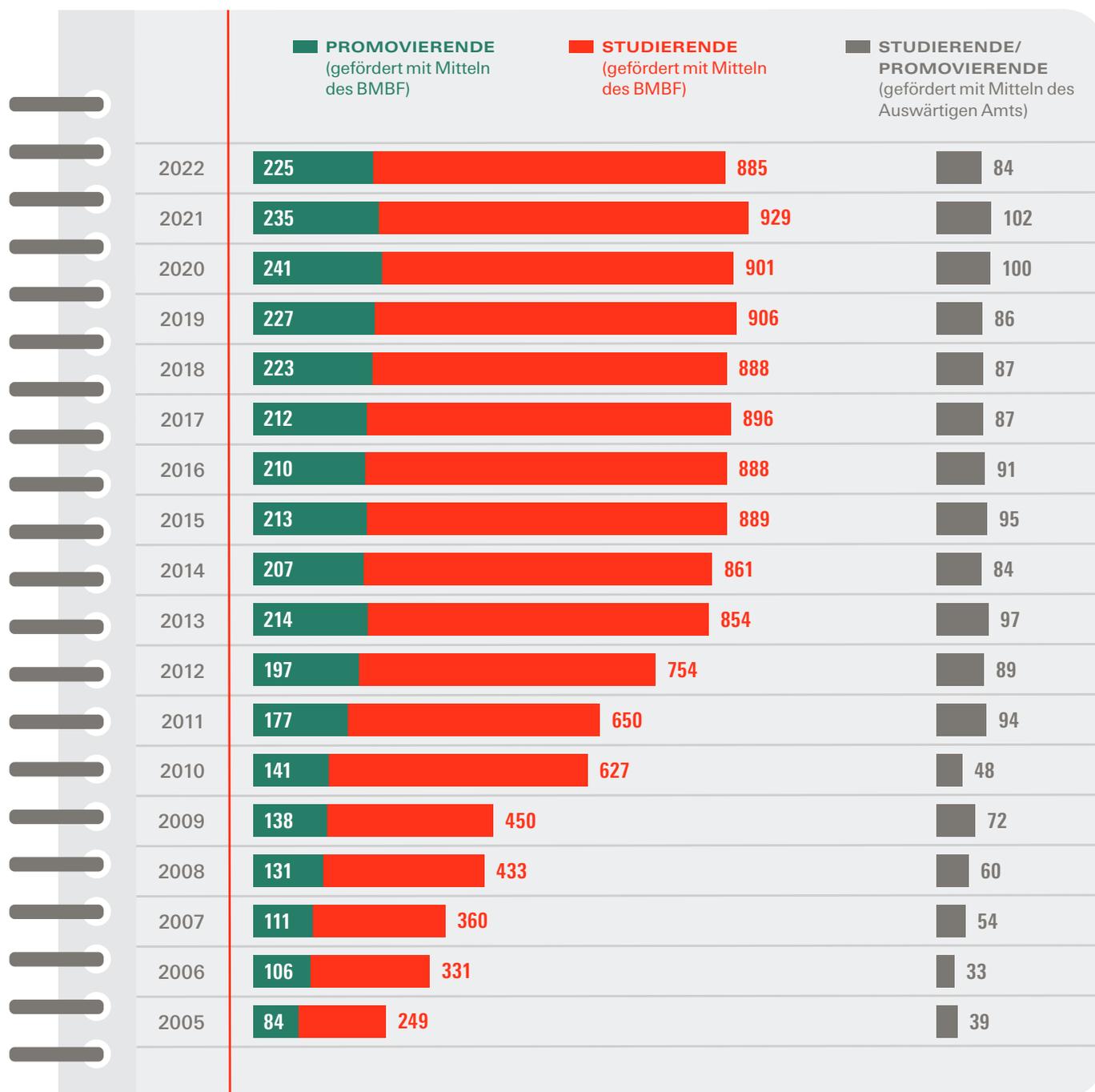
STUDIENWERK

Das Studienwerk hat die Aufgabe, den akademischen linken Nachwuchs zu fördern. Dazu gehören die Auswahl, Begleitung, Beratung und politische Bildung der Stipendiat*innen. Der Fokus der Förderung liegt auf denjenigen, die von strukturellen Bildungsungleichheiten besonders betroffen sind.

Nach langer pandemiebedingter Pause konnten 2022 endlich wieder zahlreiche Veranstaltungen analog stattfinden wie zum Beispiel die Klausur der Vertrauensdozent*innen, das Ehemaligentreffen und die Einführungsseminare. Zusätzlich zu den Jahr für Jahr wiederkehrenden Veranstaltungen haben wir 2022 einen unserer thematischen Arbeitsschwerpunkte auf die Auseinandersetzung mit der sozial-ökologischen Krise gelegt. Im Rahmen dieser Schwerpunktsetzung sind vor allem die Veranstaltungen des Graduiertenkollegs in Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht hervorzuheben (siehe dazu das folgende Interview) und der Bildungsaustausch mit jungen Wissenschaftler*innen aus Vietnam: Im Herbst 2022 kamen zum Thema «sozial-ökologische Herausforderungen Vietnam–Deutschland» zwölf Studierende bzw. Promovierende aus Vietnam mit zwölf (Promotions-) Stipendiat*innen der Stiftung in Deutschland zusammen. Bei gemeinsamen Exkursionen zu verschiedenen Orten in Berlin, Brandenburg, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern diskutierten sie Fragen der sozial-ökologischen Transformation in aktivistischer, wissenschaftlicher und politischer Hinsicht – unter besonderer Berücksichtigung der jeweils unterschiedlichen Länderperspektive. Der zweite Teil des Austauschs, die Bildungsreise nach Vietnam, ist für das Frühjahr 2023 geplant.

Vom 29. August bis 4. September 2022 fand in Heidelberg die zweite Sommerakademie der Begabtenförderwerke statt, die in den beiden Vorjahren pandemiebedingt abgesagt werden musste. Die Sommerakademie «Demokratie gestalten!» steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, wird gemeinsam von den 13 Begabtenförderwerken getragen und durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Ziel der Sommerakademie, die sich an rund 200 Stipendiat*innen aller 13 Begabtenförderungswerke richtet, ist der fachübergreifende Dialog zum gegenwärtigen Stand der Demokratie und ihrer Entwicklung in einer sich stark wandelnden Welt. Unter Federführung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung lud das breit ausgerichtete Seminar- und Rahmenprogramm die Stipendiat*innen dazu ein, verstärkt Impulse für ein positiv konnotiertes Demokratieverständnis zu setzen. Erstmals beteiligte sich 2022 auch die Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung an der Sommerakademie.

ENTWICKLUNG BEI DEN GEFÖRDERTEN



Eines hat sich im Jahr 2022 allerdings nicht geändert: Unsere Arbeit – sowohl die Auswahl als auch die Begleitung der Stipendiat*innen während des Studiums oder der Promotion – wäre ohne die Unterstützung der für uns ehrenamtlich tätigen etwa 200 Vertrauensdozent*innen nicht möglich. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich über die Stiftung hinaus in Deutschland inzwischen ein großes und weit-

verzweigtes linkes akademisches Netzwerk entwickelt hat. Wir möchten ihnen durch die Nennung ihrer Namen für ihr unverzichtbares Engagement für das Studienwerk danken. Darüber hinaus freuen wir uns über unsere Ehemaligenarbeit und hoffen, dass sich aus der kurz vor der Veröffentlichung stehenden zweiten Ehemaligenstudie eine neue Dynamik entwickelt.



Die Ehemaligenarbeit des Studienwerks fördert die Vernetzung der Alumni – sowohl mit der Stiftung als auch untereinander.

ZWEITE EHEMALIGENSTUDIE

RÜCKENWIND FÜR DIE ARBEIT DES STUDIENWERKS

Im Sprachgebrauch der Stiftung werden die weit über 3.000 ehemaligen Stipendiat*innen häufig als «Schatz» bezeichnet, der wahlweise gehegt und gepflegt oder erst noch gehoben werden soll. Um das zu tun, müssen wir viel mehr über sie und ihre (Lebens-)Wege erfahren.

Im Jahr 2012 haben wir zum ersten Mal hingeschaut und eine erste Studie in Auftrag gegeben. Die seither deutlich gestiegene Anzahl an Stipendiat*innen und Ehemaligen, neue Förderinstrumente und vor allem der nun mögliche Langzeitblick machten eine zweite Erhebung attraktiv. Wir beauftragten ein Team der Technischen Universität Dresden, durch eine Befragung der Ehemaligen in Erfahrung zu bringen, wie die Förderung *subjektiv* erlebt wurde und welche *objektiven* Erfolge sie zeitigt; wo unsere Ehemaligen heute stehen, auf welchen Wegen sie dorthin gelangt sind und ob wir sie mit unseren Angeboten weiterhin erreichen. Zu den Forschungsfragen gehört darüber hinaus, wie diese Entwicklungen und Erfahrungen vor dem Hintergrund der spezifisch linken Förderziele des Studienwerks zu bewerten sind: Welchen Beitrag leistet unsere Förderung tatsächlich zum Abbau von Benachteiligungen? Erreichen wir wirklich die Gruppen, die wir anvisieren: linkspolitisch Engagierte ebenso wie Menschen, für die aufgrund verschiedenster Merkmale höhere Bildungsabschlüsse nicht selbstverständlich sind, weil sie zum Beispiel nicht dem Bildungsbürgertum entstammen oder aus anderen

Gründen Diskriminierungserfahrungen machen? Und gelingt es uns, unsere (ehemaligen) Stipendiat*innen bei all ihrer Vielfalt und Divergenz miteinander und mit der Stiftung langfristig zu vernetzen? Kurz: Wie agiert das Studienwerk zwischen seiner rechtlichen Funktion als «linkes BAföG-Amt» und seinem Selbstverständnis als linker, solidarischer und kritischer Bildungsinstitution?

Die nun vorliegenden Ergebnisse sind auch ein Schatz – ein Datenschatz. Die Befunde geben der Arbeit des Studienwerks überwiegend Rückenwind und sie zeigen, wo es (noch) hakt. So sind über die Jahre die Fortschritte in der Förderung von Erstakademiker*innen immens, nicht zuletzt durch das auf diese Zielgruppe ausgerichtete Programm «Lux Like Studium». Ähnliches gilt für den Anteil an Migrant*innen und – etwas abgeschwächt – an Frauen (die nur leicht überrepräsentiert sind). Unsere Stipendiat*innen schließen fast alle erfolgreich ab, gelangen relativ schnell in angemessene berufliche Positionen und bleiben zu großen Teilen politisch aktiv. Schwieriger ist das Thema der langfristigen Bindung: Zwar ist das Interesse an der Arbeit der Stiftung und der Ehemaligenarbeit groß, doch zwischen Aufgeschlossenheit und tatsächlicher Beteiligung klafft eine große Lücke.

Der umfangreiche Datenbericht wird im Frühjahr 2023 online erscheinen. Ein Begleitband wird ausgewählte Befunde kritisch beleuchten, politisch und wissenschaftlich diskutieren und sie mit Ein- und Rückblicken sowie Porträts ehemaliger Stipendiat*innen verbinden. Wir können uns also auf ein Le-sebuch zu 25 Jahren Studienwerk freuen.

.....
 Weitere Informationen online unter: rosalux.de/alumni.

WISSENSCHAFT UND AKTIVISMUS

INTERVIEW MIT DER PROMOTIONSSTIPENDIATIN
 NINA SCHLOSSER

Zu welchem Thema promovierst du im Rahmen des Graduiertenkollegs «Krise und sozialökologische Transformation»?

Nina Schlosser: In meinem Promotionsvorhaben beschäftige ich mich mit der Ressourcendimension der Elektro-Automobilität. Genauer gesagt untersuche ich am chilenischen Fallbeispiel, welche sozioökonomischen, ökologischen und kulturellen Konsequenzen der Lithium-Extraktivismus zeitigt, der gegenwärtig etwa 80 Prozent des deutschen, ständig steigenden Bedarfs an Lithium für die ressourcenintensiven E-Autos deckt. Vor diesem Hintergrund versuche ich, die Akteure und ihre Interessen am Lithium-Extraktivismus zu identifizieren. Mich interessiert, mittels welcher diskursiven Strategien die herrschenden Kräfte inwieweit in der Lage sind, diese zu verallgemeinern und sogar als «grüne Lithium-Produktion» zu institutionalisieren. Auf der anderen Seite untersuche ich, inwieweit

es gegenhegemonialen Akteuren gelingt, den Prozess zur Konstituierung eines sich andeutenden (passiven) Lithium-Konsenses zu unterwandern, und welche Spannungen und Konflikte daraus resultieren.

Wie bist du zu deinem Promotionsthema gekommen?

Schlosser: Darüber bin ich im wahrsten Sinne des Wortes gestolpert. Als ich 2017 in Lyon studierte und auf den Spuren Antonio Gramscis durch die Stadt lief, musste ich über einen E-Tretroller steigen, der auf dem Gehweg herumlag. Daraufhin begann ich eine Recherche zu den Materialien und deren Stoffströmen, die ich im Rahmen meines Masterstudiums «Political Economy of European Integration» an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin fortführte. Dort schrieb ich schließlich auch meine Abschlussarbeit über die sozial-ökologischen Folgen der Elektro-Automobilität in Chile, die Markus Wissen damals betreute. Heute begleitet er gemeinsam mit Uli Brand mein Promotionsprojekt.

Zudem materialisiert sich mein wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn in aktivistischem Engagement. Wir bei der Berliner Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaft Klimagerechtigkeit der LINKEN kämpfen für eine radikale Mobilitätswende und somit für globale Gerechtigkeit. Mittels Aufklärung von Genoss*innen und der Zivilgesellschaft, linker Intervention und Bündnisbildung treiben wir eine Transformation von links unten voran, die auch von den Kämpfen in Chile inspiriert ist.

Warum liegt in diesem Kolleg die Betonung auf der sozial-ökologischen Transformation? Womit beschäftigen sich deine Kollegiat*innen?

Schlosser: Die ungleiche Verteilung der Folgen des kapitalistischen Systems zerstört soziale und ökologische Reproduktionsbedingungen und vertieft gleichzeitig hierarchische, patriarchale, koloniale sowie rassialisierte Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Die Mitglieder des Kollegs produzieren empirisches Wissen, das theoretisch reflektiert zeigt, wie diese vorherrschenden Produktions- und Konsummuster mittels einer radikalen Transformation überwunden werden können und wir Letztere als Aktivist*innen mitgestalten können: Ania Spatzier arbeitet zur feministischen Klimabewegung und engagiert sich auch als Feministin. Julian Niederhauser interessiert sich für antiökologische Mentalitäten vor dem Hintergrund des krisengeprägten gesellschaftlichen Klimas und ist lokalpolitisch in Wien bei LINKS aktiv. Carla Noever Castelos beschäftigt sich mit dem transformativen Potenzial von Anti-Lithium-Protesten in Spanien und macht mit dem I.L.A.-Kollektiv Bildungsarbeit für eine radikale Transformation. Friedemann Wiese nimmt die Arbeiter*innen im Tesla-Werk Grünheide in den Blick und engagiert sich im Zusammenhang ostdeutscher und migrantischer Arbeitskämpfe. Melissa Büttner wiederum analysiert emotionale Beharrungskräfte des Automobilismus im Kontext der Klimakrise. Und Nelo Schmalen arbeitet zu dekolonialen Stadtstrukturen in europäischen Hafenstädten und deren Bedeutung für aktuelle Stadt-



Nina Schlosser.

entwicklungsprozesse und engagiert sich in einer Initiative, die postkoloniale Stadtrundgänge in Flensburg durchführt.

Du bist als stipendiatische Vertreterin in der Steuerungsgruppe des Kollegs – was macht es so besonders?

Schlosser: Mit der Gründung des Kollegs im Jahr 2021 – initiiert von Markus Wissen, gemeinsam realisiert mit dem Studienwerk – entstand für uns Stipendiat*innen ein geschützter Raum. In den regelmäßigen Kolloquien stellen wir unsere Forschungsarbeit vor und zur Diskussion, sind transparent mit unserem gesellschaftspolitischen Engagement, denken und praktizieren mit den Betreuer*innen radikale Alternativen. Und all das zieht Assoziierte an, die das Kolleg bereichern. Zusammen haben wir es letztes Jahr im Rahmen einer (teil-)öffentlichen Veranstaltung eröffnet, bei der unter anderem Janine Wissler anwesend war. Dieses Jahr planen wir für Juni eine weitere Veranstaltung, und zwar an der Schnittstelle zwischen Aktivismus und den kritischen Sozialwissenschaften und in der Stiftung als Ort, wo kritisches, praktisches Wissen solidarisch produziert wird.

Das wäre in Institutionen wie der HWR so wahrscheinlich früher nicht möglich gewesen, wo ich während meines Studiums auch hochschulpolitisch aktiv war. Dass sie nun aber mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung kooperiert, zeigt auch, dass der Pessimismus des Wissens nicht dem Optimismus des Willens unterliegen darf, wie Gramsci vielleicht sagen würde. Er begleitet auch das Kolleg und leuchtet uns den Weg heraus aus der Krise, hin zu einer radikalen Transformation.

Dr. Werner Abel
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Friedemann Affolderbach
HTWK Leipzig, Soziale Arbeit

Prof. Dr. Ravi Ahuja
GAU Göttingen, Moderne indische Geschichte

Prof. Dr. Thomas Alkemeyer
Uni Oldenburg, Soziologie

Dr. Freia Anders
JGU Mainz, Geschichte

Prof. Dr. Jörg Arnold
MPI Freiburg, Strafrecht

Dr. Felix Axster
TU Berlin, Mittlere und neuere Geschichte

Dr. Dr. Dario Azzellini
Autonome Uni von Zacatecas, Mexiko, Soziologie

Prof. Dr. Kurt Bader
Psychologie

Dr.-Ing. André Baier
TU Berlin, Allgemeine Ingenieurwissenschaften

Dr. Nils Baratella
HS Düsseldorf, Philosophie

Prof. Dr. Klaus Bastian
HTWK Leipzig, Studium Fundamentale

Dr. Gisela Baumgratz
Intercultural Education

PD Dr. Johannes M. Becker
Uni Marburg, Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Lale Behzadi
Uni Bamberg, Arabistik

Prof. Dr. Bernd Belina
Uni Frankfurt a. M., Humangeographie

apl. Prof. Dr. Sebastian Berg
Uni Bochum, Anglistik

Dr. Peter Bescherer
FSU Jena, Soziologie

Prof. Dr. Henning Best
TU Kaiserslautern, Soziologie

Dr. Margrid Bircken
Literaturwissenschaft

Dr. Peter Birke
GAU Göttingen, Soziologie

Dr. Mai-Anh Boger
Uni Regensburg, Sonderpädagogik

Dr. Marcel Bois
FZH Hamburg, Neue Geschichte

Prof. Dr. Manuela Bojadzije
HU Berlin, Politikwissenschaft

Prof. Dr. Kemal Bozay
Uni Köln, Soziale Arbeit

Prof. Dr. Ulrich Brand
Uni Wien, Politikwissenschaft

Prof. Dr. Thomas Bremer
Uni Halle, Kulturwissenschaft

Prof. Dr. Micha Brumlik
SSZ Berlin, Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Hauke Brunkhorst
Uni Flensburg, Soziologie

Prof. Dr. Christian Brütt
HS Darmstadt, Soziale Arbeit

Prof. Dr. Michael Buckmiller
Gesellschaftswissenschaften

Dr. Zülfükar Çetin
EV HS Berlin, Soziologie

Dr. Georgia Christinidis
Uni Bochum, Kulturwissenschaft

Dr. Karin Cudak
Uni Flensburg, Gesellschaftswissenschaften

Dr. Philipp Dapprich
FU Berlin, Philosophie

Dr. Antonia Davidovic-Walther
Uni Heidelberg, Kulturanthropologie

apl. Prof. Dr. Alex Demirović
Uni Frankfurt a. M., Soziologie

Dr. habil. Christian Dietrich
EUV Frankfurt (Oder), Geschichte

Prof. Dr. Alexander Dietz
HS Hannover, Diakoniewissenschaft

Dr. Ina Dietzsch
Uni Marburg, Ethnologie

PD Dr. Kristin Eichhorn
Uni Paderborn, Neuere deutsche Literatur

Prof. Dr. Andreas Eis
Uni Kassel, Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Esra Erdem
ASH Berlin, Gesellschaftswissenschaften

Dr. Mechthild Exo
HS Emden/Leer, Soziale Arbeit

Prof. Dr. Karim Fereidooni
Uni Bochum, Sozialwissenschaft

Dr. Maja Figge
UDK Berlin, Medienwissenschaft

Prof. Dr. Andreas Fisahn
Uni Bielefeld, Rechtswissenschaft

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
Uni Kassel, Öffentliches Recht

Univ.-Prof. Dr. Peter Fleissner
TU Wien, Informatik

Dr. Fabian Frenzel
Uni Oxford, Gesellschaftswissenschaften

Dr. Jens Gaitzsch
LI Dresden, Chemie

Dr. Udo Gerheim
Uni Oldenburg, Bildungswissenschaft

Dr. Johanna Gold
Uni Bielefeld, Erziehungswissenschaften

PD Dr. Stefanie Graefe
FSU Jena, Soziologie

apl. Prof. Dr. Hermann-Josef Große Kracht
TU Darmstadt, Katholische Theologie

Prof. Dr. Encarnación Gutiérrez Rodríguez
Uni Frankfurt a. M., Soziologie

Dr. Noa Ha
DeZIM, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Felix Hanschmann
HS Hamburg, Öffentliches Recht

Dr. Johan Hartle
ABK Wien, Philosophie

Dr. Tino Heim
TU Dresden, Soziologie

Prof. Dr. Arne Heise
Uni Hamburg, Wirtschaftswissenschaft

Dr. Jutta Hergenhan
JLU Gießen, Politikwissenschaft

Dr. Cordelia Heß
Uni Greifswald, Geschichte

Prof. Dr. Sabine Hess
GAU Göttingen, Gender Studies

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Rainer-W. Hoffmann
GAU Göttingen, Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner
TU Wien, Informatik

Dr. habil. Martin Horsch
UKRI STFC, NMBU, Informatik

Dr. Anne Huffschnid
FU Berlin, Kulturwissenschaft

Prof. Dr. Philip Jaeger
TU Clausthal, Geothermie

Prof. Dr. Melanie Jaeger-Erben
BTU Cottbus, Technik- und Umweltsoziologie

PD Dr. Anne Maximiliane Jäger-Gogoll
Uni Marburg, Literaturwissenschaft

Dr. Carsten Jakobi
JGU Mainz, Literaturwissenschaft

Dr. Lisa Janotta
Uni Rostock, Soziale Arbeit

Dr. Alke Jense
Uni Freiburg, Soziologie

Dr. Petra Jung
Uniklinik Freiburg, Humanmedizin

Prof. Dr. Ingrid Jungwirth
HSRW Kleve, Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Olaf Kaltmeier
Uni Bielefeld, Geschichte

Dr. Florian Kappeler
Uni Wuppertal, Neuere deutsche Literatur

Prof. Dr. Juliane Karakayali
Uni Lüneburg, Gesellschaftswissenschaften

Dr. Serhat Karakayali
HU Berlin, Gesellschaftswissenschaften

Dr. Ismail Karatepe
Uni Kassel, Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Krause
FH Nordhausen, Automatisierungstechnik

Prof. Dr. Regina Kreide
JLU Gießen, Politikwissenschaft

Prof. Dr. Franz Kasper Krönig
TH Köln, Pädagogik

Dr. Timmo Krüger
Uni Weimar, Politikwissenschaft

Prof. em. Dr. Ingrid Kurz-Scherf
Uni Marburg, Gender Studies

Prof. Dr. Friederike Kuster
Uni Wuppertal, Philosophie

Dr. Rosa Lehmann
Uni Heidelberg, Politikwissenschaft

Prof. Dr. Thomas Lemke
Uni Frankfurt a. M., Soziologie

Prof. Dr. Stephan Lessenich
Uni Frankfurt a. M., Soziologie

Prof. Dr. Manfred Liebel
FH Potsdam, Bildungswissenschaft

Dr. Kolja Lindner
Uni Paris VIII, Politikwissenschaft

- Prof. Dr. Daniel Loick**
Uni Amsterdam, Philosophie
- Prof. Dr. Volker Lüderitz**
FH Magdeburg, Agrarwissenschaft
- Dr. Jens Maeße**
JLU Gießen, Gesellschaftswissenschaften
- Dr. Stefania Maffei**
EHS Dresden, Philosophie
- Prof. Dr. Kai Marquardsen**
FH Kiel, Soziologie
- Prof. Dr. Nadine Marquardt**
Uni Bonn, Humangeographie
- Prof. Dr. Angela Martini**
Slawistik
- Priv.-Doz. Dr. Reiner Marx**
Literaturwissenschaft
- Prof. Dr. Michael May**
HS Rhein-Main, Soziale Arbeit
- Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja**
GAU Göttingen, Soziologie
- Prof. Dr. Wolfgang Menz**
Uni Hamburg, Soziologie
- Dr. Jana Mikota**
Uni Siegen, Germanistik
- Prof. Dr. Matthias Naumann**
Geographie
- Prof. Dr. John P. Neelsen**
Uni Tübingen, Gesellschaftswissenschaften
- Dr. Filomain Nguemo**
Uni Köln, Neurowissenschaften
- Univ.-Prof. Dr. Roberto Nigro**
Uni Lüneburg, Philosophie
- Prof. Dr. Karoline Noack**
Uni Bonn, Sprach- und Kulturraumwissenschaften
- Dr. Salvador Oberhaus**
Geschichte
- Prof. Michaela Ott**
HFBK Hamburg, Ästhetische Theorien
- Prof. Dr. Christof Parnreiter**
Uni Hamburg, Geographie
- Prof. Dr. Marc Partetzke**
Uni Hildesheim, Politikwissenschaft
- Dr. Christian Paschke**
Uni Halle, Rechtswissenschaft
- Prof. Dr. Stefan Paulus**
FHS St. Gallen, Soziologie
- Prof. Dr. Martin Pinquart**
Uni Marburg, Psychologie
- Prof. Dr. Jan Pinseler**
FH Magdeburg, Kommunikationswissenschaft
- Dr. Kathrin Plank**
Uni Passau, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Andrea Plöger**
ASH Berlin, Kultur- und Medienpädagogik
- Dr. Matthias Rätzer**
Sozialwissenschaft
- Dr. habil. Jan Rehmann**
Uni New York, Philosophie
- Prof. Dr. Ursula Reitemeyer**
Uni Münster, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Tilman Reitz**
FSU Jena, Soziologie
- Prof. Dr. Steffi Richter**
Uni Leipzig, Japanologie
- Dr. Dominik Rigoll**
ZZF Potsdam, Geschichte
- Prof. Dr. Eckhard Rohrmann**
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Nikolai Roskamm**
FH Erfurt, Urbanistik
- Dr. Sven Rößler**
PHS Weingarten, Politische Bildung
- apl. Prof. Dr. Karla Rost**
TU Chemnitz, Mathematik
- Prof. Dr. Werner Ruf**
Gesellschaftswissenschaften
- Prof. Dr. Oliver Rump**
HTW Berlin, Museologie
- Prof. Dr. Ulrich Ruschig**
Uni Oldenburg, Philosophie
- Dr. David Salomon**
TU Darmstadt, Politikwissenschaft
- Dr. Martin Sauber**
Uni Hamburg, Wirtschaftswissenschaft
- Prof. Dr. Markus Sauerwein**
FH Nordhausen, Soziale Arbeit
- Dr. Wolfram Schaffar**
Uni Passau, Südasiawissenschaft
- Prof. Dr. Barbara Schäuble**
ASH Berlin, Soziale Arbeit
- Prof. Dr. Renatus Schenkel**
FH Magdeburg, Journalistik
- Prof. Dr. Ina Schildbach**
OTH Regensburg, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Jörg Schmidt**
HS Anhalt, Wirtschaftswissenschaft
- Dr. Imke Schmincke**
LMU München, Soziologie
- Prof. Dr. Lars Schmitt**
HS Düsseldorf, Soziologie
- Prof. Dr.-Ing. Volker Schöppner**
Uni Paderborn, Maschinenbau
- Prof. Dr. Andreas Schröder**
BTU Cottbus, Physik
- Dr. Jörg Schröder**
Uni Rostock, Sportwissenschaft
- Dipl. Klaus-Dieter Schubert**
Uni Halle, Verkehrswesen
- Prof. Dr. Erika Schulze**
FH Bielefeld, Soziologie
- Prof. Dr. Volker Schürmann**
DSHS Köln, Philosophie
- Dr. Francis Seeck**
FH Neubrandenburg, Soziale Arbeit
- Dr. Christian Seipel**
Uni Hildesheim
Gesellschaftswissenschaften
- Prof. Dr. Detlef Siegfried**
Uni Kopenhagen, Zeitgeschichte
- Dr. Alexander Silbersdorff**
GAU Göttingen, Statistik
- Prof. Dr. Hans-Dieter Sill**
Uni Rostock, Mathematik
- Dr. Robert Sommer**
HU Berlin, Geschichts- und Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. Ruth Sonderegger**
ABK Wien, Philosophie
- Prof. Dr. Susanne Spindler**
HS Düsseldorf, Soziologie
- Dr. Anja Steidinger**
HFBK Hamburg, Kunstpädagogik
- Prof. Dr. Chris Tedjasukmana**
JGU Mainz, Filmwissenschaft
- Dr. Angelika Timm**
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Patrizia Tolle**
FH Frankfurt a. M., Soziale Arbeit
- Dr. Ben Trott**
Uni Lüneburg, Philosophie
- Dr. Vassilis Tsianos**
FH Kiel, Philosophie
- Dr. Pinar Tuzcu**
Uni Kassel, Soziologie
- Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe**
Uni Potsdam, Soziologie
- Prof. Dr. Fabian Virchow**
HS Düsseldorf, Soziologie
- Univ.-Prof. Dr. Friedemann Vogel**
Uni Siegen, Germanistische Linguistik
- Prof. Dr. Janis Voigtländer**
Uni Duisburg, Informatik
- Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß**
HS Merseburg, Sexualwissenschaften
- Dr. Benjamin Wachtler**
RKI Berlin, Public Health
- Ass. Prof. Dr. Thomas Waitz**
Uni Wien, Medienwissenschaft
- Prof. Dr. Hans Walz**
HS Weingarten, Gesellschaftswissenschaften
- Prof. Dr. Klaus Weber**
FH München, Psychologie
- Prof. Dr. Martina Weber**
HS Emden/Leer, Gender Studies
- Prof. Dr. Barbara Wedler**
FH Mittweida, Gesellschaftswissenschaften
- Prof. Dr. Klaus Weinhauser**
Uni Bielefeld, Geschichte
- PD Dr. Wolfgang Weiß**
Uni Greifswald, Geographie
- Prof. Dr. Felix Wemheuer**
Uni Köln, Sinologie
- Dr. Christa Wichterich**
Soziologie
- Dr. Maria Katharina Wiedlack**
Uni Wien, Gender Studies
- Prof. Dr. Hanns Wienold**
Soziologie
- Dr. Kathrin Wildner**
HCU Hamburg, Urban Studies
- Prof. Dr. Werner Winzerling**
HS Filda, Informatik
- Prof. Dr. Markus Wissen**
HWR Berlin, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Dipl.-Psych. Markus Wöhr**
Uni Marburg, Psychologie
- Dr. Benedikt Wolf**
Uni Bielefeld, Germanistische Literaturwissenschaft
- Prof. Dr. Gabriel Wollner**
Uni Bayreuth, Philosophie
- Prof. Dr. Safiye Yildiz**
IUBH Köln, Pädagogik
- PD Dr. Aram Ziai**
Uni Kassel, Gesellschaftswissenschaften
- Dr. Birgit zur Nieden**
HU Berlin, Sozialwissenschaft

POLITISCHE KOMMUNIKATION

«Vieles ganz anders als geplant» – so könnte man das Jahr 2022 aus Sicht des Bereichs Politische Kommunikation zusammenfassen. Zu den anhaltenden Auswirkungen der Corona-Pandemie hat uns der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar vor neue Herausforderungen gestellt. Gemeinsam mit dem Zentrum für internationalen Dialog haben wir kurzfristig ein Online-Dossier mit Texten und Multimediabeiträgen aufgebaut und stetig aktualisiert. Es wurde bisher rund 40.000-mal besucht.

Überhaupt hat die digitale Kommunikation einen höheren Stellenwert bekommen. Immer mehr Menschen informieren sich über soziale Medien. Die Reichweite des im März 2021 gestarteten Instagram-Kanals ist 2022 um 82,6 Prozent gewachsen und hat 15.581 Follower*innen. Die 367 veröffentlichten Postings konnten 1.799.923 Impressionen generieren. Auch Facebook (84.770 Fans) und Twitter (38.717 Follower*innen) wachsen kontinuierlich. Im September ist TikTok als Projektkanal L!NX (1.112 Follower*innen) gestartet. Die zentrale Stiftungswebsite wurde 2,6 Millionen Mal besucht (+ 23,5% zum Vorjahr). Mit dem Theorie-Podcast «Too long, didn't read» (215.000 Downloads) zu Klassikern linker Theorie und dem Geschichts-Podcast «Rosalux History» (150.000 Downloads) verfügt die Stiftung über zwei reichweitenstarke Podcasts.

In der Pressearbeit hat sich die Nutzung sowohl schriftlicher als auch digitaler Angebote als gängige Praxis etabliert. Nach dem 24. Februar gab es großes Interesse an Informationen über Ursachen und Folgen des Kriegs sowie an Analysen der Gesellschaften und der Politik in Russland und der Ukraine. In vielen Interviews, TV- und Radioauftritten konnten Kolleg*innen der Stiftung eine linke Perspektive einbringen. Ein Highlight der Öffentlichkeitsarbeit war die im Vorfeld der Fußball-WM durchgeführte Speakers' Tour mit Arbeitern aus Katar, die ein enormes Medienecho hervorrief: mehr als 50 Interviews, zahlreiche Berichte in überregionalen Medien und TV-Sendern.

Eine neue Normalität ist in die Veranstaltungstätigkeit eingezogen. Von den 142 Veranstaltungen im vergangenen Jahr fand ein Drittel hybrid oder digital statt. Vor allem kleinere Abendveranstaltungen wie Buchvorstellungen, Diskussionen und Preisverleihungen zogen Besucher*innen an. Ein Höhepunkt war das Festival de:luX, mit dem wir unseren Stiftungssitz präsentiert haben.

87 Publikationen sind 2022 erschienen, 50 davon online. Mit den Online-Studien haben wir ein neues Format etabliert. Die Kurzstudien zu den Effekten einer Vergesellschaftung von Wohnungen in Berlin und «Wege aus dem Lehrkräftemangel» haben medial viel Aufmerksamkeit erregt. Und schließlich beteiligte sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung erfolgreich an der nach der Pandemie wieder stattfindenden Frankfurter Buchmesse.

BLACK EUROPE

Längst haben sich in den meisten europäischen Metropolen Schwarze bzw. «afroeuropäische» Communitys etabliert. Ihre Wurzeln reichen Jahrzehnte, manchmal gar Jahrhunderte zurück. Die Präsenz von Menschen, deren Vorfahren zumindest teilweise afrikanischer Herkunft sind, ist ein Teil europäischer Geschichte und Gegenwart.

Wann, wo und wie aber haben Schwarze Menschen in Europa begonnen, sich selbst zu organisieren? Die internationale Konferenz «Black Europe», die die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) gemeinsam vom 10. bis 12. Juni 2022 in Berlin ausgerichtet haben, ging dieser Frage auf den Grund. Dabei berichteten Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen aus acht europäischen Ländern vor mehr als 200 Gästen über die historischen Anfänge und die aktuelle Bedeutung Schwarzer Selbstorganisation in Europa.

Das Herz der Konferenz bildeten vier Panels, auf denen jeweils zwei Referent*innen über die Geschichte und Gegenwart Schwarzer Selbstorganisation berichteten. Den Anfang machten Zahra Dalilah aus dem Vereinigten Königreich und Yéra Dembele aus Frankreich. In beiden Ländern seien die antikolonialen Bewegungen der 1920er-Jahre von großer Bedeutung für die Selbstorganisation gewesen. Seit den 1960er-Jahren habe dann der Kampf für bessere Wohn-, Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie gegen Diskriminierung und Polizeigewalt im Mittelpunkt gestanden.

Auf dem zweiten Panel erläuterte Mandu dos Santos Pinto, dass Schwarze in der Schweiz erst in den frühen 1980er-Jahren begonnen hätten, sich selbst zu organisieren. Seitdem seien neue Gruppen entstanden, die alle Menschen afrikanischer Herkunft einbeziehen. Simon Inou referierte über die Situation in Österreich, wo die Selbstorganisation etwa zur gleichen Zeit begann, allerdings in Reaktion auf die rassistische Politik der rechtsradikalen FPÖ.

In Deutschland, so Karen Taylor, hob die Selbstorganisation Mitte der 1980er-Jahre mit der Gründung der Initiative Schwarze Deutsche an, wie die ISD anfangs hieß. Anschließend stellte Tade Omotosho die noch junge Selbstorganisation Schwarzer Menschen in Polen dar, wo es, gerade im Vergleich mit Westeuropa, nur eine kleine Schwarze Community gibt.

Faszinierend waren die Parallelen zwischen Portugal und den Niederlanden mit Blick auf die koloniale Vergangenheit und ihre Spuren in der Gegenwart. In beiden Ländern haben Schwarze sich bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts selbst organisiert. Wie Beatriz Gomes Dias (Lissabon) und Mitchell Esajas (Amsterdam) ausführten, standen dabei von Anfang an Rassismus und Diskriminierung, aber auch die Polizeigewalt im Mittelpunkt.

Der zweite Tag der Konferenz endete mit einem Panel zu den transatlantischen Einflüssen auf die afroeuropäische Selbstorganisation. Dabei erinnerte Marion Kraft an die bedeutende Rolle, die Audre Lorde für die Anfänge der Schwarzen Bewe-



Tade Omotosho sprach auf der Konferenz über die Schwarze Community in Polen.

gung in der Bundesrepublik gespielt hat. Britta Waldschmidt-Nelson von der Universität Augsburg ging auf die Beziehungen ein, die in den 1960er-Jahren zwischen Intellektuellen, Geistlichen und Aktivist*innen aus Deutschland und der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung entstanden sind. Abgerundet wurde die Konferenz durch ein Vernetzungstreffen der Aktivist*innen. Dabei wurde betont, wie groß der Mehrwert der Veranstaltung für die Teilnehmenden gewesen sei, und der Wunsch geäußert, den begonnenen internationalen Dialog fortzusetzen. Fest steht inzwischen, dass das Stiftungsbüro Brüssel 2024 eine Fortsetzung ausrichten wird.

REGER BETRIEB AM BUCHMESSESTAND

Auf der 74. Ausgabe der Frankfurter Buchmesse vom 19. bis 23. Oktober war auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung wieder vertreten. Projektleiterin Ulrike Hempel aus dem Referat Publikationen und die Frankfurter*innen Alexandra Colligs, Domenic Schmeißner, Frederik Fingerhut und Alex Tomanides präsentierten fünf Tage lang auf dem Stand in Halle 3.1 eine Auswahl der aktuellen Stiftungspublikationen.

Das neue Format «luxemburg beiträge» war ebenso Anlass für ausführliche Gespräche wie die schon eingeführten Schriftenreihen und die Ausgaben der Zeitschrift *LuXemburg*. Auf großes Interesse stieß das Bildungsmaterial «Feminist History Walk», ein Set aus 64 Karten als Entdeckungsreise durch die Geschichte feministischer Kämpfe, Debatten und Errungenschaften. Ziel der Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist es, emanzipatives Denken durch politische Bildung und gesellschaftskritische Analysen zu fördern und dadurch ökologische Veränderungen, kapitalismuskritische Gegenentwürfe und Ansätze für eine gerechte Gesellschaft anzustoßen.

Das Frankfurter Buchmesseprojekt ist eine Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Verlag Karl Dietz Berlin und der Tageszeitung *neues deutschland*, die sich schon in den letzten Jahren bewährt hat. Der Verlag war wieder mit ei-



Auf dem Buchmessestand der Stiftung: Ulrike Hempel mit dem Soziologen Christof Meueler.

nem ausgewählten Büchersortiment vertreten, Ausgaben der Zeitung sowie die nd-Literaturbeilage zur Frankfurter Buchmesse lagen am Stand aus.

Das Interesse der Fachbesucher*innen galt möglichen Kooperationen in den Bereichen Grafik, Design, Illustrationen, es gab Manuskriptangebote und Übersetzungsanfragen. An den für das Publikum offenen Tagen konzentrierten sich die Gespräche am Stand vor allem auf die Entwicklung der linken Bewegungen international und der LINKEN im Inland. Aber auch Diskussionen zum Stipendienprogramm der Stiftung und konkrete Publikationsvorschläge etwa zu Themen der queeren Community waren anregend.

Wie auf vielen Bühnen der Messe wurde auch an unserem Stand über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine diskutiert. In Frankfurt gab es unzählige Solidaritätskundgebungen mit ukrainischen Autor*innen. Welche Bedeutung das für die Kulturschaffenden dort hat, fasste der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels Serhij Zhadan zusammen: «Die Kultur darf nicht schweigen», sagte der in der Ostukraine lebende Autor in Frankfurt. «Wenn die Kultur schweigt, wenn die Schriftsteller schweigen, wenn die Dichter schweigen, dann bedeutet das, dass die Angst gewonnen hat.»

WIE KOMMT DIE LINKE AUS IHRER BUBBLE?

KONFERENZ ZU LINKEM INFLUENCING

Wie sieht der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit aus, der durch die sozialen Medien und die Macht der Algorithmen gekennzeichnet ist? Wie verändert die digitale Kommunikation auch die Sphäre der Politik? Welche Rolle spielen Fake News und rechte Hetze im Netz? Wie können linke Stimmen wahrnehmbarer werden?

Diese Fragen wurden auf der Konferenz zu linkem Influencing vom 13. bis 15. Mai 2022 in drei Panels und 14 Workshops von über 150 Teilnehmer*innen live in Berlin und in Livestreams intensiv diskutiert.

Ob Humor noch der «Seufzer der Unterdrückten» ist oder sein subversives Potenzial verloren hat, darüber sprachen die prominenten *content creators* Sebastian Hotz (El Hotzo) und Özge Inan mit Paula Irmschler aus der *Titanic*-Redaktion und Thomas Ebermann, dem linken Altmeister der Satire. Über die grundlegenden Veränderungen für die politische Kommunikation und die Auswirkungen auf die Gesellschaft diskutierten der Filmkritiker und Podcaster Wolfgang M. Schmitt, die Wissenschaftlerin Tanja Maier und die «Grande Dame der Netzpolitik», Anne Roth. Im Gespräch des *content creator* Rayk Anders und der Journalistin Amina Aziz mit den LINKEN-Politiker*innen Julia Schramm und Ferat Koçak ging es um die Möglichkeiten für Linke, aus der eigenen Bubble ausbrechen.

Mittlerweile gibt es fünf Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu linken Potenzialen auf den Plattformen und in den digitalen Medien: zu Instagram, Podcasts, TikTok, Telegram und YouTube. Die Autor*innen stellten ihre Analysen in Kooperation mit bekannten Praktiker*innen vor und diskutierten sie mit dem Publikum. Auch der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine war Gegenstand der Konferenz. Marcus Bösch zeigte die Bedeutung von TikTok bei der Medialisierung des Krieges auf, der russische Stand-up-Comedian Oleg Denisov beschloss den Abend mit deutlichen Worten zum Krieg.

Die Konferenz war von vornherein als crossmediale Veranstaltung geplant. Die Livestreams der Panels hatten Hunderte Zuschauer*innen und im Nachhinein zwischen 4.000 und 6.000 Aufrufe allein auf YouTube. Damit waren sie die mit Abstand erfolgreichsten Veranstaltungsmitschnitte im Berichtsjahr. Die Referent*innen wurden für Instagram interviewt, entwickelten pointierte Beiträge für diesen Kanal und generierten allein dort über 138.000 Aufrufe.

Die Vernetzung und Weiterbildung von linken Influencer*innen und Medienaktivist*innen ist eine herausfordernde, aber lohnende Aufgabe. Die Konferenz war ein wichtiger Schritt, die Kompetenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung in diesem Feld zu erweitern.

Gute Laune beim Treffen linker Influencer*innen.





AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Christoph Ernst
Kapitalismus für Einsteiger*innen
 Methoden und Workshops für die kritische ökonomische Bildung
 Bildungsmaterialien, 64 Seiten
 ISSN 2513-1222

Arbeitsgruppe «Zukunft der Partei DIE LINKE» (Hrsg.)
Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht!
 Zehn Herausforderungen für einen solidarischen Aufbruch
 Broschur, 40 Seiten
 ISBN 978-3-948250-52-2

Lisa Heizmann, Anna Gräser
Nein heißt Nein – Ja heißt Ja
 Ein Heft über Zustimmung beim Sex.
 In Leichter Sprache, Broschur, 32 Seiten
 ISBN 978-3-948250-56-0

Mark Rackles
Wege aus dem Lehrkräftemangel
 Zukunftsvertrag Lehrkräftebildung und bundesweite Ausbildungsoffensive
 Broschur, 28 Seiten
 ISBN 978-3-948250-60-7

Gisela Zimmer
Femizide in Deutschland – (k)ein Einzelfall
 Fakten und Hintergründe zur Gewalt gegen Frauen, Broschur, 48 Seiten
 ISBN 978-3-948250-54-6

Riccardo Altieri, Bernd Hüttner, Florian Weis (Hrsg.)
«Wenn du ausgegrenzt wirst, gehst du zu anderen Ausgegrenzten»
 Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken (Band 2)
 luxemburg beiträge Nr. 13, 136 Seiten
 ISSN 2749-0939

Jan Ole Arps, Nelli Tügel
«Enteignung schafft keine einzige Wohnung»
 Mythen und Fakten zur Vergesellschaftung von Wohnraum
 luxemburg argumente Nr. 20, 64 Seiten
 ISSN 2193-5831

Heiko Hilker, Jörg Langer, Mandy Tröger
Zwischen Anspruch und Auftrag
 Die öffentlich-rechtlichen Medien in der Kritik
 luxemburg beiträge Nr. 14, 64 Seiten
 ISSN 2749-0939

Jochen Weichold
Der Aufstieg der neuen Partei DIE LINKE
 Die Anfangsjahre der Partei DIE LINKE von 2007 bis 2009
 Manuskripte Neue Folge 33, 192 Seiten
 ISSN 2194-864X

Rüdiger Hachtmann
Nazismus und «Nationalsozialismus»
 Die wechselvolle Geschichte zweier historischer Grundbegriffe und ihre politische Indienstnahme
 Online-Publikation 5/2022, 16 Seiten
 ISSN 2567-1235

Hendrik Sander
An der Schwelle zum grünen Kapitalismus?
 Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland
 Online-Publikation 4/2022, 30 Seiten
 ISSN 2567-1235

Amelie Hanck
Arm sein, wo andere Urlaub machen
 Eine Studie zur Armutsgefährdung in Mecklenburg-Vorpommern
 Studien 2/2022, 28 Seiten
 ISSN 2194-2242

Taras Bilous
Linke Vorschläge für eine Deeskalation im Donbas
 Auch die Ukraine braucht Sicherheitsgarantien
 Standpunkte 1/2022, 5 Seiten
 ISSN 1867-3171

Steffen Lehndorff
Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie
 Was läuft, wo es hakt, worauf es jetzt ankommt – Ein Überblick über das Studienpaket
 Online-Studie 10/2022, 40 Seiten
 ISSN 2749-3156

Nele Heise, Erik Meyer
Linke Kommunikation in Podcasts
 Eine Analyse der progressiven «Podosphäre» anhand aktueller Akteurs- und Themenfelder
 Studien 6/2022, 40 Seiten
 ISSN 2194-2242

IM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Jörn Schütrumpf (Hrsg.)
Paul Levi – Gesammelte Schriften, Reden und Briefe Band II/3
 Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Sozialdemokratie
 Gebunden, 992 Seiten
 ISBN 978-3-320-02392-8

Katharina Volk (Hrsg.)
Alexandra Kollontai oder: Revolution für das Leben
 Broschur, 176 Seiten
 ISBN 978-3-320-02393-5

Eleonora Roldán Mendivil, Bafta Sarbo (Hrsg.)
Die Diversität der Ausbeutung
 Zur Kritik des herrschenden Antirassismus
 Broschur (3. Aufl.), 200 Seiten
 ISBN 978-3-320-02397-3

VERLAGSKOOPERATIONEN

BELTZ-VERLAG

Julia Dück
Soziale Reproduktion in der Krise
 Sorge-Kämpfe in Krankenhäusern und KITAS, Broschur, 304 Seiten
 ISBN 978-3-7799-3058-7

CAMPUS VERLAG

Jakob Graf, Kim Lucht, John Lütten (Hrsg.)
Die Wiederkehr der Klassen
 Theorien, Analysen, Kontroversen
 Broschur, 232 Seiten
 ISBN 978-3-593-51359-1 Print
 ISBN 978-3-593-44718-6 E-Book (PDF)

VSA: VERLAG

Mario Candeias, Stephan Krull (Hrsg.)
Spurwechsel
 Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion, Broschur, 408 Seiten
 ISBN 978-3-96488-123-6

Kostenloser Download und Bestellung von Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung



BERICHTE AUS DER STIFTUNG

DIE STIFTUNG - EIN LINKER THINKTANK

Heinz Bierbaum ist seit dem 26. November 2022 neuer Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wir sprachen mit ihm über Erfahrungen und Herausforderungen.

Wie bist du in der Stiftung angekommen? Was waren deine ersten Schritte?

Heinz Bierbaum: Ich bin sehr freundlich empfangen und auch unterstützt worden. Ich kannte die Stiftung schon aus meiner Mitgliedschaft im Vorstand. Trotzdem musste ich erst das neue Haus und die Struktur näher kennenlernen. Die ersten Wochen habe ich genutzt, um Gespräche mit Bereichsleitungen zu führen und mich in der Mitarbeiterversammlung vorzustellen.

Was sind die größten Herausforderungen, die die Stiftung in den nächsten Jahren bewältigen muss?

Bierbaum: Bei knapper werdenden Mitteln muss die Stiftung insgesamt effizienter werden. Das bedeutet, dass sie ihr Profil schärfen und in der Öffentlichkeit sichtbarer werden muss. Erste Schritte haben wir bereits eingeleitet. Der vorige Vorstand hat einen Strategieprozess begonnen und fünf Schwerpunkte der künftigen Arbeit beschlossen: Zeitdiagnose, Klimagerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation, Frieden und geopolitische Herausforderungen, «Gesellschaft der Vielen» und der Kampf gegen rechts sowie soziale Infrastrukturen, soziale Rechte und Gerechtigkeit in Verbindung mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit. Wir wollen die Stiftung als linken Thinktank profilieren.

Welche konkreten Aufgaben leiten sich daraus ab?

Bierbaum: Die Schwerpunkte müssen jetzt konkret umgesetzt werden. Bei der sogenannten Zeitdiagnose ist es beispielsweise wichtig, eine Analyse der gesellschaftlichen Umbrüche vorzunehmen, um daraus strategische Ansatzpunkte für sozialistische Politik zu identifizieren. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und den geopolitischen Veränderungen sehen wir eine neue gefährliche Entwicklung, in der wir uns als linke politische Stiftung positionieren müssen. Wir müssen Protagonist einer sozial-ökonomischen Transformation sein, die deutlich über den Kapitalismus hinausgeht.

Als Vorstandsmitglied hast du in den letzten Jahren die Geschicke der Stiftung mit gelenkt. Gibt es seit deinem Amtsantritt eine Sache, die dich überrascht hat?

Bierbaum: Die Stiftung ist wie ein schwerer Tanker unterwegs. Ich bin überrascht, wie umständlich manches ist, wie lange sich die Prozesse teilweise hinziehen. Auch wenn ich die Stiftung schon länger kenne, hat mich das erstaunt.



Nach zehn Jahren im Amt: Symbolisch übergab Dagmar Enkelmann die Glocke für die Leitung der Vorstandssitzungen an Heinz Bierbaum.

2022 wurde ein Organisationsentwicklungsprozess begonnen. In diesem Rahmen stellt sich verstärkt die Frage nach einer Veränderung der Stiftungskultur. Wie siehst du das?

Bierbaum: Ich glaube, dass wir die Kultur so verändern müssen, dass wir besser miteinander kooperieren und die Arbeit mehr zusammenläuft. Viele Projekte sind stark individuell ausgerichtet. Wir müssen eine Stiftungskultur entwickeln, in der sich alle als Teil der Stiftung begreifen und das Gemeinsame in den Vordergrund stellen.

Du bist Professor für Betriebswirtschaft, warst parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Landtag des Saarlands und Vorsitzender der Europäischen Linken. Welche Erfahrungen aus deiner bisherigen Tätigkeit sind dir in deiner heutigen Funktion nützlich und warum?

Bierbaum: Ich habe mich als Professor für Betriebswirtschaft eingehend mit Unternehmenspolitik befasst. Der zentrale Punkt ist, dass man über eine überzeugende Strategie verfügt. Das ist die Grundlage für jede Unternehmenspolitik. Das gilt auch für die Partei, für die Fraktion, für die Ausrichtung der Europäischen Linken und natürlich für die Stiftung.

Aus deiner Erfahrung in der Europäischen Linken: Gibt es vergleichbare Stiftungsmodelle auch in anderen Ländern?

Bierbaum: Wir haben «Transform! Europe», die anerkannte politische Stiftung, die der Partei der Europäischen Linken nahesteht. Sie umfasst ein Netzwerk von 37 europäischen Organisationen aus 22 Ländern, die im Bereich der politischen Bildung und der kritischen wissenschaftlichen Analyse tätig sind. Darüber hinaus gibt es auch in anderen Ländern politische Stiftungen. Diese sind in der Regel kleiner, stärker parteigebunden und werden nicht in der gleichen Weise wie in Deutschland staatlich gefördert. Als Parteistiftungen beschäftigen sie sich ebenfalls mit Gesellschaftsanalyse und auch mit politischer Bildung.

Ein Blick in die Zukunft: Wo siehst du die Stiftung und die ihr nahestehende Partei in fünf Jahren?

Bierbaum: Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat ein klares nach außen sichtbares Profil. Sie ist der linke Thinktank in Deutschland und wesentlicher Bestandteil der gesellschaftlichen Linken. Sie ist verlässliche Akteurin in der linken Familie und die erste Adresse, wenn es um politische Bildung, strategische Diskussionen oder Gesellschaftsanalysen geht. Die Ergebnisse ihrer Arbeit bestimmen die öffentlichen politischen Debatten.

Was die Partei betrifft: Ich gehe davon aus, dass sie in fünf Jahren noch lebt.



Viele waren gekommen, um Dagmar Enkelmann als Vorstandsvorsitzende der Stiftung zu verabschieden.

TÜREN ÖFFNEN, BEGEGNUNG ERMÖGLICHEN, GASTFREUNDSCHAFT PFLEGEN

Im Laufe der vergangenen zehn Jahre hat Dagmar Enkelmann die Türen der Stiftung geöffnet – für politische Bildung, gesellschaftliche Diskurse, kulturelle Veranstaltungen. Die Begegnungen waren vielfältig, international und manchmal kontrovers. Aber immer waren sie solidarisch und von Gastfreundschaft geprägt. Die Türklinken aus vielen Regionen der Welt, die in unserem neuen Stiftungsgebäude verbaut sind, bringen diese Offenheit zum Ausdruck und erzählen von den unterschiedlichsten Begegnungen.

Am Vorabend der Mitgliederversammlung, am 25. November 2022, wurde Dagmar Enkelmann feierlich verabschiedet. Nach zehn Jahren Vorstandsvorsitz hatte sie für dieses Amt nicht erneut kandidiert.

Politische Weggefährt*innen erinnerten an die politischen Themen, die ihr wichtig waren: Klima- und Umweltpolitik, Kommunalpolitik und das weite Feld «Ostdeutschland». «Auf diesen Gebieten kann man dir wenig vormachen, hier hast du über drei Jahrzehnte Erfahrungen gesammelt und dich politisch außerordentlich engagiert. Stark gemacht haben dich deine Erlebnisse und Erfahrungen in der DDR und dein treibendes Motiv «Und das ist mir zu wenig!», sagte Geschäftsführerin Daniela Trochowski in ihrer Begrüßungsrede vor Politiker*innen, Vertreter*innen anderer Politischer Stiftungen und Bundesministerien, Vorständen der Landesstiftungen, Mitgliedern und Mitarbeiter*innen der Stiftung, Partnerorganisationen und weiteren Gästen. Sie erinnerte an

das Klinkenprojekt im Rahmen des Neubaus. «Damit hast du eine Brücke geschlagen, nicht nur zu Einrichtungen unserer Partnerorganisationen, sondern auch zu den künftigen Verantwortlichen in der Stiftung. Du gibst jetzt die Klinik weiter, das hat symbolischen Charakter. Wir werden – auch in deinem Sinne – weiter darüber nachdenken, was in der Gesellschaft geändert werden muss», so Trochowski.

Evelin Wittich erinnerte an die Anfänge der Stiftung in den 1990er-Jahren, als sie selbst Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses war und um Unterstützung warb: «Du hast verstanden, was politische Bildung, der Erhalt und die Entwicklung linker intellektueller und kultureller Potenziale für die Partei und sozialistisches Denken und Handeln in der Gesellschaft bedeuten.» Gregor Gysi hob die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Treuhand, insbesondere ihre Unterstützung der Kali-Kumpel aus Bischofferode hervor. Im September 1993 hatte der Betriebsrat des Kaliwerks um ein Treffen mit Bundestagsabgeordneten gebeten und nach Ende des Gesprächs das Gebäude für «besetzt» erklärt. Dagmar Enkelmann übte damals als Abgeordnete ihr Hausrecht aus und verhinderte eine Räumung. Janine Wissler und Martin Schirdewan würdigten ihr jahrzehntelanges Engagement in der und für die Partei. Ulrich Brand schließlich erinnerte an ihr konsequentes Eintreten für Initiativen und Prozesse sozialökologischer Transformationen.

«Von jedem Tag will ich was haben, was ich nicht vergesse» – musikalisch umrahmten die «Steinlandpiraten» die Verabschiedung von Dagmar Enkelmann mit Liedern von Gerhard (Gundi) Gundermann.



In der Bibliothek fanden Buchlesungen und Autorengespräche statt.



Viel beachtet: Die Publikationen der Stiftung.



Heißer Tag mit coolem Programm.

In und um den neuen Stiftungssitz fand am 18. Juni 2022 das «Festival de:lux» statt. Rund 1.000 Besucher*innen sind unserer Einladung gefolgt und nutzten die vielfältigen Angebote linker Politik, Kultur und Musik. Die Schwerpunktthemen der Stiftung wurden durch prominent besetzte Podien im Saal präsentiert. Die Terrassen boten Raum für Begegnung und Gespräche.



Vor dem Auftritt des Ernst-Busch-Chors: Daniela Trochowski eröffnet das Festival.



Mit Musik in unterschiedliche Welten eintauchen.

Erstmals präsentiert: Die neue digitale Lernplattform LINX.



DER ORGANISATIONSENTWICKLUNGSPROZESS

Nachdem der Vorstand 2021 die «Strategischen Grundsätze der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den kommenden Jahren» erarbeitet hatte, begannen 2022 die Debatten, wie diese Grundsätze in künftige Organisationsstrukturen und Arbeitsweisen umgesetzt werden können. Dazu fanden Klausuren der Bereichsleitungen statt. Darüber hinaus wurde eine Begleitgruppe eingerichtet, in der Mitglieder des Betriebsrats, des Vorstands, der Bereichsleitungen und die Geschäftsführung vertreten sind. Im Frühjahr konnte im Rahmen einer Ausschreibung die Agentur «denkmodell» gewonnen werden, die den Prozess begleitet und moderiert.

Nach einer Analysephase, in der Dokumente ausgewertet und Interviews mit verschiedenen Mitarbeiter*innen geführt wurden, identifizierte die Agentur vier Hebel, an denen im strategischen Veränderungsprozess angesetzt werden soll: Beim ersten Hebel, Schärfung des Profils, geht es darum, die vom Vorstand formulierten «Strategischen Grundsätze» in ein geschärftes Profil umzusetzen, das zu einer erhöhten Wahrnehmbarkeit der Stiftung beiträgt. Der zweite Hebel lautet Zielsetzung, Schwerpunkte und Planung. Damit soll eine ko-

Intensive Diskussionen gehören zum Organisationsentwicklungsprozess.



härente und auf die Nutzer*innen ausgerichtete Planung von Aktivitäten, mit einer gemeinsamen Zielsetzung und auf der Basis eines geschärften Profils, implementiert werden. Wichtige Elemente sind dabei die Förderung der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit, die Orientierung auf stärkere Wirksamkeit das Denken in Produktketten.

Als dritter Hebel wurde die Frage nach Organisationsstrukturen identifiziert. Wie sehen zukunftsfähige Organisationsstrukturen aus? Welche Strukturen braucht es, die ein öffentlich wirksames Arbeiten in den Themenschwerpunkten ermöglichen, in denen Synergieeffekte zwischen Inlands- und Auslandsarbeit stärker genutzt werden können und auch die Aktivitäten der Landesstiftungen und die der Zentrale in Berlin effektiver ineinandergreifen? Der vierte Hebel betrifft Leitungsverständnis und Leitungskultur in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hier ist – spätestens im Hinblick auf mögliche neue Organisationsstrukturen – eine Auseinandersetzung darüber nötig, welche Rolle die Leitungskräfte spielen, welche Ansprüche an sie herangetragen werden, wie Entscheidungen getroffen werden und welche Ressourcen Leitungskräften zur Verfügung stehen.

Im Laufe des Jahres sind an unterschiedlichen Stellen Konflikte aufgetreten. Die Art und Weise der Kommunikation, die Frage nach der Beteiligung der Kolleg*innen und insbesondere das Thema Änderung der Organisationsstruktur lösten Kontroversen in der Begleitgruppe, in den Versammlungen der Mitarbeiter*innen, in Vorstandssitzungen und in der Leitungsberatung aus. Das war oft anstrengend und dennoch: Diese Auseinandersetzungen waren und sind wichtig.

An einigen Stellen gibt es bereits aktuell Veränderungen in unseren Prozessen, die in die angedachte Richtung weisen. So wurde im vergangenen Jahr der Versuch gestartet, mithilfe von bereichsübergreifenden Planungs-Workshops neue Formen einer integrierten Planung im Rahmen der Themenschwerpunkte zu etablieren. Diese Form der integrierten Planung wird dieses Jahr fortgeführt. Seit Ende 2022 beschäftigen sich 30 Mitarbeiter*innen aus allen Bereichen in gemischten Arbeitsgruppen mit den Fragen, wie eine neue Organisationsstruktur, eine effektivere Öffentlichkeitsarbeit und besser funktionierende Schnittstellen zwischen den Bereichen aussehen könnten. Es muss zudem weiter an einer Schärfung des Profils gearbeitet werden.

.....
 Im laufenden Jahr 2023 stehen grundlegende Entscheidungen an. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Stiftung ihre Aufgaben von Gesellschaftsanalyse und politischer Bildung auch weiterhin ausüben kann: solidarisch, internationalistisch, demokratisch, sozialistisch.

FINANZIERUNG DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Finanzierung der sechs anerkannten Politischen Stiftungen in Deutschland erfolgt bisher per Haushaltstitel über das jährliche Haushaltsgesetz des Deutschen Bundestags. Ein wesentliches Kriterium für die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln ist dabei die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1986, dass die der Stiftung jeweils nahestehende Partei «eine dauerhaft ins Gewicht fallende politische Grundströmung» darstellen muss. Die oft kritisierte Praxis der Finanzierung orientiert sich an der «Gemeinsamen Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen» von 1998, der sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahr 2003 angeschlossen hat. Darin heißt es, das Kriterium einer dauerhaften politischen Grundströmung sei dann erfüllt, wenn die der Stiftung nahestehende Partei «wiederholt» – «dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke» – im Bundestag vertreten ist. Auf dieser Basis wurde die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) in der 19. Legislaturperiode des Bundestags ab 2017 von der Finanzierung ausgeschlossen. In der 20. Legislaturperiode ab 2021 wurde die DES auf Grundlage eines Haushaltsvermerks in den jeweiligen Einzelplänen der Ministerien ausgeschlossen. Ohne sie direkt zu nennen, ist darin festgelegt, dass Zuschüsse nur solche Politischen Stiftungen erhalten, die sich gemäß ihrer Satzung und ihrer allgemeinen Tätigkeit zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen.

Die AfD sah sich deshalb in ihrem Grundrecht auf Chancengleichheit verletzt und klagte gegen den Bundestag, dessen Haushaltsausschuss, die Bundesregierung und die Bundesministerien des Innern bzw. der Finanzen. Am 25. Oktober 2022 fand am Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die mündliche Verhandlung zu dieser Organklage der AfD statt, zu dem auch Vertretungen der sechs aktuell finanzierten Politischen Stiftungen als «sachkundige Dritte» eingeladen waren. In dem Verfahren wurde ein Bündel von Anklageschriften behandelt, die sich auf die Vorenthaltung von Globalzuschüssen in den Jahren 2018 und 2019 beziehen, also auf die erste Legislaturperiode der AfD im Bundestag. Kurz vor dem Verhandlungstermin hatte die AfD noch eine Antragserweiterung eingereicht, in der es um den Haushaltsentwurf für 2022 und den darin enthaltenen Haushaltsvermerk geht.

In der Verhandlung hat sich das BVerfG umfassend und grundsätzlich mit der Frage der Chancengleichheit und dem Verhältnis der Parteien zu ihren jeweiligen Politischen Stiftungen befasst. Zudem ging es ausführlich darum, was eine «dauerhaft ins Gewicht fallende Grundströmung» bedeutet, ob es ausreichend ist, ausschließlich die Ergebnisse der Bundestagswahl heranzuziehen oder auch andere Wahlergebnisse, und ob für eine staatliche Förderung der parteinahen Stiftungen ein eigenes Stiftungsgesetz nötig ist.

Die Urteilsverkündung erfolgte am 22. Februar 2023. Das Bundesverfassungsgericht sah es als erwiesen an, dass die AfD für das Jahr 2019 durch den Ausschluss der DES aus der



Protest in Karlsruhe gegen die staatliche Alimentierung der AfD-nahen Stiftung.

Finanzierung der parteinahen Stiftungen tatsächlich in ihren Rechten nach Artikel 21 (1) des Grundgesetzes verletzt wurde. Alle anderen Anträge, bis auf den Antrag für das Haushaltsjahr 2022, wurden aufgrund von Verfristung abgelehnt, Letzterer aufgrund der Kurzfristigkeit der Eingabe zurückgestellt. Damit wurde folglich auch das Thema «Verfassungstreue» vertagt.

Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass die bisherige Regelung der Finanzierung über ein Haushaltsgesetz nicht ausreicht, sondern dass es ein Stiftungsgesetz braucht. Darüber hinaus erkannte das Gericht das Spannungsverhältnis von Nähe und Distanz zwischen Parteien und ihren zugehörigen Stiftungen an, sah es aber durchaus als erwiesen an, dass die parteinahen Stiftungen mit ihrem Bildungsprogramm auf die politische Willensbildung und damit auf die Position «ihrer» Parteien im Wettbewerb einwirken und mit ihren Studienwerken den Parteienachwuchs fördern. Deshalb sei die Finanzierung am Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien zu messen.

In seinen Ausführungen machte das Bundesverfassungsgericht deutlich, dass der Gesetzgeber – der Bundestag – Spielräume habe, wie er das Gesetz zur Stiftungsfinanzierung ausgestaltet. Insbesondere die Fragen, ab wann eine Partei eine «dauerhaft ins Gewicht fallende politische Grundströmung» darstellt und in welchen Fällen parteinahe Stiftungen von einer Finanzierung ausgeschlossen werden können, wurden ihm überlassen. Die bisherige Praxis, die sich auf den wiederholten Einzug in den Bundestag bezieht, wurde nicht abgelehnt. Die Hinzuziehung weiterer Wahlergebnisse zur Bemessung der Dauerhaftigkeit und Bedeutsamkeit wurde als denkbar bezeichnet, ebenso wie der Ausschluss von Stiftungen, die verfassungsfeindliche Inhalte verfolgen. Letztlich ist nun der Gesetzgeber am Zug. Es wird spannend, wie er den vielen offenen Fragen Rechnung tragen wird.

GREMIEN

DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Im Jahr 2022 führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung zwei Mitgliederversammlungen durch, eine außerordentliche am 7. Mai und die ordentliche am 26. November 2022.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung war der politischen Verständigung nach der Bundestagswahl 2021 und den daraus resultierenden Konsequenzen für die Bildungsarbeit der Stiftung gewidmet. Nach der Begrüßung durch die Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann und einem Beitrag von Michael Brie aus Sicht des Wissenschaftlichen Beirats sprach Oliver Nachtwey über die Ursachen des sich bereits über mehrere Wahlperioden hinziehenden Stimmenverlusts der Partei DIE LINKE bei Wahlen auf Bundes-, Länder- und europäischer Ebene. Hierfür nannte er zum einen externe Gründe, die sich aus den Veränderungen des sozioökonomischen Kontextes ergeben, zum anderen aber auch interne Gründe, die nicht zuletzt auf die spezifische Art der Kommunikation innerhalb der LINKEN zurückgehen. An diesen Beitrag schloss sich eine sehr fruchtbare Debatte an, in der die Sprecher*innen aus je spezifischen Blickwinkeln nach Möglichkeiten eines erneuten Aufschwungs der Linken im weitesten Sinne Ausschau hielten.

Im Zentrum der ordentlichen Mitgliederversammlung im Herbst stand die Wahl eines neuen Vorstands. Vor dem Hintergrund der noch nicht überstandenen Corona-Pandemie war im Vorfeld entschieden worden, die Versammlung hybrid und die Wahl selbst rein digital durchzuführen, was alle Beteiligten vor große Herausforderungen stellte, die jedoch gemeistert wurden. Nach Erledigung der Formalien sprach zunächst Dagmar Enkelmann, die nicht zur Wiederwahl als Vorstandsvorsitzende antrat, über ihre Tätigkeit in diesem Amt, das sie seit 2012 innehatte. Daniela Trochowski konzentrierte sich in ihren Ausführungen auf den Organisationsentwicklungsprozess, den die Stiftung derzeit durchläuft, und Michael Brie sprach über die Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats. Nach der Generaldebatte wurden acht neue Mitglieder in den Verein aufgenommen und zwei ordentliche Mitgliedschaften in Ehrenmitgliedschaften umgewandelt. Anschließend fand die Vorstandswahl selbst statt. Dabei wurden 13 Kandidat*innen gewählt. Denjenigen Mitgliedern des bisherigen Vorstands, die nicht wieder angetreten waren bzw. die nicht gewählt wurden, wurde für ihre Arbeit gedankt. Den Mitgliedern des neuen Vorstands wurde herzlich gratuliert.

Aufgrund der aktuell großen inhaltlichen Herausforderungen für die Stiftung beschloss der neue Vorstand in seiner ersten Sitzung im Januar 2023, im Frühsommer dieses Jahres eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, die ausschließlich der Diskussion aktueller Fragestellungen von strategischer Relevanz Raum geben soll.



Die Mitgliederversammlung am 26. November 2022 fand hybrid statt.

MITGLIEDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ORDENTLICHE MITGLIEDER

Marwa Al-Radwany
 Renate Angstmann-Koch
 Dr. Dietmar Bartsch
 Yasmina Bellounar
 Prof. Dr. Heinz Bierbaum
 Dr. Joachim Bischoff
 Steffen Bockhahn
 Karola Boger
 Dr. Marcel Bois
 Prof. Dr. Ulrich Brand
 Dr. André Brie
 Prof. Dr. Michael Brie
 Prof. Dr. Ulrich Brinkmann
 Sandra Brunner
 Christine Buchholz
 Prof. Dr. Michael Buckmiller
 Dr. Carolin Butterwegge
 Kate Cahoon
 Wenke Christoph
 Daniela Dahn
 Prof. Dr. Alex Demirović
 Prof. Dr. Frank Deppe
 Richard Detje
 Ulrike Detjen
 Sophie Dieckmann
 Dr. Cornelia Domaschke-Prochnow
 Evelyn Edler
 Dr. Dagmar Enkelmann

Klaus Ernst
 Andreas Fisahn
 Dr. Thomas Flierl
 Wulf Gallert
 Wolfgang Gehrcke
 Claudia Gohde
 Dr. Stefanie Graefe
 Dr. Bärbel Grygier
 Lena Saniye Güngör
 Ates Gürpınar
 Dr. Gregor Gysi
 Dr. Noa K. Ha
 Sofia Hamaz
 Thomas Händel
 Karl-Heinz Heinemann
 Heiko Hilker
 Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann
 Dr. Barbara Höll
 Florian Höllen
 Klaus Höpcke
 Dr. Steffen Hultsch
 Meike Jäger
 Dr. Gerda Jasper
 Dr. Lukrezia Jochimsen
 Kadriye Karcı
 Cigdem Kaya-Boztemur
 Dr. Andreas Keller
 Prof. Dr. Mario Keßler
 Katja Kipping
 Prof. Dr. Dieter Klein
 Dr. Thomas Klein

Katharine Kolmans
 Erhard Korn
 Jan Korte
 Prof. Dr. Ingrid Kurz
 Caren Lay
 Dr. Klaus Lederer
 Dr. Steffen Lehndorff
 Katrin Lompscher
 Dr. Gesine Lötzsck
 Prof. Dr. Christa Luft
 Dr. Helmuth Markov
 Ulrich Maurer
 Prof. Dr. Margit Mayer
 Sahra Mirow
 Cornelia Möhring
 Margret Mönig-Raane
 Prof. Dr. Oliver Nachtwey
 Helga Nowak
 Dr. Onur Ocak
 Dr. Harald Pätzolt
 Petra Pau
 Victor Perli
 Klaus Pickshaus
 Prof. Dr. Dörte Putensen
 Peeter Raane
 Bodo Ramelow
 Dr. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya
 Dr. Sabine Reiner
 Prof. Dr. Rolf Reißig
 Bernd Riexinger
 Prof. Dr. Rainer Rilling

Dr. Bernd Rump
 Dr. Reyhan Şahin
 Dr. David Salomon
 Dr. Birgit Schliewenz
 Horst Schmitthener
 Christiane Schneider
 Dr. Ursula Schröter
 Siri Schultze
 Dr. Karin Schüttpelz
 Dr. Jörn Schütrumpf
 Dr. Reinhard Semmelmann
 Kathrin Senger-Schäfer
 Dr. Petra Sitte
 Prof. Dr. Susanne Spindler
 Sonja Staaack
 Sybille Stamm
 Gabriele Gün Tank
 Jessica Tatti
 Güldane Tokyürek
 Nina Treu
 Daniela Trochowski
 Vera Vordenbäumen
 Dr. Sahra Wagenknecht
 Dr. Jochen Weichold
 Janine Wissler
 Dr. Evelin Wittich
 Dr. Ulrich Wolf
 Ulrike Zerhau
 Gabi Zimmer

INSTITUTIONELLE MITGLIEDER

«Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
 Kurt-Eisner-Verein – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern
 Peter-Imandt-Gesellschaft e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland
 Rosa-Luxemburg-Initiative e. V., Bremen
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e. V.
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.

EHREN-MITGLIEDER

Prof. Dr. Günter Benser
 Gerda Daenecke
 Ilsefret Fink
 Dr. Kurt Hövelmans
 Prof. Dr. Kurt Krumbach
 Prof. Dr. Manfred Neuhaus
 Prof. Dr. Jörg Roesler
 Prof. Dr. Werner Ruf
 Dr. Monika Runge
 Bosiljka Schedlich
 Fritz Schmalzbauer
 Dr. Wolfgang Spickermann
 Regina Stosch
 Heinz Vietze

RUHENDE MITGLIEDSCHAFT

Jan van Aken
 Dr. Lutz Brangsch
 Dr. Mario Candeias
 Dr. Stefanie Ehmsen
 Kerstin Kaiser
 Stefan Nadolny
 Norbert Schepers
 Eva Völpel
 Dr. Florian Weis
 Fanny Zeise

Stand: März 2023

MITGLIEDER DES VORSTANDS

Heinz Bierbaum (Vorstandsvorsitzender): geb. 1946, Soziologe und Betriebswirt, 2009–2017 Mitglied des saarländischen Landtags, Vorsitzender der Internationalen Kommission DIE LINKE, seit 2019 Präsident der Europäischen Linken; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) seit 2020.

Lena Saniye Güngör (stellv. Vorstandsvorsitzende): geb. 1993, Studium der Psychologie, der Angewandten Ethik und des Konfliktmanagements, seit 2019 Abgeordnete des Thüringer Landtags, seit 2021 Sprecherin des Länderrats; Vorstandsmitglied der RLS seit November 2022.

Jan Korte (stellv. Vorstandsvorsitzender): geb. 1977, Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft, seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags, 2013–2017 stellvertretender Vorsitzender und seit 2017 Erster parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion; Vorstandsmitglied der RLS seit 2014.

Daniela Trochowski (geschäftsführendes Vorstandsmitglied): geb. 1969, Diplom-Volkswirtin, 2012–2021 ehrenamtliche Vizepräsidentin und seit 2021 Präsidiumsmitglied des Humanistischen Verbands Berlin/Brandenburg, 2016–2019 Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE, 2009–2019 Staatssekretärin im Finanzministerium Brandenburg; Vorstandsmitglied der RLS seit 2020.

Prof. Dr. Alex Demirović: geb. 1952, Studium der Philosophie, Soziologie und Germanistik, apl. Prof. an der Goethe-Universität Frankfurt a. M., 2015–2019 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, 2007–2014 und seit Januar 2020 Vorstandsmitglied der RLS.

Richard Detje: geb. 1954, Sozialwissenschaftler, Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus*, Gründungsmitglied der WASG; Vorstandsmitglied der RLS seit 2020.

Ulrike Detjen: geb. 1952, Industriebuchbinderin, seit 1999 Gesellschafterin und Geschäftsführerin eines Druckvorstufenbetriebs, seit 2008 ehrenamtliche Tätigkeit im kommunalpolitischen Forum Nordrhein-Westfalen und in der dortigen Landesstiftung der RLS, Sprecherin des Rates der Landesstiftungen von Oktober 2014 bis November 2021; Vorstandsmitglied der RLS seit 2013.

Sophie Dieckmann: geb. 1983, Studium der Sinologie, Philosophie und Anglistik, Gründungsmitglied DIE LINKE.SDS, seit 2019 Leiterin der Politischen Bildung beim Parteivorstand der LINKEN; Vorstandsmitglied der RLS seit 2020.

Dr. Barbara Höll: geb. 1957, Studium der Philosophie, 1990–2002 und 2005–2013 Mitglied des Deutschen Bundestags; Vorstandsmitglied der RLS seit 2016.

Victor Perli: geb. 1982, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Neueren Geschichte, 2008–2013 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, Mitglied des Wolfenbütteler Kreistags und Fraktionsvorsitzender 2011–2015, seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags; Vorstandsmitglied der RLS seit November 2022.

Bernd Riexinger: geb. 1955, 1980–1990 Betriebsrat, 1991–2000 Gewerkschaftssekretär, 2001–2012 Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart, 2012–2021 Vorsitzender der Partei DIE LINKE, seit 2017 Mitglied des Bundestags; Vorstandsmitglied der RLS seit November 2022.

Sonja Staack: geb. 1977, Diplomchemikerin, 2006–2012 Wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. Referentin in der Bundestagsfraktion DIE LINKE, 2013–2017 Referentin beim Hauptvorstand GEW, 2018–2021 Stellvertretende Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, seit 2021 Bundesfachkommissionsleiterin Hochschulen und Forschung bei ver.di; Vorstandsmitglied der RLS seit November 2022.

Gabriele Zimmer: geb. 1955, Diplom-Sprachmittlerin, 2000–2003 Vorsitzende der PDS, 2004–2019 Europaabgeordnete für die PDS/DIE LINKE, 2012–2019 Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL im Europaparlament; Vorstandsmitglied der RLS seit November 2022.

VORSTANDSARBEIT

Der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist ein ehrenamtlich fungierendes Gremium; seine Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung, dem höchsten Organ der Stiftung, gewählt. Bis zur Mitgliederversammlung 2022 gehörten ihm 14 Mitglieder an (acht Frauen, sechs Männer).

Der Vorstand traf sich 2022 zu sechs Sitzungen und zwei anderthalbtägigen Klausuren. Hinzu kam eine außerordentliche Vorstandssitzung im August sowie eine Informationsveranstaltung zum Organisationsentwicklungsprozess. An den Sitzungen nahm stets auch ein*e Vertreter*in des Betriebsrats teil ebenso wie der stellvertretende Geschäftsführer, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats sowie die Sprecherin des Länderrats.

Auf seinen Sitzungen bzw. Klausuren verständigte sich der Vorstand zu aktuellen Themen und Ereignissen, in der Regel zusammen mit den Bereichsleiter*innen. Im Berichtszeitraum standen der Ausgang der Bundestags- sowie der Landtagswahlen und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit seinen auch ganz unmittelbaren Auswirkungen auf die Arbeit unserer Stiftung im Mittelpunkt.

Auch über Neubesetzungen der Leitungen unserer Auslandsbüros entschied der Vorstand – im vergangenen Jahr waren es die Standorte in Tel Aviv, Quito und Hanoi. Dabei erhielten die Kandidat*innen jeweils die Möglichkeit, sich und ihre Vorstellungen von ihrer künftigen Tätigkeit kurz zu präsentieren und auf Fragen der Vorstandsmitglieder zu reagieren.

Um dem Vorstand einen besseren Einblick in die Arbeit der einzelnen Bereiche der Stiftung zu ermöglichen und um gleichzeitig die Ansprüche und Anforderungen des Vorstands an die Bereiche genauer auszuloten, waren diese wiederkehrender Gegenstand der Vorstandssitzungen. Auf der Vorstandsklausur im März kam es zu einem anregenden Austausch mit den Statusgruppen des Studienwerks. Im Mai

**MITGLIEDER
DES VORSTANDS**



PROF. DR. HEINZ BIERBAUM



DANIELA TROCHOWSKI



JAN KORTE



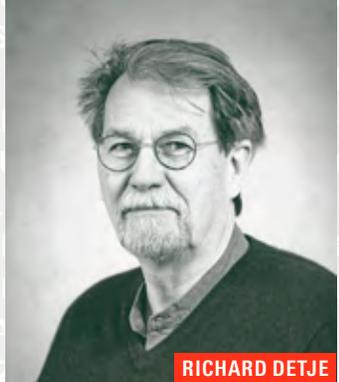
ULRIKE DETJEN



BARBARA HÖLL



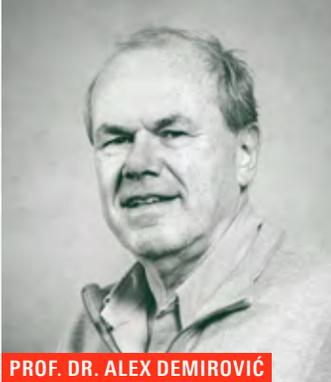
LENA SANIYE GÜNGÖR



RICHARD DETJE



SONJA STAACK



PROF. DR. ALEX DEMIROVIĆ



GABRIELE ZIMMER



BERND RIEXINGER



SOPHIE DIECKMANN



VICTOR PERLI

wiederum präsentierte sich der neu gewählte Betriebsrat. Ebenfalls im Mai stellte der Wissenschaftliche Beirat seine Arbeit vor. Permanente Tagesordnungspunkte der Sitzungen und Klausuren waren der Stand der Umsetzung der vom Vorstand beschlossenen Schwerpunkte der Stiftungsarbeit, der Organisationsentwicklungsprozess und der integrierte Planungsprozess. Zu diesen Themen wurden intensive Debatten geführt, zumal sich zeigte, dass hier durchaus divergierende Vorstellungen existieren, sowohl zwischen den verschiedenen Gremien der Stiftung als auch innerhalb des Vorstands selbst. Im November beschloss der Vorstand das Budget für das kommende Haushaltsjahr sowie den Stellenplan.

Die Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann traf zudem Botschafter*innen sowie Vertreter*innen von Nichtregierungs- und Partnerorganisationen. Gemeinsam mit der Geschäftsführerin pflegte sie zudem die Beziehungen zu den Leitungen der anderen Politischen Stiftungen.

Bei der ordentlichen Mitgliederversammlung am 26. November wurde ein neuer Vorstand gewählt. Diesem gehören nunmehr 13 Mitglieder an (acht Frauen, fünf Männer). Heinz Hillebrand, der sich ebenfalls zur Wahl gestellt hatte, erhielt nicht die nötige Stimmenzahl. Nicht wieder angetreten waren die vormalige Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann, ihre beiden Stellvertreter*innen Thomas Händel und Sabine Reiner sowie Gün Tank. Ihnen allen wurde für ihre Arbeit in der und für die Stiftung gedankt.

MITGLIEDER DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS

Dr. Michael Brie (Beiratsvorsitzender): Schwerpunkte: Theorie und Geschichte des Sozialismus und Kommunismus, sozial-ökologische Transformation und revolutionäre Realpolitik.

Prof. Dr. Frank Deppe: em. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg, Beiratsmitglied der Zeitschrift *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Mitherausgeber der Zeitschrift *Sozialismus*.

Prof. Dr. Andreas Fisahn: Professor für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht sowie Rechtstheorie an der Universität Bielefeld.

Dr. Stefanie Hürtgen: Arbeitssoziologin und Wirtschaftsgeographin, assoziierte Professorin an der Universität Salzburg und Permanent Fellow am Frankfurter Institut für Sozialforschung.

Prof. Dr. Mario Keßler: Historiker, Senior Fellow, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Prof. Dr. María do Mar Castro Varela: Professorin für Soziale Arbeit und Allgemeine Pädagogik mit Schwerpunkt Diversity an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Dozentin für Pädagogik an der Universität Basel.

Prof. Dr. Margit Mayer: em. Professorin für Politikwissenschaft am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin.

Dr. Nadja Rakowitz: Geschäftsführerin des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte, aktiv im Bündnis Krankenhaus statt Fabrik.

Prof. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya: Professorin für kindliche Entwicklung, Bildung und Sozialisation an der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Prof. Dr. Steffi Richter: Professorin für Japanologie an der Universität Leipzig.

Prof. Dr. Birgit Sauer: i. R., Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Dr. Wolfram Schaffar (stellv. Beiratsvorsitzender): Lehrstuhl für Entwicklungspolitik, Universität Passau.

Dr. Franziska Scheier (stellv. Beiratsvorsitzende): wissenschaftliche Mitarbeiterin, Beraterin und Gesellschafterin des IMU-Instituts Berlin.

Dr. Sarah Schilliger: Soziologin, Senior Researcher am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung, Universität Bern; Ko-Leitung des internationalen Forschungsprojekts «Enacting Citizenship and Solidarity <from Below>».

Dr. Susanne Schultz: Leiterin des DFG-Projekts «Demografisierung des Politischen», früher Lateinamerika-Referentin der Stiftung.

Dr. Alexandra Wagner: Geschäftsführerin des Forschungsteams Internationaler Arbeitsmarkt (FIA).

Dr. Christa Wichterich: Soziologin, freie Wissenschaftlerin und Publizistin, Dozentin für Geschlechterstudien, feministische politische Ökonomie und Ökologie.

Prof. Dr. Markus Wissen: Professor für Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT

Der Wissenschaftliche Beirat hat sich 2022 in wichtige Projekte des Vorstands eingebracht, vor allem in die Erarbeitung der zehn Thesen der Arbeitsgruppe des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung «Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht!». Zugleich hat er folgende Fragen in den Mittelpunkt gerückt: *Erstens*: Es gab und gibt immer wieder die Verlockung, Gesellschaftsanalyse gegenüber den ganz drängenden unmittelbaren Fragen von direkter politischer Mobilisierung, schneller öffentlicher Intervention und politischer Bildung zurückzustellen. Dabei ist mehr Analyse gefordert. Bilden und Eingreifen verlangt Wissen. *Zweitens*: Gerade in einer Zeit, in der es darauf ankommt, die Prozesse des tiefgreifenden Wandels der Partei DIE LINKE und ihres gesellschaftlichen Umfelds analytisch zu begleiten, ist dies über längere Zeit nicht ernsthaft verfolgt worden. Dies muss sich ändern. *Drittens*: Der Beirat sieht eine der zentralen Aufgaben der Rosa-Luxemburg-Stiftung darin, offene Räume zur Diskussion dieser Konflikte zu schaffen, in denen zusammenführende, nach vorn weisende Standpunkte erarbeitet werden und ein solidarischer Umgang mit diesen Konflikten gelehrt und praktiziert wird. Es geht um die Stärkung der Kompetenz, solidarische Kooperation unter den Bedingungen starker Differenzen zu gestalten. *Viertens*: Die bisherige Form der Selbst-

berichterstattung der hauptamtlichen Strukturen sichert in keiner Weise die wirkliche Einschätzung der Umsetzung der strategischen Schwerpunkte und der Schaffung von Räumen

des Lernens. Deshalb sollte die Arbeit der Bereiche und Projektgruppen der Stiftung systematisch durch entsprechende vom Vorstand beauftragte Arbeitsgruppen evaluiert werden.

DIE GESPRÄCHSKREISE

Die 21 Gesprächskreise der Rosa-Luxemburg-Stiftung leben von dem Engagement ihres vielfältigen ehrenamtlichen Umfelds. Die thematischen Impulse, die die GK immer wieder setzen, sind eine immense Bereicherung der Bildungsaktivitäten der Stiftung.

ANTISEMITISMUS

Florian Weis (florian.weis@rosalux.org)

ARBEITSRECHT/ARBEITSGESETZBUCH

Steffen Hultsch; hauptamtl. Ansprechpartnerin:
Effi Böhlke (effi.boehlke@rosalux.org)

BILDUNGSPOLITIK

Karl-Heinz Heinemann (heinemann@rls-nrw.de)
und Katrin Schäfgen (katrin.schaefgen@rosalux.org)

Zugehörig zum GK Bildungspolitik: AK Kritische Pädagogik
Lukas Eble und Simon Kunert

EUROPAPOLITIK

Johanna Bussemer (johanna.bussemer@rosalux.org)

FEMINISMUS

Barbara Fried (barbara.fried@rosalux.org)

FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Alexej Stoljarow; hauptamtl. Ansprechpartner: Ingar Solyt
(ingar.solyt@rosalux.org)

GESCHICHTE

Bernd Hüttner (bernd.huettner@rosalux.org)

GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT

Cornelia Domaschke-Prochnow (dr.c.domaschke@t-online.de)
und Gerd-Rüdiger Stephan (gerd-ruediger.stephan@rosalux.org)

GEWERKSCHAFTEN

Fanny Zeise (fanny.zeise@rosalux.org)
und Florian Wilde (florian.wilde@rosalux.org)

KLASSEN UND SOZIALSTRUKTUR

Horst Kahrs (Horst.Kahrs.Fellow@rosalux.org) und
Florian Weis (florian.weis@rosalux.org)

KOLLEGIUM WISSENSCHAFT/PHILOSOPHIE UND BILDUNG

Wolfgang Girnus; hauptamtl. Ansprechpartner:
Gerd-Rüdiger Stephan (gerd-ruediger.stephan@rosalux.org)

KULTUR

Michaela Klingberg (michaela.klingberg@rosalux.org)

MIGRATION

Massimo Perinelli (massimo.perinelli@rosalux.org)

PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

N. N.

PERSPEKTIVEN LÄNDLICHER RÄUME

Steffen Kühne (steffen.kuehne@rosalux.org)

RECHTS

Anika Taschke (anika.taschke@rosalux.org)

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

N. N.

STADTPOLITIK

Stefan Thimmel (stefan.thimmel@rosalux.org) und
Armin Kuhn (armin.kuhn@rosalux.org)

WELTANSCHAULICHER DIALOG

Jürgen Klute; hauptamtl. Ansprechpartnerin:
Cornelia Hildebrandt (cornelia.hildebrandt@rosalux.org)

WIRTSCHAFTSPOLITIK

N. N.; hauptamtl. Ansprechpartnerin:
Eva Völpel (eva.voelpel@rosalux.org)

ZUKUNFT AUTO - UMWELT - MOBILITÄT (ZAUM)

Stephan Krull; hauptamtl. Ansprechpartner: Mario Candeias
(mario.candeias@rosalux.org)

GESAMTKOORDINATION GESPRÄCHSKREISE

Effi Böhlke (effi.boehlke@rosalux.org)

Stand: Februar 2023

ZENTRALE AUFGABEN

Der Bereich Zentrale Aufgaben ist die administrative Säule der Stiftung und vereint die Referate Personal, IT & Kommunikation, Verwaltung & Vergabe, Rechnungswesen sowie Haushalt. Außerdem sind in diesem Bereich die Stabsstelle Bau sowie die Koordination der Arbeit der unselbstständigen Stiftungen angesiedelt, also der Harald-Breuer-, der Erik-Neutsch-, der Max-Lingner-, der Hermann-Henselmann-, der Modrow- und der Clara-Zetkin-Stiftung.

Nachdem der Bereich Zentrale Aufgaben 2021 um das Personalreferat und die Stabsstelle Bau noch einmal deutlich angewachsen ist, lag im letzten Jahr der Fokus auf der Bereichsentwicklung. Zielstellung war es, durch referatsübergreifende Projekte die Kommunikation und Zusammenarbeit im Bereich zu fördern und gleichzeitig seine Rolle als zentrale Dienstleistungsinstanz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu stärken. Bearbeitet wurden unter anderem Projekte zu den Themen Weiterbildung, On- und Offboarding von Personal sowie Vereinheitlichung der Ordnerstruktur.

Eine neu gegründete bereichsinterne Arbeitsgruppe soll über andere Raumnutzungskonzepte für den Stiftungsneubau nachdenken und zu diesem Zweck konzeptionelle Grundlagen entwickeln, um ab 2025 alle Bereiche der Stiftung im neuen Gebäude zu vereinen. An diesem Thema wird in den kommenden Monaten intensiv weitergearbeitet.

Des Weiteren war und ist das Thema Digitalisierung von Prozessen und Arbeitsabläufen eine Herausforderung, die durch den Bereich Zentrale Aufgaben vorangetrieben werden muss. Wichtige Komponenten dafür sind die Einführung eines Dokumenten-Management-Systems (DMS) mit einem elektronischen Rechnungsdurchlauf und einer digitalen Projektakte für das Inland. Für die Auslandsarbeit konnte ein DMS im letzten Jahr bereits eingeführt werden. Für die Zentrale in Berlin wurden 2022 die Grundlagen gelegt, auf denen nun aufzubauen ist. Darüber hinaus wurden die Voraussetzungen geschaffen, um 2023 ein Intranet für die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf den Weg zu bringen. Damit sollen das Wissensmanagement und die interne Kommunikation in der Stiftung deutlich verbessert werden.

Zudem hat das Personalreferat das Thema Inklusion & Diversity im Jahr 2022 in den Fokus gerückt. Um Handlungsbedarfe zu ermitteln, konkrete Schritte zu planen und einen kontinuierlichen Austausch zu ermöglichen, wurde eine stiftungsweite Arbeitsgruppe gegründet. Das Thema Inklusion wird als Querschnittsaufgabe verstanden; die damit verbundenen Herausforderungen sind demnach sehr breit gefächert. Dazu gehören bauliche Maßnahmen wie die Umsetzung eines Blindenleitsystems im Neubau der Stiftung und Publikationen in einfacher Sprache, aber auch interne Weiterbildungen sowie die Ermöglichung barrierearmer Seminarangebote.

INKLUSION ALS QUERSCHNITTSAUFGABE

Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, inklusiver, diverser, zugänglicher zu werden – nach innen und nach außen. Deshalb gibt es seit 2021 im Personalreferat eine Stelle Inklusion & Diversity mit dem langfristig angelegten Ziel, Inklusion als Querschnittsaufgabe in der Rosa-Luxemburg-Stiftung umzusetzen. Inklusion ist ein modernes, zeitgemäßes und von der Idee her sehr radikal angelegtes Gesellschaftskonzept, das sich an den Bedarfen und Bedürfnissen von Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Bedingungen und ihrer Leistungsfähigkeit orientiert.

In den ersten zwei Jahren lag unser Schwerpunkt auf der Sensibilisierung für das Thema durch interne Schulungen sowie auf der Umsetzung technischer Barrierefreiheit. Wir haben begonnen, Inklusion nach und nach an jeder Stelle mitzudenken. Wir haben unter anderem ein Blindenleitsystem für die öffentlich zugänglichen Räume des Stiftungsneubaus in Auftrag gegeben, die ersten Texte der Website in zertifizierte Leichte Sprache übersetzt, den stiftungsinternen Newsletter «Die Inklusencer*in» herausgegeben, die Publikationsreihe «Bildung leicht gemacht» in Leichter Sprache geplant, eine AG Inklusion gegründet, interne Workshops und Weiterbildung zu Inklusion & Diversity organisiert, am Tag der offenen Tür auch eine Veranstaltung in Gebärdensprache angeboten und am Neubau den Schriftzug «Inklusion ist Menschenrecht» angebracht. Diese Maßnahmen bilden erst den Anfang und die Grundlage, um mehr Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven und



Auch nach außen weithin sichtbar: Inklusion ist ein zentrales Thema der Stiftung.

Bedingungen in der Stiftung willkommen zu heißen und dem komplexen Gesamtthema Inklusion gerecht zu werden. Gegenwärtig arbeiten wir an weiteren Vorhaben. So ist eine zweite Veröffentlichung in der Reihe «Bildung leicht gemacht» in Leichter Sprache geplant. Die AG Inklusion erarbeitet zurzeit ein Inklusionskonzept für die Stiftung, angelegt auf drei Jahre. In diesem Zusammenhang wird eine Befragung der Stiftungsmitarbeiter*innen weltweit durchgeführt werden. Zudem haben wir das Ziel, eine inklusive Bibliothek zu schaffen und fortan Ausstellungen inklusiv anzubieten. Es ist noch ein langer Weg, aber er lohnt sich!

PERSONALENTWICKLUNG 2000 BIS 2022

31. Dezember ...	2000	2005	2010	2015	2020	2022
Zahl der Mitarbeiter*innen insgesamt	45	58	134	212	296	282
... darunter in den Auslandsbüros	0	4	14	25	41	43
... darunter in den Regionalbüros	0	2	15	20	25	25
Anteilige Zusammensetzung						
weiblich	56%	50%	55%	55%	56%	58%
männlich	44%	50%	45%	45%	43%	42%
divers					1%	
Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund	0%	0%	11%	15%	18%	17%
unbefristete Mitarbeiter*innen	3%	90%	84%	78%	80%	85%
Teilzeitbeschäftigte	4%	16%	22%	29%	34%	28%
Durchschnittsalter						
weiblich	47	47	45	46	46	47
männlich	47	48	46	48	48	48
divers					39	

DIE UNSELBSTSTÄNDIGEN STIFTUNGEN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung trägt als Treuhänderin die Verantwortung für sechs unselbstständige Stiftungen (Treuhandsiftungen), die inhaltlich sehr unterschiedlich ausgerichtet sind. So widmet sich die Max-Lingner-Stiftung dem Werk des Malers und Pressegrafikers Max Lingner (1888–1959) und erinnert an die durch Emigration, Krieg und Lagerhaft geprägte Kunst des 20. Jahrhunderts sowie an den kulturellen Aufbruch in der Nachkriegszeit. Die Hermann-Henselmann-Stiftung fördert die Auseinandersetzung mit Fragen von Architektur, Städtebau und sozialer Stadtentwicklung. Mit der Zusammenarbeit soll die bildungspolitische Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung bereichert und ein breiteres Publikum angesprochen werden.

Dafür stehen auch die Harald-Breuer-Stiftung, die vor allem in Afrika tätig ist, und die Erik-Neutsch-Stiftung, die sich mit Fragen von Kunst und Literatur sowie der Bewahrung des Werks von Erik Neutsch beschäftigt. Die Modrow-Stiftung fördert die Kultur des Erinnerns und Gedenkens an Alltag, Arbeit, Kunst, Medien und Kultur in der DDR, und die Clara-Zetkin-Stiftung – Gedächtnis demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten befasst sich mit der deutschen und europäischen Zeitgeschichte im 20. und 21. Jahrhundert sowie mit Biografien von Repräsentant*innen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

In den Treuhandsiftungen wird eine engagierte und überwiegend ehrenamtliche Arbeit geleistet. Über ihre gesellschaftspolitischen Aktivitäten hinaus tragen die Treuhandsiftungen die Mitverantwortung für ein Stiftungsvermögen von über zwei Millionen Euro.

Neben den Erlösen aus dem Stiftungskapital wird die inhaltliche Arbeit der Treuhandsiftungen aus öffentlichen Zuwendungen unterstützt, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung aus dem Bundeshaushalt erhält. Für die Verwendung dieser Fördermittel haben sich im Kalenderjahr 2021 einige Rahmenbedingungen verändert. Das nahm der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Anlass, die Weichen für eine Neujustierung der Zusammenarbeit mit den Treuhandsiftungen zu stellen. Dabei ging es neben administrativen Regelungen auch um eine praktikablere An- und Einbindung des Engagements der Treuhandsiftungen in die gesellschaftspolitische Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. So wurde die strikte Zuordnung der Treuhandsiftungen zu den Bereichsstrukturen der Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgehoben und eine zentrale Koordinierungsstelle geschaffen. Zuständig für die Koordinierung ist seit dem 1. Januar 2022 Axel Krumrey (axel.krumrey@rosalux.org). Die unmittelbare Betreuung konkreter Projekte der Treuhandsiftungen haben wir künftig flexibler und individueller. Um eine best-

mögliche inhaltliche Anbindung zu gewährleisten, werden projektbezogen Verantwortliche in der Stiftung benannt. Dabei können wir auf dem Erfahrungsschatz der bisherigen Ansprechpartner*innen Meinhard Tietz und Andrea Reimann aufbauen.

Die **HARALD-BREUER-STIFTUNG** ist vor allem in Afrika tätig und trägt zu Verständigung und Entwicklungszusammenarbeit bei.

Vorsitzende: Evelin Wittich
 E-Mail: evelin.wittich@rosalux.org
www.rosalux.de/stiftung/treuhandsiftungen/harald-breuer-stiftung

Die **ERIK-NEUTSCH-STIFTUNG** widmet sich Fragen von Kunst und Literatur sowie der Bewahrung des Werks von Erik Neutsch.

Vorsitzende: Evelin Wittich
 E-Mail: evelin.wittich@rosalux.org
www.rosalux.de/stiftung/treuhandsiftungen/erik-neutsch-stiftung

Die **MAX-LINGNER-STIFTUNG** widmet sich der Pflege und Verbreitung des Werks des Malers und Pressegrafikers Max Lingner (1888–1959).

Vorsitzender: Thomas Flierl
 E-Mail: info@max-lingner-stiftung.de; info@hans-und-lea-grundig.de
www.max-lingner-stiftung.de

Die **HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG** fördert die Auseinandersetzung mit Fragen von Architektur, Städtebau und sozialer Stadtentwicklung.

Vorsitzender: Thomas Flierl
 E-Mail: info@hermann-henselmann-stiftung.de
www.hermann-henselmann-stiftung.de

Die **MODROW-STIFTUNG** fördert die Kultur des Erinnerns und Gedenkens an Alltag, Arbeit, Kunst, Medien und Kultur in der DDR.

Vorsitzender: Hans Modrow (bis Februar 2023)
 E-Mail: info@modrow-stiftung.de
www.modrow-stiftung.de

Die **CLARA-ZETKIN-STIFTUNG - GEDÄCHTNIS DEMOKRATISCHER SOZIALISTINNEN UND SOZIALISTEN** beschäftigt sich mit der deutschen und europäischen Zeitgeschichte im 20. und 21. Jahrhundert sowie mit Biografien von Repräsentant*innen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Vorsitzende: Anny Heike und Gerd-Rüdiger Stephan
 E-Mail: clara-zetkin-stiftung@rosalux.org
www.rosalux.de/news/id/39808



CLARA
ZETKIN
STIFTUNG

„Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist.“

CLARA-ZETKIN-STIFTUNG

Die Clara-Zetkin-Stiftung wurde 2018 mit dem Ziel gegründet, das «Gedächtnis demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten» zu bewahren, wie der vollständige Titel der Stiftung heißt; die Stiftung vereint die bis dato existierende Michael-Schumann-Stiftung und die Wolfgang-Abendroth-Stiftungsgesellschaft. Die Clara-Zetkin-Stiftung ist eine unselbstständige Treuhandstiftung unter dem Dach der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist vor allem auf dem Gebiet der politischen Bildung tätig und beschäftigt sich mit der deutschen und europäischen Zeitgeschichte im 20. und 21. Jahrhundert sowie mit den Biografien von Repräsentant*innen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Im Vordergrund stehen dabei das Leben und politische Wirken der Frauenrechtlerin Clara Zetkin. Das Jahr 2022 war für den Vorstand der Clara-Zetkin-Stiftung mit vielen Veränderungen verbunden. Nach dem Tod unseres bisherigen Vorstandsvorsitzenden und Freundes Detlef Nakath im Oktober 2021 musste sich der Vorstand neu aufstellen. Neben den bisherigen Vorstandsmitgliedern Gerd-Rüdiger Stephan (Vorsitzender), Anny Heike (Vorsitzende) und Julia Killet (stellvertretende Vorsitzende) konnten wir unsere junge Mitstreiterin Shaya Zarrin gewinnen, die Funktion einer stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden zu übernehmen. Leider musste sich die Arbeit der Clara-Zetkin-Stiftung aufgrund der Pandemie auch 2022 überwiegend auf administrative und organisatorische Tätigkeiten konzentrieren. Öffentliche Veranstaltungen konnten noch nicht wieder durchgeführt werden, sind aber für 2023 geplant.

Daher haben wir gemeinsam mit unseren Projektpartnern (Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Karl Dietz Verlag, Bundesarchiv) vor allem die Website der Clara-Zetkin-Stiftung gestaltet und online gestellt. Sie verfügt jetzt über ein Logo und eine farblich wie gestalterisch ansprechende Plattform: <https://clara-zetkin-stiftung.de>.



Die neue Website informiert über die Tätigkeit der Stiftung, ihr Selbstverständnis und bisher geförderte Projekte. Darüber hinaus vermittelt sie anhand eines Zeitstrahls Fakten aus dem privaten und politischen Leben Clara Zetkins. Die Überarbeitung der Website wird als dauerhafter Prozess im Rahmen der Vorstandsarbeit angesehen. Zur Vertiefung der biographischen Arbeit zu Clara Zetkin erachten wir die Einbeziehung von Wissenschaftler*innen als notwendig und sinnvoll, ebenso zum Aufbau eines «Gedächtnisses demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten», das zu den Satzungszielen der Stiftung zählt.

In Zusammenarbeit mit dem Förderverein der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder konnten zwei weitere Projekte vorangetrieben werden. Mit unserer Unterstützung verfügt auch der Förderverein jetzt über eine eigene Homepage. Eine von der Vorstandsvorsitzenden des Vereins erarbeitete Broschüre über Clara Zetkin aus den 1990er-Jahren ist neu aufgelegt worden und kann für die Öffentlichkeitsarbeit in der Gedenkstätte und darüber hinaus genutzt werden.

Des Weiteren förderte die Stiftung einige Publikationsprojekte, darunter den umfangreichen zweiten Band der Briefe Clara Zetkins (ab 1919) und eine voluminöse Edition zum Gesamtwerk des Philosophen Peter Ruben. Der Clara-Zetkin-Briefband wird im zweiten Halbjahr 2023 im Berliner Karl Dietz Verlag erscheinen und mit Veranstaltungen vorgestellt werden. 2023 wird die Clara-Zetkin-Stiftung stärker als in den vergangenen Jahren öffentlichkeitswirksam agieren und neue Projektpartner in die Bildungsarbeit einzubinden versuchen.

STIFTUNGSHAUSHALT

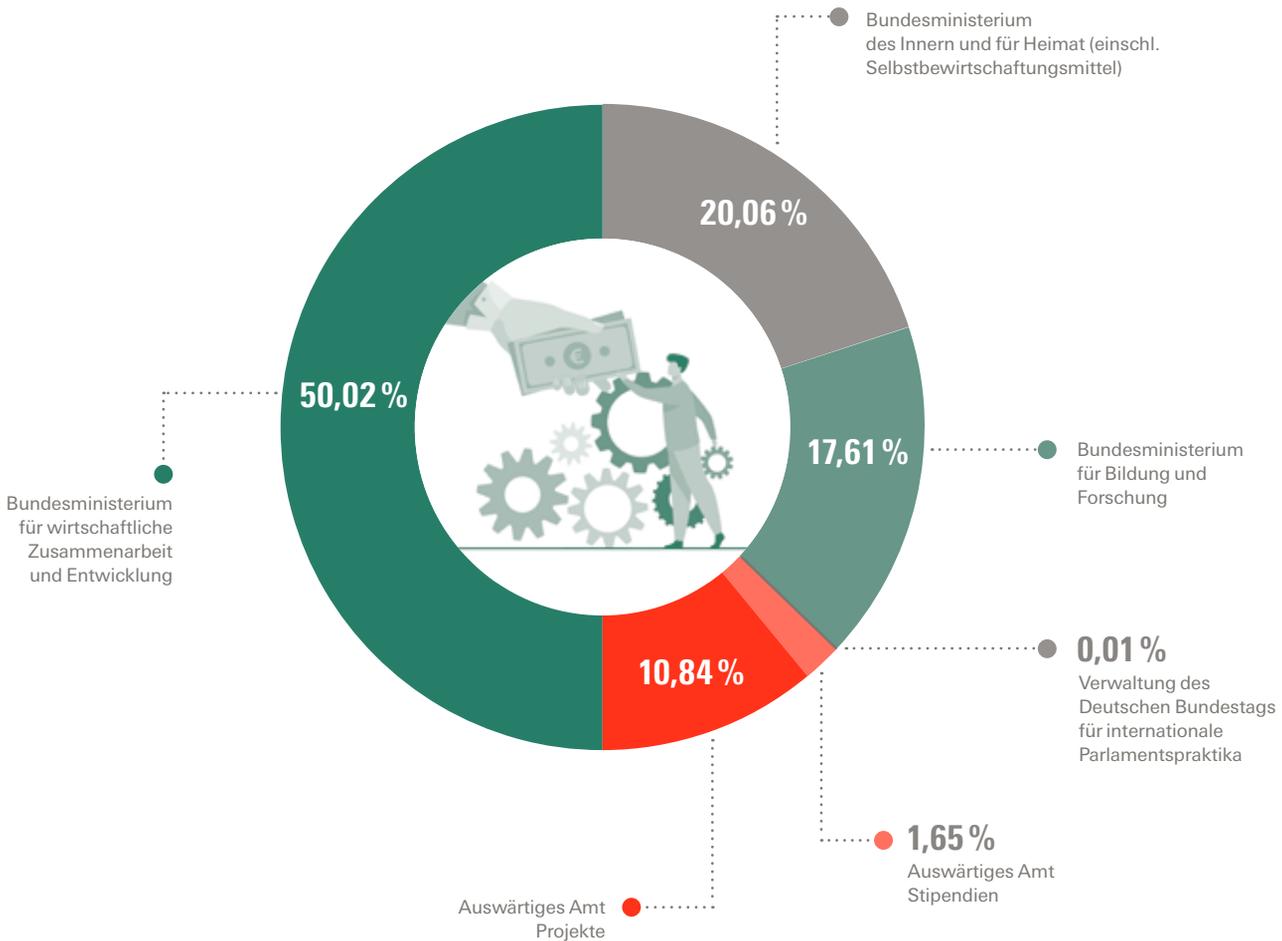
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die der Partei DIE LINKE nahestehende Politische Stiftung. Sie wird, wie die anderen parteinahen Stiftungen, im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Konkret fließen ihr Mittel aus den Etats der Bundesministerien des Innern und für Heimat (BMI), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amts (AA) sowie aus der Bundestagsverwaltung zu. Gefördert werden nur solche Stiftungen, die wesentliche und nachhaltige geistig-politische Strömungen in der Gesellschaft repräsentieren. Was das genau heißt, entscheidet der Deutsche Bundestag.

Als Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit einer ins Gewicht fallenden Grundströmung in der Bundesrepublik gilt in der

Praxis, dass die der Politischen Stiftung nahestehende Partei wiederholt – dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke – im Deutschen Bundestag vertreten war. Dabei orientiert sich die Verteilung der Zuwendungen an den Ergebnissen der jeweils nahestehenden Partei bei den letzten vier Bundestagswahlen. Seit dem Jahr 2010 stieg der Anteil der Zuwendungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung von 30,6 Millionen Euro auf 77,8 Millionen Euro im Jahr 2022. Mit der zahlenmäßigen Berichterstattung über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur kommt die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Selbstverpflichtung der Politischen Stiftungen nach Öffentlichkeit und Transparenz der Mittelverwendung nach, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung der parteinahen Stiftungen 1998 fixiert wurde und seither von allen Stiftungen praktiziert wird.

Die Globalmittel vom BMI bilden den Kern für die politische Bildung im Inland und für den Unterhalt der Infrastruktur sowohl in Berlin als auch in den Bundesländern. Die bereitgestellten Mittel dienen der Durchführung von Seminaren, Tagungen und

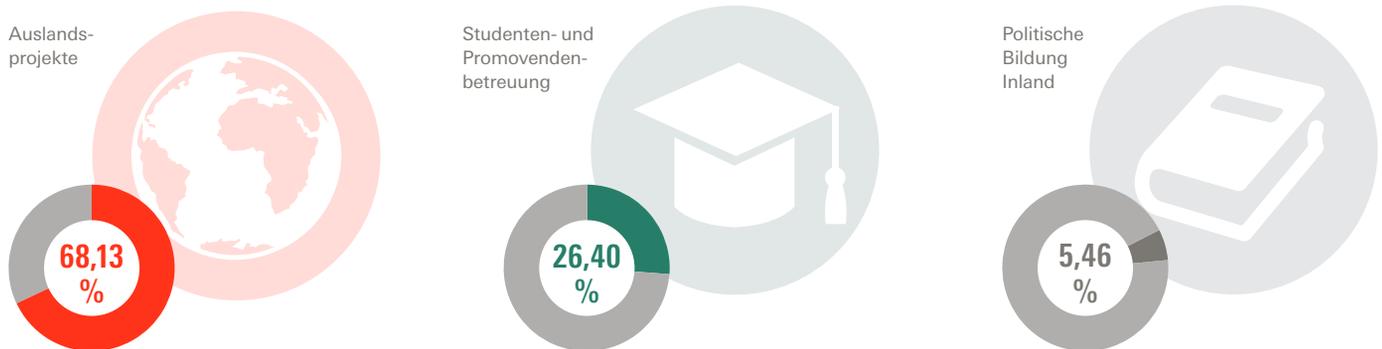
ZUWENDUNGEN 2022



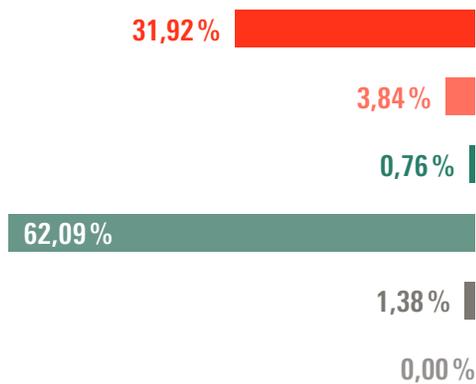
Kolloquien, der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie der Vergabe von Forschungsmitteln mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung. Mithilfe der Mittel aus dem BMZ und dem AA unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Netz internationaler Beziehungen. Dazu gehört die Finanzierung von Auslandsbüros, von Projekten mit Partnerorganisationen und von Veranstaltungen im Ausland. Inzwischen können über 25 Standorte und die Arbeit in mehr als 80 Ländern finanziert werden. Die Zuwendungen aus dem BMBF sind für Stipendien zur Förderung begabter und gesellschaftlich engagierter Studierender und Promovierender vorgesehen. Neben den Bundesmitteln können die parteinahen Stiftungen Gelder aus den Landeshaushalten in Anspruch nehmen – dies erfolgt bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die eigenständigen Landesvereine. Im Rahmen des Stiftungsverbandes werden diese Mittel durch die Landesvereine genutzt. Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von der ihr nahe-

stehenden Partei zu erfüllen und darf dieser auch keine Mittel oder geldwerten Leistungen zuteilwerden lassen. Die jährlichen Zuschüsse erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund von Zuwendungsbescheiden, die mit Nebenbestimmungen zur Sicherstellung der Zweckbindung der Mittel und der Kontrolle ihrer Verwendung versehen sind. Als Politische Stiftung ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung verpflichtet, die jährliche Wirtschaftsführung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrollieren zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2021 wurde vom Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Globalmittel des BMI sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der anderen Bundesministerien entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wirtschaftlich und sparsam verwendet und die Auflagen eingehalten wurden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt über ein Controlling- und Prüfungsverfahren, das sachlich und personell in ausreichendem Umfang eingerichtet ist, die zeitnahe und ordnungsgemäße Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen zu prüfen.

FACHAUSGABEN 2022

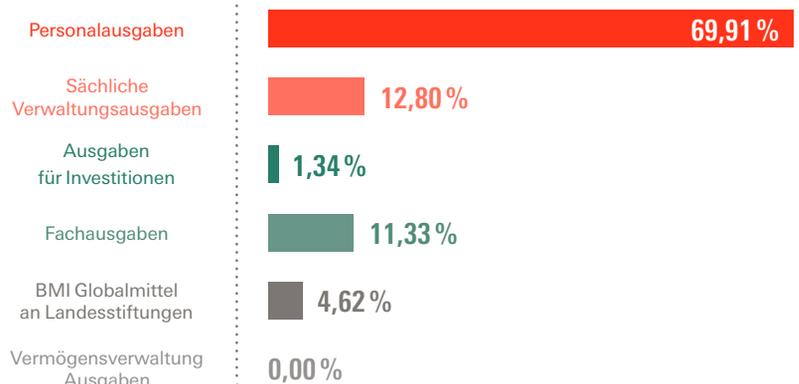


AUSGABEN 2022 GESAMTHAUSHALT



AUSGABENSTRUKTUR HAUSHALT INLAND 2022

BMI und Verwaltungskostenzuschüsse von BMZ, AA und BMBF



VERMÖGENSRECHNUNG ZUM 31.12.2021

Aktiva		31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
A	Anlagevermögen		
I	Immaterielle Vermögensgegenstände		
	Markenrechte	5.000,00	5.000,00
	EDV-Software	103.889,53	225.680,85
II	Sachanlagen		
	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	159.649,04	162.537,68
	Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.202.326,62	1.338.595,71
	Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau	0,00	0,00
III	Finanzanlagen	0,00	0,00
	Beteiligungen	26.707.302,22	24.830.452,48
	Summe Anlagevermögen	28.178.167,41	26.562.266,72
B	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
I	Sonstige Forderung	0,00	0,00
	a) Stand Selbstbewirtschaftungsmittel beim BMI	2.966.311,00	2.145.025,00
	b) nicht abgerufene Selbstbewirtschaft.-mittel beim BMI	-2.966.311,00	-2.145.025,00
II	Forderung aus Zuwendungen	0,00	0,00
II	Forderung gg. verbundene Unternehmen	2.950,45	3.950,45
III	Sonstige Vermögensgegenstände	489.649,04	1.275.567,64
	Summe Forderungen	492.599,49	1.279.518,09
C	Liquide Mittel		
	Summe liquide Mittel	6.508.351,51	5.266.059,63
D	Aktive Rechnungsabgrenzung	74.390,99	56.305,76
Summe		35.253.509,40	33.164.150,20

Passiva		31.12.2021 in Euro	31.12.2020 in Euro
A	Reinvermögen		
I	Stand Vorjahr	272.394,62	272.394,62
II	Überschuss/Fehlbetrag	51.431,79	-5.730,60
III	Rücklagen	82.719,42	88.450,02
IV	Rücklagen	205.706,02	205.706,02
	Summe Reinvermögen	612.251,85	560.820,06
B	Sonderposten Zuwendungen	28.018.427,37	26.399.729,04
C	Rückstellungen		
	Sonstige Rückstellungen	552.697,38	432.912,69
D	Verbindlichkeiten		
I	Verbindlichkeiten Kreditinstitute	2.938,26	10.114,02
II	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.511.713,18	3.697.306,38
III	Sonstige Verbindlichkeiten	28.915,60	26.553,59
	Summe Verbindlichkeiten	4.543.567,04	3.733.973,99
E	Passive Rechnungsabgrenzung	1.526.565,76	2.036.714,42
Summe		35.253.509,40	33.164.150,20

AUFWANDS- UND ERTRAGSRECHNUNG ZUM 31.12.2021

	2021 in Euro	2020 in Euro
I Erträge	79.706.101,99	80.940.908,13
1 Zuwendungen des Bundes	78.970.688,36	80.297.579,62
2 Spenden	13.518,68	7.998,99
3 Mitgliedsbeiträge	18.131,50	17.437,00
4 Einnahmen aus Vermögensverwaltung	6.949,37	13.174,01
5 Sonstige Einnahmen	21.017,65	11.400,52
6 Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	675.796,43	593.317,99
II Aufwendungen	-79.654.670,20	-80.946.638,73
1 Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit	-50.923.449,84	-48.264.336,89
Fachausgaben Globalmittel	-2.619.842,11	-2.294.825,97
Weiterleitung von Globalmitteln	-1.335.731,51	-1.143.774,41
Förderung von Studierenden und Promovierenden	-12.855.970,62	-12.768.299,32
Internationale Zusammenarbeit	-33.969.640,09	-31.904.516,49
Sonstige Fachausgaben	-142.265,51	-152.920,70
2 Personalausgaben	-22.842.669,71	-22.022.912,83
Löhne und Gehälter	-18.793.949,48	-18.221.736,82
Soziale Abgaben	-4.048.720,23	-3.801.176,01
3 Ausgaben Vermögensverwaltung	-7.379,95	-6.848,17
4 Abschreibungen	-678.685,07	-596.206,63
5 Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.907.990,87	-2.856.911,30
Geschäftsbedarf	-585.944,60	-602.902,20
Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	-4.617,72	-4.941,12
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-2.317.428,55	-2.249.067,98
Sonstige Ausgaben	0,00	0,00
6 Investitionen	-2.294.494,76	-7.199.422,91
III Jahresüberschuss/-fehlbetrag	51.431,79	-5.730,60

EINNAHMEN IM JAHR 2022 (VORLÄUFIG)

I	Einnahmen in Euro	78.114.365,28
1 Zuwendungen		77.839.919,24
Bundesministerium des Innern und für Heimat (einschl. SB-Mittel)		15.614.985,82
Bundesministerium für Bildung und Forschung		13.710.144,01
Verwaltung des Deutschen Bundestags für internationale Parlamentspraktika		9.678,16
Auswärtiges Amt Stipendien		1.282.700,00
Auswärtiges Amt Projekte		8.283.950,23
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung		38.938.461,02
2 Steuerneutrale Einnahmen/Spenden		455.597,59
3 Mitgliedsbeiträge		15.929,50
4 Vermögensverwaltung Einnahmen		32.423,42
5 Sonstige Einnahmen		164.799,10
6 Erlösschmälerungen		-394.303,57

AUSGABEN IM JAHR 2022 (VORLÄUFIG)

II	Ausgaben in Euro	-76.966.481,84
1	Personalausgaben	-24.565.139,29
	davon Personalkosten Inland	-16.095.932,43
	a) Löhne und Gehälter	-19.904.887,40
	b) Soziale Abgaben und Sonstiges	-4.660.251,89
2	Sächliche Verwaltungsausgaben	-3.540.864,48
2.1	Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Verbrauchsmittel	-1.203.128,65
	Netzwerk-, Software- und Systembetreuung	-396.747,82
	Wartungsgebühren und Reparaturen	-131.512,86
	Werkzeuge und Kleingeräte	-11.840,34
	Büro- und Verbrauchsmaterial	-19.610,14
	Gerätemieten	-57.624,17
	Einstellung in den Sonderposten für Investitionen	-585.793,32
2.2	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	-5.495,70
	Straßenreinigung/Winterdienst	-2.957,02
	Grundsteuer	-2.538,68
2.3	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-2.332.240,13
	Sonstige Aufwendungen für Personal	-217.631,48
	Raummiete und Raumkosten	-927.887,34
	Versicherungen	-18.452,91
	Beiträge und sonstige Abgaben	-68.775,40
	Fremdarbeiten Werkverträge Verwaltung	-631.181,48
	Werbung/Annoncen	-30.017,63
	Kosten Repräsentation	-15.851,69
	Bewirtungskosten	-1.277,80
	Reisekosten (sächl. VerwKost)	-83.237,94
	Porto, Telefon, Internetkosten	-127.203,38
	Zeitschriften, Bücher, Medien	59.790,28
	Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung	-63.230,64
	Nebenkosten des Geldverkehrs	-24.951,64
	Übrige Aufwendungen, Beiträge, Spenden	-11.138,89
	Fahrzeugkosten	-10.789,23
	Sonstige Verwaltungsausgaben	-38.153,28
	Sonstige Ausgaben	-2.669,12
3	Fachausgaben	-48.853.082,97
	Fachausgaben BMI gesamt	-2.364.794,58
	BMI Globalmittel an Dritte	-1.063.801,87
	Auslandsprojekte	-32.558.186,63
	Studenten- und Promovendenbetreuung	-12.623.321,22
	Studienförderung Inland	-11.767.927,71
	Studienförderung Ausland	-847.315,35
	Internationale Parlamentspraktika	-8.078,16
	Ideelle Förderung Stipendiat*innen	-192.449,43
	Sonstige Fachausgaben	-50.529,24
4	Vermögensverwaltung Ausgaben	-7.395,10

ERLÄUTERUNGEN:

Im Jahr 2022 wurden an folgende Vereine und Stiftungen**Globalmittel für die politische und demokratische Bildungsarbeit weitergeleitet:**

- Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg – Forum für politische Bildung und Kultur e. V.
- Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern
- «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.
- Rosa-Luxemburg-Initiative – Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e. V.
- Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg – Forum für Analyse, Kritik und Utopie e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen – Forum für Bildung und Analyse e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Rosa-Luxemburg- Stiftung Niedersachsen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz e. V.
- Peter-Imandt-Gesellschaft – Verein für politische Bildung und Kultur e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein: werkstatt utopie & gedächtnis e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.

GESAMTÜBERSICHT ALLER IM HAUSHALT 2023 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND AUSGABEN**Einnahmen in Euro*** **2023**

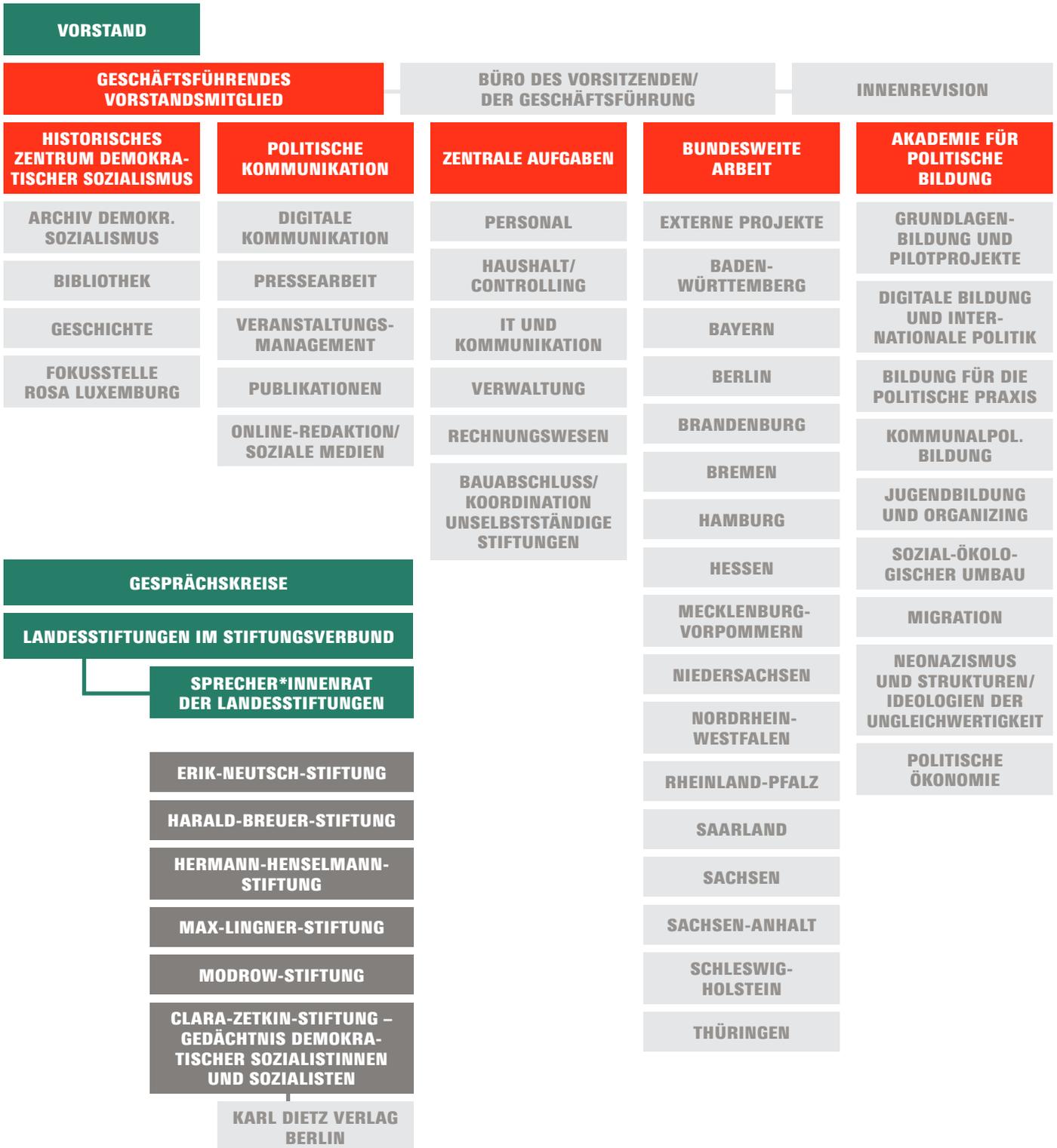
Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (inkl. Investitionsmittel)	16.640.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (voraussichtlich)	14.000.000,00
Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestags für internationale Parlamentsstipendiat*innen	10.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	36.399.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Projekte	8.499.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Stipendien	1.241.000,00

* ohne Selbstbewirtschaftungsmittel

Ausgaben in Euro (Auszug) **2023**

Personalkosten	-23.000.000,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	-3.750.000,00
darunter Investitionen	-1.500.000,00
Fachausgaben	-47.900.000,00
Bildungsprogramm	-3.400.000,00
Stipendien	-11.500.000,00
Projekte internationaler Zusammenarbeit	-33.000.000,00

MITGLIEDERVERSAMMLUNG



LEGENDE

- ehrenamtliche Strukturen
- Leitungsstrukturen
- hauptamtliche Strukturen
- Treuhandstiftungen

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE	GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE	DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER	BETRIEBSRAT
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTS-ANALYSE	STUDIENWERK	ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG	
ZEITSCHRIFT «LUXEMBURG»	FÖRDERPROGRAMM	ZID-LEITUNG UND STAB	
PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN	BMZ-PROJEKT GLOBALER WISSENSCHAFTSDIALOG	REFERATE/AUSLANDSBÜROS	
INTERNETREDAKTION	EHEMALIGENARBEIT	REFERAT LATEINAMERIKA	REFERAT AFRIKA
DAS ÖFFENTLICHE/ SOZIALSTRUKTUR-ANALYSE	VERTRAUENS-DOZENT*INNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG	ANDENREGION, QUITO	SÜDLICHES AFRIKA, JOHANNESBURG DIALOGPROGRAMM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT
KULTURFORUM	STIPENDIATISCHE ARBEITSKREISE	BRASILIEN UND PARAGUAY, SÃO PAULO	WESTAFRIKA, DAKAR
FEMINISTISCHE GESELLSCHAFTS-UND KAPITALISMUS-ANALYSE	AUSWAHL-AUSSCHUSS	ZENTRALAMERIKA/MEXIKO, MEXIKO-STADT	OSTAFRIKA, DARESSALAM
POLITISCHE ÖKONOMIE DER GLOBALISIERUNG		CONO SUR, BUENOS AIRES DIALOGPROGRAMM GLOBALER FEMINISMUS	NORDAFRIKA, TUNIS DIALOGPROGRAMM WISSENSCHAFTSKOOPERATION
SOZIALE INFRASTRUKTUR UND VERBINDENDE KLASSENPOLITIK		REFERAT EUROPA	REFERAT ASIEN
FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK		WESTEUROPA, BRÜSSEL DIALOGPROGRAMM HANDEL UND WIRTSCHAFT	OSTASIEN, PEKING
WOHNUNGS-UND STADTPOLITIK		GRIECHENLAND, ATHEN	SÜDASIEN, NEU-DELHI
MIGRATION UND DEMOKRATIE		VEREINIGTES KÖNIGREICH UND IRLAND, LONDON	SÜDOSTASIEN, HANOI
WIRTSCHAFTSPOLITIK		MITTELEUROPA, PRAG	SÜDOSTASIEN, MANILA
GEWERKSCHAFT/ ARBEIT/PRODUKTION		OSTMITTELEUROPA, WARSCHAU	ZENTRALASIEN, ALMATY
SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION UND KLIMAGERECHTIGKEIT		RUSSLAND, BELARUS UND SÜDKAUKASUS, BERLIN	REFERAT INTERNATIONALE POLITIK UND NORDAMERIKA
SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK		SÜDOSTEUROPA, BELGRAD/TUZLA	NORDAMERIKA UND VEREINTE NATIONEN, NEW YORK DIALOGPROGRAMM KLIMAGERECHTIGKEIT
		UKRAINE UND MOLDAU, KIEW/BERLIN	DIALOGPROGRAMM INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSPOLITIK, GENF DIALOGPROGRAMM GLOBALE SOZIALE RECHTE, GENF
		REFERAT WESTASIEN	REFERAT QUALITÄTSMANAGEMENT/ STEUERUNG/ LERNEN
		ISRAEL, TEL AVIV DIALOGPROGRAMM KONFLIKTANALYSE	REFERAT FINANZEN/CONTROLLING
		LIBANON, SYRIEN, IRAK, BEIRUT	
		PALÄSTINA UND JORDANIEN, RAMALLAH	

BILDNACHWEISE

Umschlag: Heike Schmelter unter Verwendung mehrerer Fotos von Rawpixel/iStock und Freepik

Wenn nicht anders angegeben, stammen die Bilder von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

S. 7: imago images/Paul Zinken
S. 9: imago images/Zuma Press
S. 10: Freepik
S. 11 unten: imago images/Alain Pitton
S. 12: imago images/Andreas Vitting
S. 13 oben: Ian Clothworthy, www.instagram.com/ianshotworthy
S. 13 unten: picture alliance/robertharding/Bruno Morandi
S. 15: picture alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka
S. 17: Still aus dem Film zur Berliner Krankenhausbewegung, www.rosalux.de/mediathek/media/element/1729
S. 18: Ian Clothworthy, www.instagram.com/ianshotworthy
S. 21: imago images/Jochen Tack
S. 23: Clarita Maria
S. 29 unten: Andreas Domma
S. 32 links: Alexander Schlager
S. 32 rechts: Julia Killet
S. 33 links: Ruben Neugebauer/<https://flic.kr/p/x6ehWk> (CC-BY 2.0)
S. 34 rechts: Sabrina Adeline Nagel, www.siesah.de
S. 35 links: Ercan Ayboga
S. 35 rechts: Soziale Bildung e.V./Dokumentationszentrum «Lichtenhagen im Gedächtnis»
S. 36 links: Michael Quelle
S. 36 rechts: Salvador Oberhaus
S. 37 links: Wikipedia, Игорь Мухин (CC BY-SA 3.0), <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=18607833>
S. 37 rechts: Patric Bies
S. 38 rechts: Ingrid Stude
S. 39 links: Collettivo Autonomo Lavoratori Portuali: www.facebook.com/CalpGe/photos/8112913832113000?locale=it_IT
S. 39 rechts: Wikipedia, www.marxists.org/admin/legal/cc/by-sa.htm
S. 41: Eugene Titov
S. 42: privat
S. 43: Courtesy of Kijiwani Productions/Big World Cinema
S. 44 links: Illustration: LaSuRivas
S. 44 rechts: Hanene Bergaoui
S. 45: Raphael Molter
S. 52: privat
S. 53: NAH DRAN
S. 65: privat
S. 77: Philip Eichler/Campact, <https://flic.kr/p/2oijg4> (CC-BY-NC 2.0), <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/>

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Alrun Kaune-Nüßlein
Endredaktion: Henning Heine
Projektleitung und Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gestaltung: Heike Schmelter
Gesamtproduktion: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation, Berlin



KONTAKT

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Tel. 030 44310-0
www.rosalux.de, info@rosalux.de

Alle Daten und Zahlenangaben beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Stand vom Februar 2023.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.



**«Wenn Sie hören, die Preise steigen,
glauben Sie es nicht! Die Preise tun
nämlich gar nichts!»**

LEO KOFLER